Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Text. Manuskripte u. richten nach Halle Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Montag, 26. September 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 226**

Wahlniederlagen des Bürgerblocks

Kommunistische Wahlerfolge bei den Gemeindewahlen in Altona, Harburg und Wilhelmsburg
Sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten an der Wasserkante

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 26. September.

Die Stadtverordnetenwahlen in Altona und den eingemeindeten Ortschaften brachten der Kommunistischen Partei einen nennenswerten Zuwachs. Die Sozialdemokratische Partei hat ebenfalls zugenommen.

In Wilhelmsburg nahm die KPD. gegenüber den Präsidentenwahlen um 50 Prozent und gegenüber den Gemeindewahlen 1924 12 Prozent zu. In Altona hat die KPD. gegenüber den Präsidentenwahlen um 30 Prozent zugenommen, gegenüber den Wahlen im Mai 1924 jedoch abgenommen. Die SPD. erreichte nicht ganz ihre Stimmenzahl vom Mai 1924. In Wansbek stieg die Stimmenzahl der KPD. gegenüber der Präsidentenwahlen um 40 Prozent, die SPD. nahm ebenfalls zu.

Abschließende Resultate liegen noch nicht vor.

In Altona, wo die Wahlbeteiligung über 70 Prozent betrug, wurden bisher gewählt: 10 Kommunisten, 23 Sozialdemokraten, 9 Gemeinschaftsliste, 6 Deutsche Volkspartei, fünf Deutschnationale, 4 Demokraten und je ein Zentrum, Sparer.

In Harburg betrug die Wahlbeteiligung 80 Prozent. Es wurden bisher gewählt: 9 Kommunisten, 23 Sozialdemokraten, 7 Einheitsliste, je 3 Handwerker, Hausbesitzer, je 2 Demokraten und je 1 Zentrum und Mieter. In allen Städten sowohl Harburg, Wilhelmsburg, Altona und auch Wansbek übersteigen die kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen die der Bürgerlichen.

*

Die Gemeindewahlen im Hamburger Wahlkreis sind die ersten Wahlen, die während der Bürgerblockherrschaft stattfinden und als Gradmesser für die Einstellung der werktätigen Massen gegenüber der Bürgerblock-Regierung gelten.

Das Ergebnis: eine Niederlage der Bürgerblockparteien. Sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheiten.

Dieses Ergebnis ist von größter Bedeutung. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Hamburger Bürgerschaftswahlen zu ähnlichen Ergebnissen führen werden. Wir können deshalb schon heute uns überlegen, welcher Sinn den Zahlen zugrunde liegt.

Was bedeutet es, wenn bei einem erheblichen Stimmenzuwachs der KPD. die SPD. Gewinne zu verzeichnen hat?

Nichts anderes, als daß die SPD. nicht innerhalb der proletarischen Schichten der Wählerschaft, sondern hauptsächlich innerhalb der kleinbürgerlichen Schichten an Anziehungskraft gewonnen hat. Diese Wählerschichten verurteilen die Hunger- und Kriegsregierung des Bürgerblocks, sie antworten auf den nationalistischen Hindenburg-Rummel mit ihrem Stimmzettel. Sie glauben, daß die SPD. ihre Interessen besser vertreten wird. Sie wollen den Frieden und glauben, daß die pazifistischen Redensarten der SPD.-führer wirklichem Friedenswillen entsprechen.

Die SPD. konnte den größten Teil der sozialdemokratischen Wähler halten, wobei aber wahrscheinlich ist, daß ein Teil der bisherigen sozialdemokratischen Wähler diesmal kommunistisch gewählt hat. Es kommt auch in Betracht, daß bei den Gemeindewahlen örtliche Gesichtspunkte eine große Rolle spielen.

Das Wahlergebnis ist für die KPD. von ganz anderer Bedeutung. In ihm kommt zum Ausdruck, daß die Partei des revolutionären Proletariats auch in der Zeit der kapitalistischen Hochkonjunktur Fortschritte zu erreichen vermag. Die dummdreisten demagogischen Redensarten der SPD.-Führer von der „sterbenden" KPD., von der KPD., deren frühere Wahlergebnisse nur „Inflationserfolge" gewesen seien, sind wieder einmal durch die Wirklichkeit als Lügen entlarvt worden.

Nein, die Hochkonjunktur und der Rückgang der Erwerbslosigkeit vermochten die Zahl der kommunistischen Stimmen nicht zurückzudrängen!

Aber noch zwei Umstände sind von Bedeutung. Die Wahlen im Hamburger Wahlkreis finden nach dem Verbot der kommunistischen Presse, nach den Versammlungsverboten für die KPD. und NFB. in Hamburg, inmitten einer unerhörten Hetze der SPD. und der bürgerlichen Parteien gegen die KPD. statt. Die Hamburger SPD.-Zeitung und die bürgerlichen Zeitungen benützten die Zusammenstöße bei der Hamburger Sacco- und Vanzetti-Demonstration, wobei auch ein Schupobeamter dem System der Reaktion zum Opfer fiel, um die KPD. als eine „Partei der Mörder" vor den Massen zu verleumden. Man hoffte, durch diese Hetze die Partei zu diskreditieren, zu ächten, unmöglich zu machen.

Auch dieser Versuch scheiterte an dem kritischen Urteilsvermögen der Arbeiterschaft. Vielleicht war sein Erfolg nur der, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wähler, durch die Mordhetze eingeschüchtert, nicht für die KPD. zu stimmen wagte.

Und schließlich setzte die SPD. die größten Hoffnungen auf die zersetzende Tätigkeit der ausgeschossenen ultralinken Renegaten. Bekanntlich hat Urbahns in Altona eine eigene Liste aufgestellt. Die Agitation dieser Gruppe gegen die KPD. war ebenfalls erfolglos. Die Arbeiter haben mit Maslow und Komp. nichts zu tun.

Ein abschließendes Urteil über die Wahlergebnisse kann erst nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen stattfinden. Aber auch die heute vorliegenden Ergebnisse sprechen davon, daß die klassenbewußte Schicht des deutschen Proletariats in unerschütterlicher treuer Sympathie zur revolutionären Partei steht. Viele verlorengegangenen Stimmen wurden durch die Politik der proletarischen Einheitsfront wiedergewonnen.

Man darf aber auf keinen Augenblick vergessen: die KPD. ist keine Wahlpartei! Im außerparlamentarischen revolutionären Massenkampf kann die Partei erst ihr eigentliches Wesen offenbaren. Soll die Partei ihre Aufgaben im Kampfe gegen den drohenden imperialistischen Krieg, gegen Bürgerblockreaktion und Massenlend erfüllen, so gilt es, die Mitgliederzahl zu heben, die Presse zu stärken. Die Werbekampagne für Partei und Presse soll neben den Hamburger Wahlen der Bourgeoisie und der SPD. zeigen, daß die Partei im Vormarsch begriffen ist. Heran an die Arbeit!

Stadtverordnetenwahlen in Wansbek

(WTB.) Wansbek, 25. September.

Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen erhielten die Kommunisten 6 Sitze (6), Demokraten 2 (0), Sozialdemokraten 15 (12), Bürgerliche 14 (18), Sparer 1 (0).

Kreistagswahlen in Pinneberg

(WTB.) Pinneberg, 25. September.

Die Ergebnisse der Kreistagswahlen im Kreise Pinneberg: Liste Vaterland 10 Sitze (bisher 11), Sozialdemokraten 10 (10), Liste Eigenheim 4 (4), Beamtenliste 1 (1), Demokraten 1 (2), Kommunisten 2 (2). Wahlbeteiligung 42 Prozent.

Nach Tannenberg Kriegsreden in Deutschland und Frankreich

Stresemanns Rüstungsforderungen — Poincaré verherrlicht den Krieg

Braunschweig, 24. September.

Auf der Tagung des Deutschen Ostbundes hielt der Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben in Vertretung Stresemanns eine Rede über die außenpolitische Lage. Rheinbaben betonte, daß Deutschland auf eine Revision der Grenzen grundsätzlich nicht verzichten könnte. Im Anschluß daran erklärte Rheinbaben wörtlich:

„Die ungeheure Rüstungsungleichheit von heute muß verschwinden. Wenn die „Kölnische Zeitung" schreibt, es sei gleichgültig für die deutsche Außenpolitik, ob man etwas über die Kriegsschuldfrage sage oder nicht, so ist das unrichtig. Zur Unterstützung unserer Forderung nach einem Rüstungsausgleich ist es vielmehr notwendig, daß wir die Lüge von der Entfesselung des Krieges durch Deutschland niederkämpfen."

Diese Aeußerungen Rheinbabens, die im Namen des deutschen Außenministers gemacht wurden, enthüllen den wahren Sinn der Tannenberg-Rede Hindenburgs. Nicht auf die Feststellung der geschichtlichen Wahrheit kommt es den deutschen Imperialisten bei der Aufrollung der Kriegsschuldfrage an. Rüstungsausgleich wird gefordert, d. h. sie wollen die Zustimmung der Ententemächte für die Errichtung einer großen imperialistischen deutschen Armee erkämpfen.

Die in Braunschweig erhobenen Rüstungsforderungen des Vertreters des Bürgerblockkabinetts sind viel wichtiger als die üblichen Friedensreden, die von Stresemann und Breitscheid in Genf gehalten worden sind. Stresemann hat auch in einem Interview, das er der französischen Zeitung „Matin" gewährt hat, sich vollkommen mit Hindenburgs Rede solidarisiert. Dieses Interview Stresemanns war eine neue Ohrfeige für die SPD.-Führer, die bekanntlich Stresemanns Außenpolitik als die Friedenspolitik verherrlichen, aber Hindenburgs Tannenberg-Rede offiziell nicht mitmachen konnten. Der „Vorwärts" forderte Stresemann auf, Hindenburgs Kriegsschuldrede zu korrigieren. Die Antwort Stresemanns stellt die SPD.-Führer vor die Entscheidung, ob sie nun auch offiziell die Kriegspolitik des Bürgerblocks mitmachen oder nicht.

*

Das imperialistische Frankreich bleibt die Antwort auf die Offensive der deutschen Kriegshetzer natürlich nicht schuldig. Aus Paris wird berichtet, daß der Justizminister Barthou am 25. September eine Rede hielt, in der er unter Bezugnahme auf Hindenburgs Rede Deutschlands Kriegsschuld nach den üblichen Formeln wieder festgestellt hat. Barthou erklärte ferner: **„Unkluge Rehabilitierungen führen die Gefahr herbei, daß sie in den Anschauungen der Oeffentlichkeit wie eine Herausforderung erscheinen."**

Viel wichtiger ist noch, daß Poincaré am Sonntag in Elsaß nicht weniger als drei Reden hielt, in denen er den imperialistischen Völkermord verherrlichte und den französischen Außenminister Briand, der den Krieg in Genf für ein Verbrechen erklärte, desavouierte. Poincaré weiß sehr gut, daß solche Erklärungen, wie sie von Briand und von anderen abgegeben wurden, nur nichtssagende Phrasen sind. Aber er ist selbst gegen den Schein des Pazifismus. Es heißt in einer seiner Rede, die er am Sonntag hielt:

„Es ist nicht nutzlos, zu wiederholen, daß trotz aller Häßlichkeiten, Kriege für ein Volk und dessen Bürger die höchsten Eigenschaften erwecken können, nämlich Opfergeist, Uneigennützigkeit und Hingebung. Wir dürfen unsere Landsleute nicht daran gewöhnen, diese kriegerischen Tugenden herabzusetzen."

So ist die allgemeine Redeschlacht zwischen Deutschland und Frankreich entbrannt. Scheinbar steht die Kriegsschuldfrage im Mittelpunkt der Erörterungen. Hindenburg erklärt, Deutschland hat bei der Invasion Belgiens reine Hände, Poincaré antwortet, Deutschland hatte unreine Hände. Aber hinter dieser Diskussion verbirgt sich der Machtkampf zwischen den beiden imperialistischen Regierungen. Die Werktätigen Deutschlands und Frankreichs stellen die Kriegsschuld der Bourgeoisie beider Länder fest und sind überzeugt, daß die Kapitalisten beider Länder im Bunde mit den militaristischen Gruppen auch jetzt an der Vorbereitung des neuen Völkermordens arbeiten.

Vertrieb kommunistischer Literatur — Hochverrat

(WTB.) Leipzig, 24. September.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen den Parteisekretär der KPD. Hamburg Karl Schulzke und den Tischler Gustav Bruhn aus Heide (Holstein), die beschuldigt waren, sich als Mitglieder einer staatsfeindlichen Organisation (!) durch den Vertrieb kommunistischer Literatur an hochverräterischen Unternehmen mit der Absicht beteiligt zu haben (!), die verfassungsmäßige Regierung zu stürzen. Schulzke wurde zu einer Festungshaft von einem Jahr drei Monaten und 200 Mark Geldstrafe und Bruhn zu neun Monaten Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Litauische Henkerbilanz

(OE.) Kowno, 25. September.

Die zur Untersuchung der Vorgänge in Tauroggen ernannte außerordentliche Kommission hat ihre Arbeit beendet und das Ergebnis in einem Protokoll festgelegt. Danach ist als treibende Kraft bei dem Putschversuch die Tauroggener Ortsgruppe des „Komitee zum Schutz der Republik" anzusehen. Es wurden 131 aktive Teilnehmer des Putsches verhaftet, von denen die meisten der Sozialdemokratischen bzw. der Volkssozialistischen Partei angehören. Von diesen wurden 43 bereits abgeurteilt, und zwar 21 zum Tode, die übrigen zu längeren Zuchthausstrafen. Von den 21 Todesurteilen wurden acht vollstreckt, die übrigen in Zuchthausstrafen umgewandelt. Außerhalb Tauroggens sind im Zusammenhang mit dem Putsch noch 211 verdächtige Personen verhaftet worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0001

Preußen-Amnestie für den Küstriner Putsch-Major

Der Berliner „Montag Morgen" erfährt von „unterrichteter" Seite:

„Die Liste der Personen, die zum 2. Oktober, dem 80. Geburtstag des Reichspräsidenten, begnadigt werden sollen, ist bis heute noch immer nicht endgültig festgestellt. Leider aber muß man schon damit rechnen, daß die Hindenburg-Amnestie im großen ganzen recht kärglich ausfallen und **insgesamt nicht viel mehr als 200 bis 300 Sträflinge** in ganz Deutschland umfassen wird. Die zwischen dem Reichsjustizministerium und den Justizverwaltungen der Länder vereinbarten Richtlinien sind derartig eng gefaßt, daß gerade bei den mit besonders harten Strafen geahndeten politischen Vergehen eine Amnestie meistens von vornherein ausgeschlossen ist. Und ebenso ist anscheinend darauf verzichtet worden, jene Vergehen, die in den sozialen Wirren der Nachkriegszeit ihre Ursache haben, in größerem Umfang zu amnestieren.

In erster Linie dürfte die Amnestie in den Fällen gewährt werden, in denen es sich um **persönliche Beleidigungen oder Beschimpfungen Hindenburgs** handelte. Darunter würden auch die vielen kommunistischen Redakteure fallen, die wegen der Veröffentlichung des sogenannten „Hunde-Gedichts" zu insgesamt etwa 50 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind. Zum Ausgleich dafür werden die Länder in zahlreichen Fällen von Beschimpfungen der Reichsfarben die Amnestie eintreten lassen.

Vom Reich aus sollen auch, wie es heißt, die Opfer der sogenannten Buchhändler-Prozesse begnadigt werden, die das Reichsgericht zu Festungsstrafen zwischen neun Monaten und zwei Jahren verurteilt hatte und die ihre Strafe in den ersten Oktobertagen antreten sollten.

Dagegen scheint leider für die vielen krassen Fälle, in denen harte Zuchthausurteile wegen angeblichen Landesverrats auf Grund meist sehr schwacher Indizien gefällt wurden, auf eine Amnestie nicht gerechnet werden zu dürfen. **Ebenso hat die bayrische Regierung es bisher abgelehnt, die noch immer festgehaltenen „Räterepublikaner" endlich die Freiheit zu schenken. Von Preußen ist die Begnadigung des Majors Buchrucker, des Küstriner Putsch-Führers, der in der Festung Gollnow sitzt, in Aussicht genommen.**

Ueber den Fall Heelz ist bisher noch keine Entscheidung gefallen. Es haben jedoch im Reichsjustizministerium eingehende Beratungen stattgefunden, bei denen der Vorschlag gemacht wurde, den Reichspräsidenten um eine Begnadigung von Heelz zu ersuchen, schon weil andernfalls die Wiederaufrollung des Verfahrens sich nicht vermeiden liege." (?)

Die deutsche Republik — das Mörderparadies

Vor dem Schwurgericht in Bielefeld hatte sich der ehemalige Leutnant Linsenmeier wegen vorsätzlicher Tötung zu verantworten. Es wurde die üble Justizkomödie aufgezogen. Die Verhandlung rief die blutigen Tage des Kapp-Putsches in Erinnerung. Linsenmeier war Gerichtsoffizier beim Freikorps Roßbach. Das Freikorps Roßbach hatte Severing unter General Watters Oberbefehl auf die Ruhrarbeiter losgelassen, die sich gegen die Konterrevolution erhoben hatten. Linsenmeier hatte gleich nach dem Linmarsch der Arbeiterschlächter in Essen am 7. April 1920 eine „Vernehmungsstelle für Gefangene" eingerichtet. Ohne sich die Gefangenen groß anzusehen, gab der dem Feldwebel Bloch den Befehl, die Arbeiter abzuführen, „sie würden zum Tode verurteilt", „die werden erschossen". Selbstverständlich war das für die entmenschte Soldateska das Stichwort, die Arbeiter auf dem Rathaus in Essen zusammenzutreiben und niederzuknallen. Feldwebel Bloch war früher bereits angeklagt — und freigesprochen worden! Jetzt, nach 7½ Jahren (!), hatte man sich auch des Leutnants Linsenmeier erinnert. Zur Verteidigung Linsenmeiers trat Roßbach selbst auf. Er schnauzte die Richter an: „Es ist unerhört, daß man heute Soldaten und Offiziere im einzelnen für Handlungen verantwortlich machen will, die sie im Rahmen ihrer Truppe in Ausübung ihres Dienstes getan haben.

Ich trage die Verantwortung für alles, was meine Truppe tat. Auch für das, was in Essen geschah. Es gibt überhaupt nur noch drei verantwortliche Stellen: das bin ich, Excellenz v. Watter und die damalige Reichsregierung (Severing!)".

Statt Strafe forderte er den Dank des Vaterlandes für den Mörder. Das Gericht konnte nicht umhin, den Befehlen Roßbachs nachzukommen und stellte das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes vom Mai 1920 ein!

Die Verhandlung entrollte nur ein kleines Szenenbild des erschütternden blutigen Dramas, das dem Proletariat in den Kapp-Tagen aufgespielt wurde. Was sogar im Weltkriege nor dem äußeren Feind nicht gewagt wurde, die Gefangenen kurzerhand zu erschießen, war in der „Heimat" erlaubt und Pflicht. Die Arbeiter wurden wahllos zusammengetrieben und niedergeknallt. Keiner der Mörder wurde zur Rechenschaft gezogen. Nach [illegible] morden in Berlin im Ulap Massengräber entdeckt. Es rührt sich keine Hand, um in das Dunkel zu leuchten; im Gegenteil, wer anzuklagen wagt, wird bestraft. Ueber sieben Jahre bedarf es, um nur einen der Mörder im Ruhrgebiet vor Gericht zu bringen, und das nur, um Gelegenheit zu haben, den Mördern die Anerkennung und den Dank auszusprechen, ihr Haupt mit einem Glorienschein zu zieren.

Die Erinnerungen an die Kapp-Tage weckt auch die Erinnerung an den ungeheuerlichen Verrat der Sozialdemokraten, deren Regierung die Hauptverantwortliche war. Sie sind auch heute noch die Verantwortlichen für die Klassenjustiz, die in Preußen, wo die Sozialdemokraten darüber zu bestimmen haben, die gleiche Klassenjustiz ist wie im Reiche und in den Ländern, wo der Bürgerblock regiert.

Weitere Proteste gegen den Keudellschen Schulgesetzentwurf

Der Dresdener Lehrerverein veranstaltete am Donnerstag eine außerordentlich gut besuchte Protestkundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Wegen Ueberfüllung der Kundgebung mußten zwei Parallelversammlungen abgehalten werden. Unter anderem sprach für die Kommunistische Partei der Genosse Schneller, der zur Bildung einer einheitlichen Kampffront gegen die Kulturreaktion aufforderte und für die Verweltlichung des gesamten Schulwesens eintrat. Seine Ausführungen gelten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der bekannte Schulreformer Professor Oßteich wandte sich mit scharfen Worten gegen die preußische Sozialdemokratie, der er Kapitulation vor der Kulturreaktion vorwarf. Die beiden offiziellen Vertreter der SPD., Stadtschulrat Dr. Löwenstein-Berlin und die Reichstagsabgeordnete Pölß, hatten beide wegen angeblicher Krankheit abgesagt. In allen drei Versammlungen wurde eine starke Protestentschließung gegen den Keudellschen Gesetzentwurf angenommen.

In einer Versammlung erhoben 300 Lehrer des Bornaer Schulaufsichtsbezirks (Sachsen) schärfsten Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Der Berliner Magistrat nahm am 21. September Stellung zum Reichsschulgesetzentwurf und beschloß, einige Abänderungsanträge zum Regierungsentwurf einzubringen. Zur Einreichung eines Antrages, der die Zurückziehung des Gesetzes fordert, konnte sich der Magistrat nicht aufschwingen. Die kommunistische Fraktion hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag unterbreitet, in der der Magistrat ersucht wird, von der Reichsregierung die Zurückziehung des Reichsschulgesetzes zu fordern und auf dem Deutschen Städtetag den entschiedensten Kampf gegen den Schulgesetzentwurf zu fordern.

Lügner Poincaré entlarvt

Das abgeleugnete Angebot der Sowjetregierung veröffentlicht

(Eig. Bericht.) Paris, 24. September.

Auf die krampfhaften Bemühungen Poincarés, das sowjetrussische Schuldenzahlungsangebot vor den französischen Kleinrentnern zu verheimlichen und abzuleugnen, um die sowjetfeindliche Propaganda ungestört fortsetzen zu können, sah sich der Sowjetbotschafter, Genosse Rakowski, veranlaßt, noch im Laufe der vergangenen Nacht der Presse den Wortlaut der sowjetrussischen Angebote schriftlich mitzuteilen. Nach diesem Angebot, über das, wie die Erklärungen Rakowskis betonen, mit den französischen Unterhändlern eine prinzipielle Einigung erzielt worden ist, erklärt sich die Sowjetregierung bereit, 61 Zahlungen von je 50 Millionen Goldfranken zu leisten zur Regelung der russischen Vorkriegsanleihen in Frankreich. Sollte die Sowjetregierung einmal einer anderen Regierung günstigere Angebote machen, so würden sich diese automatisch auch auf die Zahlungen an Frankreich beziehen. Die Zahlungen dürften ausschließlich zur Entschädigung französischer Staatsangehöriger verwendet werden.

Als Gegenleistung fordert die Sowjetregierung industrielle und Handelskredite in der Höhe von 120 Millionen Dollar (3,4 Milliarden Franken), die von Frankreich in jährlichen Zahlungen von je 20 Millionen Dollar gegeben werden sollen. Diese Kredite sollen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion verwendet werden, d. h. für Aufträge, die die Sowjetregierung der französischen Industrie erteilt, oder für Käufe, die in französischen Häufern getätigt werden. Die Sowjetregierung würde mit der Zurückzahlung der Kredite in zehn Jahren, mit der Zahlung der Zinsen sofort beginnen. Das Schuldenabkommen kann nur mit dem Kreditabkommen gleichzeitig in Kraft treten. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, in einer Frist von sechs Monaten in einer französischen Bank eine halbe Jahreszahlung, d. h. 30 Millionen Goldfranken, zu hinterlegen, die nach Inkrafttreten des Abkommens an die Inhaber russischer Vorkriegsanleihepapiere sofort verteilt werden können.

In poincaristischen Kreisen wird versichert, daß Poincaré die Angebote der Sowjetregierung ablehnen wird mit der Begründung, daß die französische Regierung weder Staatskredite an Rußland geben will, noch die Garantien für Bankkredite übernimmt. Auch soll Rußland nicht nur über die Vortriegsschulden, sondern auch über die zaristischen Kriegsschulden und die Entschädigung der in Rußland enteigneten französischen Kapitalisten Vorschläge machen.

Die französische Regierung läßt durch Havas mitteilen, daß die sowjetrussischen Vorschläge geprüft werden sollen.

*

Die „Prawda" betont, daß das Zahlungsangebot der Sowjetdelegierten keineswegs bedeutet, daß nunmehr die Zarenschulden anerkannt werden. Der Zarismus hat bloß an Zinsen an die französische Regierung jährlich 400 Millionen Franken gezahlt. Das Zahlungsangebot der Sowjetunion zeige, daß sie den Frieden wolle, ihre Lage ist aber keineswegs derart, daß sie eine Kapitulation nötig hätte.

„Iswestija" betont, daß angesichts der ununterbrochenen Hetze, der der Sowjetvertreter in Frankreich ausgesetzt sei es denkbar wäre, daß die öffentliche Meinung der Sowjetunion dem weitgehenden Angebot nicht zustimmen würde. In den Verhandlungen mit de Monzi wäre die Schulden- und Kreditfrage vollkommen geklärt und die französische Regierung irre sich gewaltig, wenn sie glaubt, der Sowjetregierung neue Rechnungen vorlegen zu können.

Der Schulausschuß des Gemeinderats Zschaschwitz (Sachsen) nahm einen Antrag der kommunistischen Gemeindefraktion an, in dem die Verweltlichung der Schule gefordert wird.

Protestentschließungen gegen den Reichsschulgesetzentwurf nahmen weiterhin an: Die Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Thüringen, die Unterbezirkskonferenz des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung Preußisch-Lausitz, die Elternversammlung der 56. Volksschule Leipzig, der Elternbeirat der Mädchen-Volksschule Pirna (Sachsen).

„Hindenburg, unser Ehrenmitglied . . ."

Stahlhelm-Auftakt zum 2. Oktober

Wie die neuste Nummer des „Stahlhelm" mitteilt, hielt der Stahlhelmführer Seldte in Lübeck auf dem Landesverbandstag eine programmatische Rede über das Verhältnis des Stahlhelms zu Hindenburg. Er erklärte:

„Hindenburg, unser Ehrenmitglied des Stahlhelms, hat als Führer des Weltkrieges **so viele in Jugendkraft sterben sehen,** wie es das Gesetz befahl, und **er selbst,** der sich vier Jahre schonungslos gegen sich selbst und für das Vaterland eingesetzt hat, er hat für den Tapferen **das schwerere Los** auf sich genommen: nicht zu sterben, sondern für das Land **zu leben,** wie es das Gesetz befahl."

Diejenigen, die die Arbeiter als Kanonenfutter für die imperialistischen Interessen in den grauenvollen Schrecken der Schützengräben jagen, ziehen stets das „Heldentum" und „schwerere Los", selbst am Leben zu bleiben, dem Schützengrabentod vor. Diese Worte Seldtes zeigen, daß die schwarzweißroten Militaristen lieber den „Heldentod" der anderen mögen!

Seldte kam auf den Hindenburg-Rummel am 2. Oktober zu sprechen:

„Wenn in den nächsten Wochen zum 80. Geburtstag Hindenburgs wir Bundesführer und Stahlhelmführer nach Berlin wandern, dann nahen wir uns in Dankbarkeit und Ehrfurcht . . . dem Manne, dessen Auftreten auf dem Plan in Krieg und Frieden stets die ganze Situation änderte und rettete."

Dieser Ankündigung der Stahlhelmbeteiligung am großen Hindenburg-Rummel fügte Herr Seldte als politischen imperialistischen Inhalt des Aufmarsches vom 2. Oktober bei:

„Wir wollen mehr Bismarckische Politik: Wahrheit und Anmeldung unserer lebensnotwendigen Forderungen innen und außen aus klarem Egoismus, den ein jeder verstehen wird."

Der Stahlhelm als Schutztruppe der Bürgerblock-Kapitalisten betreibt seine Politik auf der Linie, den neuen imperialistischen Aufstieg von Hindenburg-Deutschland zu fördern.

Im kommenden Krieg sollen die Arbeiter wieder zu Kanonenfutter werden. Seldte und Konsorten werden dann wohl wieder das „schwerere Los" auf sich nehmen, zur Niederhaltung der Arbeiterklasse am Leben zu bleiben.

Antwortet diesen Leuten am 2. Oktober!

Hindenburg und die Aufwertung

Die Wahlmacher Hindenburgs, die Deutschnationalen, hatten in Flugblättern und Wahlversammlungen versprochen, sich dafür einzusetzen, daß die Sparer und Kriegsanleihezeichner den „letzten Pfennig zurückerhielten", daß ihre gerechten Forderungen gehört würden. Hindenburg sollte der Mann sein, der alle ihre Wünsche erfüllt. Wenige Monate nach der Wahl Hindenburgs im Juni 1925 brachte die reaktionäre Luther-Regierung das Aufwertungsgesetz im Reichstag ein. Lumpige 12 Prozent sollten den Sparkassengläubigern zugesprochen werden, den Hypothekengläubigern, weil das nicht die Armen waren, 25 Prozent. Die um ihre Hoffnungen betrogenen Sparer- und Gläubigerorganisationen entsandten am 24. Juni zu Hindenburg eine Delegation. Hindenburg erklärte ihnen: „Ich habe mich stets interessiert für die Lage der armen, alten Rentner. Ich habe selbst mein Vermögen verloren und kann die Notlage verstehen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Ich werde erst das fertige Gesetz abwarten." Der geschlossene Besitzbürgerblock nahm das Gesetz am 15. Juli an. Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum pfiffen auf die Versprechungen, die sie ihren Wählern gegeben hatten. Was konnte Hindenburg jetzt tun? Was tat er? Nach § 72 der Reichsverfassung konnte er die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate aussetzen und nach § 73 konnte er das Gesetz einem Volksentscheid unterbreiten. Aber derselbe Hindenburg, der sich beim Volksentscheid gegen die Fürstenenteignung einsetzte, setzte sich jetzt für die Enteignung der Armen ein. Schon am 17. Juli wurde amtlich gemeldet: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat Donnerstag abend 6 Uhr nach den Vorträgen des Reichskanzlers und des Reichsjustizministers das vom Reichstag angenommene Gesetz über die Hypothekenaufwertung unterzeichnet. Die Aufwertungsgesetze treten mit eintägiger Rückwirkung am 10. Juli in Kraft" Denkt am 2. Oktober daran!

Fette Geschenke an die Hausagrarier

Der Amtliche Preußische Pressedienst, das Organ der Braun-Regierung, teilt mit, daß die zehnprozentige Mietzinssteigerung, die ab 1. Oktober eintritt, voll und ganz den Hausbesitzern zufällt, dadurch, daß den Hausbesitzern die erhöhten Zinsen für aufgewertete Hypotheken (aufgewertet ab 1. Januar 1928) voll vergütet werden sollen. Ueberdies bekommen die Hausbesitzer noch eine Art Teuerungszulage. Das zusammen ergibt zehn Prozent der Friedensmiete.

Die Reichsbahn kann höhere Löhne zahlen

In Berlin nahmen die Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands einer großen Funktionärkonferenz zu den an die Reichsbahn-Hauptverwaltung gestellten Lohnforderungen Stellung. Der erste Vevollmächtigte wies darauf hin, daß die Reichsbahngesellschaft neben einem Betriebsüberschuß von tausend Millionen und einem Reingewinn von rund 208 Millionen im Jahre 1926 sehr wohl in der Lage sei, die Löhne zu erhöhen.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Funktionäre der Ortsgruppe Berlin des EVGD. nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Reichsbahngesellschaft. Die Notlage der Eisenbahner ist ungeheuer, die Teuerung steigt, die Miete ist erhöht, die Mehr- und Ueberstundenarbeit nimmt überhand, 60, 72 und noch mehr Stunden beträgt die wöchentliche Arbeitszeit. Die Funktionäre fordern eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit. Sie richten an die Gesamtarbeiterschaft den Ruf, den Kampf der Eisenbahner nach Kräften zu unterstützen. In dem ausgebrochenen Kampfe gilt es, einig und fest zusammenzustehen."

Zum Tode des Freiherrn von Maltzan

Der Junker und Diplomat

In Rio de Janeiro hatte er seine diplomatische Laufbahn begonnen, die ihn nach Christiania, Petersburg und Peking führte. Seine Weltanschauung war ein seltsames Gemisch von junkerlicher Rückständigkeit und moderner Gewandtheit und Geistesfreiheit. Darum hatte man Maltzan nie recht gemocht, er war immer sehr rüchhaltlos in seinen Aeußerungen gewesen und hatte aus seiner Mißbilligung der kaiserlichen Diplomatie kein Hehl gemacht. Wunder, daß die Bureaukratie der Wilhelmstraße den zynischen Frondeur auf anscheinend ungefährlichere Posten abschob. Nach der chinesischen Kriegserklärung kehrte Maltzan auf abenteuerliche Weise nach Deutschland zurück, wurde Stellvertreter des Reichskanzlers im Hauptquartier Ost und hatte scharfe Zusammenstöße mit Ludendorff und Hindenburg; Maltzan war einer der wenigen Männer, die der Generalspolitik ihre sichere Katastrophe prophezeiten. Natürlich wollte man ihn auch hier bald los sein, Maltzan kam nach dem Haag.

In der Nachkriegszeit hat dann Maltzan einige Jahre lang „Große Politik" machen können, trotz heftigsten Widerstandes der sozialdemokratischen Minister. Persona ingrata bei Wilhelm — persona ingrata bei Ebert. Maltzan wurde Staatssekretär, bereitete die Genua-Konferenz vor, schlug den Kurs nach dem Osten ein und war ein Freund Sowjet-Rußlands, nicht etwa aus Gesinnung, sondern aus Klugheit. Er war der Inspirator jener zeitweiligen Ostorientierung und schreckte vor den heftigsten Widerständen innerhalb der unter sozialdemokratischer Aegide stehenden Kabinette nicht zurück. Auch Rathenau mußte erst von Maltzan gestützen werden. Die Frucht dieser Tätigkeit war der Rapallo-Vertrag.

Als die deutsche Bourgeoisie ihren irrsinnigen Ruhrkrieg verloren hatte, sich den Westmächten bedingungslos unterwarf und die Ostorientierung zum Schaukelpferdchen gemacht wurde, war für Maltzan kein Platz mehr in Berlin. Die westlich orientierten Stresemann und Schubert schoben auf d'Abernons Drängen Maltzan ab. Man sandte ihn weit übers Meer, nach Washington, um durch ihn dort — es klingt fast wie Ironie — Dawes-Politik zu treiben. Nun konnte er gewisse Kreise nicht mehr stören, und Ebert hatte Ruhe.

Jetzt hat das Flugzeugunglück bei Schleiz diesem Manne ein vorzeitiges Ende bereitet. Die deutsche Bourgeoisie hat [illegible] einen ihrer besten Köpfe verloren.

Spanien soll nach verschiedenen Blättermeldungen vor einer revolutionären Erhebung stehen.

Lord George Francis Hamilton, einer der typischsten Reaktionäre des englischen Imperialismus, ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

Die Partei marschiert

Die Unterbezirkskonferenzen für Einheit und praktische Arbeit

Am Sonntag fanden in den meisten Unterbezirksvororten des Bezirks Halle-Merseburg die Unterbezirkskonferenzen der Partei statt. Die Konferenzen waren durchweg gut besucht und zeigten den Willen der Parteigenossen, endlich mit den unnützen Auseinandersetzungen mit den wenigen oppositionellen Quertreibern aufzuhören und die Partei zur aktiven Arbeit mobil zu machen. Dazu wurde der Anfang durch die Besprechung der Kampagne für Partei und Presse gemacht. Ueberall fanden rege Aussprachen über die politischen und besonders über die organisatorischen Aufgaben statt.

Durch die Fabrikation von Resolutionen und den Versand derselben durch die Fraktionsleitung der Urbahns-Leute von Halle aus hatten sie versucht, die Arbeit der Unterbezirkskonferenz zu stören. Doch das Manöver war verpatzt. Ueberall wurden diese Resolutionen zurückgewiesen, und zwar, wenn nicht mit allen Stimmen, dann immer mit einer so überwältigenden Mehrheit (gegen 1 bis 3 Stimmen) daß man feststellen muß: die Opposition ist vollkommen geschlagen, die Parteispalter sind zurückgewiesen.

Es wird nun darauf ankommen, daß in diesem Sinne der Bezirksparteitag, der am kommenden Sonntag stattfindet, diese letzte Periode der Auseinandersetzung mit der Opposition abschließt und der Partei die Kraft gibt, die breitesten Massen zum siegreichen Kampf zu führen gegen Bürgerblock und Reaktion, gegen Reformismus und ultralinkes Spießbürgertum, zum Sturz der Bourgeoisieherrschaft, zur Errichtung des Sozialismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0002

Große Bauernrevolten in Südostchina

(Inprekorr.) **Moskau, 25. September.**

Den letzten Schanghaier Meldungen zufolge ist **die Lage der** revolutionären Armeen Yehtings und Holungs **folgende: Der** Vormarsch dieser Armeen in der Provinz Kwantung bis zur Grenze Fukiens rief große Begeisterung unter den Bauern in Tschaochow, auf dem Gebiete von Meiliang, hervor, wo mehrere Bauernrevolten ausbrachen. Die Hauptzentren der Bauernbewegung sind Meikiang, Tschaochow und Futscha. Die Zeitungsmeldungen, wonach diese Stadt von Truppen der Yehting- und Holung-Armeen eingenommen worden sind, sind der Tatsache zuzuschreiben, daß die Bauerndetachements sich in mehreren Orten als Vortruppen der Revolutionsarmeen bezeichnen. Die Operationen der Bauerndetachements riefen zuerst eine große Panik hervor, die jedoch nachließ, als es klar wurde, daß die Revolutionsarmeen sich gegenwärtig nur an der Grenze Fukien-Kwantung befinden. Die Bauernbewegung verbreitet sich jedoch weiter. Insbesondere sind im Bezirke Kaifeng, wo die Bauernschaft ausgezeichnet organisiert ist, neue Bauernrevolten ausgebrochen.

Den letzten Meldungen zufolge rücken die Armeen Yehtings und Holungs in zwei Richtungen auf Taipu und Tschunachow vor, beide in der Provinz Kwantung in der Nähe der Grenze von Fukien.

(Inprekorr.) **Moskau**, 25. September.

Anläßlich der Plenarsitzung der Kuomintang in Nanking hebt die „Prawda" hervor, daß die Plenarsitzung im Zeichen **des gegenrevolutionären Terrors gegen die Kommunisten** verlief. Seitdem die Arbeiter und die Bauern die Kuomintang verließen, hörte diese Organisation auf, eine Organisation der antiimperialistischen Kräfte zu sein. Die Massen wissen nunmehr, daß der Kampf für die Lebensinteressen des chinesischen Volkes weder Nanking noch Wuhan, sondern nur den Massen selbst unter Hegemonie des Proletariats anvertraut werden kann. Diese Massen erkannten die Kampflosung an, jedoch bei gewissen radikalen Elementen, die von Wuhan und Nanking sich abkehrten und sich auf seiten der Arbeiter- und Bauernrevolution stellten, wird die Kampflosung nur in ungenügendem Maße anerkannt. So wird in der letzten in Moskau veröffentlichten Erklärung der letzten zehn Jahre, die chinesische Revolution einbegriffen, über die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution verschwiegen.

Der Verrat Wuhans und Nankings hat die Revolution nicht begraben, sie lebt und marschiert ständig vorwärts. Ihre Entwicklung muß durch die energische Propaganda für die praktische Verwirklichung der Idee der Hegemonie des Proletariats gefördert werden.

Zaristische Spione verurteilt

(Telegr.-Agent. d. Sowjetunion.) (WTB.) **Moskau**, 25. Sept.

In dem Prozeß gegen die fünf Monarchisten Balmissow, Solski, Strojewoi, Samajlow und Aderkas verurteilte das Gericht in Leningrad die ersten vier Angeklagten zum Tode, den letzteren zu zehn Jahren Gefängnis.

Die Pariser Justiz deckt Nord-Amerika

Gefängnisstrafen für kommunistische Gewerkschaftler

(WTB.) **Paris**, 24. September.

Von französischen Gerichten wurden vier kommunistische Gewerkschaftler wegen Anschlagens die amerikanische Legion beleidigender Plakate und Widerstandes gegen die Polizei zu zwei bis drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Losowsky über die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Ländern

(WTB.) **Moskau**, 25. September.

(Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.)

Der Generalsekretär des Internationalen Berufsverbandes Losowski äußerte über die Beziehungen der Sowjetunion zu den kapitalistischen Staaten u. a.: Die Periode, wo die kapitalistischen Staaten sich beeilen, die Sowjetunion anzuerkennen, hat einer Periode der Zurückhaltung Platz gemacht. Trotzdem besteht kein Grund zu Pessimismus, da die Sowjetunion innerlich erstarkt ist. Auch haben sich überall die Klassenbeziehungen zum Vorteil Rußlands verschoben. Die Frage, ob eine antirussische Einheitsfront denkbar sei, ist dahin zu beantworten, daß trotz des Bestehens von Mißhelligkeiten unter den kapitalistischen Staaten das unstreitbare Faktum vorliegt, daß angestrebt wird, die Beziehungen zur Sowjetunion zu lösen. Daher ist eine Kriegsmöglichkeit sowohl von Osten wie von Westen her (gegen die Sowjetunion) gegeben. Die Sowjetunion hat aber Mittel, den Beginn eines Krieges hinauszuschieben. Die Kampagne Frankreichs verfolgt den Zweck, die Stärke der russischen Nerven zu erproben und möglichst viel aus einem Vertrag herauszuschlagen. Es sind Anzeichen vorhanden, daß in der nächsten Zeit Verhandlungen der Sowjetunion mit Amerika beginnen. Die Regelung der Schuldenfrage ist mit der Sowjetunion leichter als mit anderen Staaten, da ihre Schuldenlast geringer ist und Amerika Absatzgebiete für seine Industrie braucht.

Einladung deutscher Konsumvereine durch den Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften

Nach einer Meldung in „Kooperativ-Shisn" vom 16. September hat der Moskauer Verband der Konsumgenossenschaften eine größere Zahl lokaler Konsumvereine der europäischen Länder eingeladen, zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjetunion Delegierte zu entsenden, um die Entwicklung und das Wirken der Genossenschaften unter der Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu studieren. Von deutschen Genossenschaften wurden eingeladen:

Die Konsumgenossenschaften Berlin, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Köln, Dresden, Stuttgart, Essen, Erfurt, Gotha, Halle, Remscheid, Suhl, Schwarzenberg, Barmen.

Außerdem erging eine Einladung an den Reichsverband deutscher Konsumvereine (christlich).

Nachdem der Zentralverband deutscher Konsumvereine die im Frühjahr an ihm ergangene Einladung des Genossenschaftsverbandes der Sowjetunion zur Entsendung einer Delegation abgelehnt hat, ist zu erwarten, daß der Vorstand des ZdK. versuchen wird, die Konsumvereine zu veranlassen die Einladung abzulehnen. Die Genossenschaftsmitglieder der obigen Konsumvereine müssen deshalb mit allem Nachdruck von der Verwaltung ihres Vereins die Annahme der Einladung fordern. Der Vorstand des Zentralverbandes hat natürlich bei seiner Einstellung gegenüber Sowjet-Rußland und seinen Genossenschaften alle Veranlassung, die Entsendung von deutschen Genossenschaftlern zum Studium der Sowjetgenossenschaften zu verhindern. Trotz der andauernden Hetze der reformistischen Genossenschaftsführer gegen die Sowjetgenossenschaften ist die Sympathie für Sowjet-Rußland bei den Mitgliedern der deutschen Konsumvereine und ihr Interesse für die Entwicklung der Sowjetgenossenschaften gewachsen. Wenn eine Delegation deutscher Genossenschaftler sich persönlich von dem Wachsen und der Tätigkeit der Sowjetgenossenschaften überzeugt, dann werden endgültig alle Verleumdungen wirkungslos sein. Die Mitglieder der Konsumvereine, an die eine Einladung ergangen ist, müssen die Einberufung einer Mitglieder- oder Generalversammlung fordern, in welcher zu der Einladung Stellung genommen und den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, über die Annahme dieser zu entscheiden.

Neues aus aller Welt

Friedensreden — aber gefüllte Munitionsarsenale

Baltimore konnte dem Erdboden gleich sein

Ein Großfeuer im amerikanischen Munitionsarsenal von Curtisbay verursachte in der Stadt Baltimore für geraume Zeit große Aufregung. Das Arsenal enthält 25 Millionen Pfund hochexplosiver Munition, die genügt hätte, ganz Baltimore in die Luft zu sprengen. Es gelang den Anstrengungen der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Einige Granaten waren schon explodiert. Die in der Nähe wohnenden Leute hatten in panikartiger Flucht schon ihre Wohnungen verlassen, als es dann gelang, das Feuer erfolgreich zu bekämpfen.

Im Lande der Dollarkönige speichert man die Granaten millionenfach auf. Riesige Städte dem Erdboden gleich zu machen, ist nicht schwer. Bald wäre es in Baltimore so geschehen. Daß die Welt dabei von den Munitionsaufstapelungen in den amerikanischen Arsenalen erfährt, wird den imperialistischen Kriegstreibern nicht angenehm sein, denn in Genf redet man doch vom ewigen Frieden und das glaubt nachher schließlich kein Mensch mehr.

Die AEG. Berlin in Flammen

Das Gebäude vollständig ausgebrannt

Gestern mittag brach in dem Lagerhaus der AEG. in Berlin in den Räumen des Erdgeschosses und des ersten Stockwerkes ein bedeutender Brand aus, der dann durch den Lichtschacht auch auf die oberen Stockwerke übersprang. Die Gewalt des Feuers wurde erst in der siebenten Abendstunde gebrochen. Sämtliche vier Stockwerke des Gebäudes sind vollständig ausgebrannt.

Das daneben gelegene Umformerwerk der AEG. konnte mit knapper Not unter Einsetzung zahlreicher Löschzüge gerettet werden. Personen sind, da Sonntags die Arbeit ruht, nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist erheblich. Bei dem Feuer sind viele Bücher und Geschäftsmaterial verbrannt. Die Hauptbücher waren in Geldschränken untergebracht, die nur wenig beschädigt wurden. Die Hauptbücher sind also gerettet. Hohe Versicherungssummen winken. Bald ist die AEG. wieder oben auf. Die Feuerwehrmannschaften waren nach den schwierigen Löscharbeiten derart erschöpft, daß für die Aufräumungs- und Ueberwachungsarbeiten Ersatzmannschaften alarmiert werden mußten.

Heute

beginnt eine Großkampfwoche für die Partei. Bis zum Bezirksparteitag, der am kommenden Sonntag stattfindet, muß jede Ortsgruppe der Partei eine Anzahl neuer Parteimitglieder und Klassenkampfleser melden können

Anschlag auf einen französischen Schnellzug

In der Sonnabend Nacht wurde die Eisenbahnstrecke Nizza—Paris, dreißig Kilometer vom Bahnhof Juan les Pins bei Nizza entfernt, durch ein Bombenattentat beschädigt. Die Explosion erfolgte fünf Minuten, bevor der aus Nizza kommende Schnellzug, der 20 Minuten Verspätung hatte, die Stelle passierte. Sie zerstörte ein ungefähr meterlanges Stück der Strecke, sowie sämtliche in der Nähe befindlichen Telephon- und Telegraphendrächte.

Massenfleischvergiftungen — Paratyphusgefahr

In einem Dorfe bei Züllichau liegen etwa 60 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen krank darnieder. Einer der Erkrankten ist bereits verstorben. Die Erkankungen sind auf den Genuß von im Dorf gekaufter Wurst zurückzuführen, in der, wie man annimmt, Paratyphusbazillen enthalten waren.

Schiffszusammenstoß in den Dardanellen

In den Dardanellen stießen zwei rumänische Petroleumdampfer zusammen, wobei einer sofort sank. Die Mannschaft wurde von dem anderen Dampfer gerettet.

Tödlicher Fallschirmabsprung

Bei einer Flugveranstaltung auf dem Flugplatz in Paderborn war der in Fliegerkreisen gut bekannte Fallschirmpilot Kleinenberg, Bielefeld, aus einem Flugzeug in etwa 700 Meter Höhe abgesprungen. Der Fallschirm entfaltete sich aber nicht. Kleinenberg stürzte zu Boden und war sofort tot. Kleinenberg hat bis jetzt 110 Fallschirmabsprünge glücklich durchgeführt.

Todessturz mit dem Lastautomobil

Nach einer Tagung in Langenlois in Niederösterreich verunglückte ein Lastautomobil mit 37 Personen in einer Kurve in der Nähe von Gogelsburg. Das Auto stürzte um. Der Chauffeur, seine Frau und ein Passagier wurden sofort getötet, drei Personen schwer, die übrigen leicht verletzt.

Ein Höhenrekord in Sowjet-Rußland

Ein sowjetrussisches Passagierflugzeug hat zum ersten Male das Hindukusch-Gebirge auf dem Fluge von Taschkent nach Kabul überflogen. Beim Fluge über das Gebirge wurde eine Höhe von 5600 Metern ereicht. Der Flieger wurde vom Chef des afghanischen Flugwesens begrüßt.

Der Mörder von Essen erhängt aufgefunden

Der Arbeiter Bagosat in Essen, der Anfang d. M. die Heilgehilfin Maria Koch ermordet, die Leiche zerstückelt und in einem Heizschacht in einem Keller versteckt hatte, ist jetzt in einem Walde erhängt aufgefunden worden. Da die Leiche schon stark verwest ist, muß angenommen werden, daß der Mörder unmittelbar nach der Tat seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Der Gefangene von Potsdam

48] Von Heinrich Wandt

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Staatsanwalt Oelrichs starrte mich offenen Mundes an, und man merkte, wie in seinem mächtigen Kopfe die Gedanken arbeiteten, um dem Rätsel dieses unzweifelhaften Naturwunders auf die Spur zu kommen.

Ich hatte indes wieder meine Geistesgegenwart gewonnen, und wie mein Kollege Hardy Worm, der den unverhofften Gast gleichfalls sofort erkennt hatte, mir seine Warnung in das Ohr flüstern wollte, da trat ich mit zorniger Miene hinter dem Büffett hervor, packte ihn derb am Arm und schnauzte ihn an: „Sie kriegen nichts mehr zu trinken, ich habe Ihnen das schon einmal gesagt. Sie sind ja besoffen wie ein Stint, verlassen Sie auf der Stelle mein Lokal!"

Ehe es sich der maßlos verdutzte Staatsanwalt versah, zerrte ich meinen jetzt gleichfalls nicht sehr geistreich dreinblickenden Freund an ihm vorbei zur Tür und schmiß ihn hinaus und kam selbst — nicht wieder.

Aber nun roch Herr Oelrichs auch den Braten. Er schrie nach dem Ober und verlangte zu wissen, wer der „dicke Herr" sei, der soeben den langen Hageren aus dem Restaurant geworfen hätte.

„Karlchen" stund ganz grabestraurig Rede und Antwort. „Leider kenne ich weder den Namen des einen, noch den des andern, aber ich fürchte die beiden haben uns jetzt nur etwas vorgefilmt: die sind mir mit der ganzen Zeche getürmt!"

Unser alter Pfiffikus drehte wie verstört seine Serviette zwischen den Fingern, aber der empörte Ausfrager herrschte ihn zornig an: „Versuchen Sie nicht, mich dumm zu machen! Sie wissen es besser, als Sie sagen, der dicke Herr ist Herr Heinrich Wandt, und er ist vor mir getürmt: ich bin der Staatsanwalt Oelrichs!"

Karlchen machte einen ergebenen Diener und wollte eiligst retirieren. Aber der verärgerte Gast beglich sein Glas Bier und trank es vollends in einem Zuge aus und stürzte dann aus der „Löwenburg" hinaus in die Nacht.

Ich stand jenseits der Straße hinter einem Baum und behielt ihn scharf im Auge. Er blieb einen Moment an der Ecke unter der Laterne stehen und guckte sich die Augen nach mir aus. Aber er vermochte nur den von mir so unsanft an die frische Luft gesetzten Hardy Worm zu erspähen, der sich am nächsten Laternenpfahl festhielt und immer „Hallo, Auto! Auto!" brüllte.

Herr Staatsanwalt Oelrichs kannte sich in dieser Gegend nicht aus. Sonst wäre er jetzt nach der nur fünf Minuten entfernten Polizeiwache in der Fritschestraße, jenseits der Eisenbahn, gerannt. Aber so eilte er trotz seiner Beleibtheit im Sturmschritt die Gervinusstraße hinunter und fegte weiter die ganze Mommsenstraße hinab und machte die dortige, bei der Knesebeckstraße befindliche Revierwache mobil.

Wir hatten uns bereits wieder vollzählig in der „Löwenburg" eingefunden und zur Vorsicht im hintersten Nebenzimmer eine „geschlossene Gesellschaft" aufgetan. „Karlchen" war vor der Tür postiert und schnupperte mit seinem bekannten feinen „Riecher" in der klaren Herbstluft herum. Plötzlich setzte er eiligst seine Plattfüße in Bewegung und meldete: „Dicke Luft!"

Ich war wieder einmal sträflich leichtsinnig gewesen. Es blieb mir keine Zeit mehr, um zu entwischen. Staatsanwalt Oelrichs umstellte eben mit zwei „Grünen" und einem Kriminalbeamten und einem Polizeihund das ganze Haus. Ich vermochte nur noch „Karlchen" die Tür vor der Nase zuzuschlagen und unsere „geschlossene Gesellschaft ernster Bibelforscher" unter absolute Finsternis zu setzen, denn schon trat der Belagerer der „Löwenburg" in das Lokal.

Aber er stellte sich zu meinem Glück dem ahnungslosen Wirt nicht in seiner amtlichen Eigenschaft vor. Er ließ es sich auch nicht mehr anmerken, daß er noch nach mir suchte, sondern er mimte den biederen Gast und tischte das Märchen auf, daß er sich in der Zwischenzeit — es waren gute drei Viertel Stunden darüber hingegangen, und er war dank seines Wettlaufs mächtig in Schweiß geraten — drüben auf dem Bahnsteig aufgehalten habe, um einen mit dem Zuge ankommenden Bekannten abzuholen. Aber er hätte leider vergebens gewartet, und nun wolle er sich noch geschwind eine Zigarre kaufen und einmal rasch austreten gehen.

„Karlchen", der ihm natürlich auf das Wort glaubte, wies ihm zuvorkommend den Weg. „Nun?" fragte ihn der Staatsanwalt, „sind Ihre Gäste schon alle weg, oder haben Sie noch Betrieb im Nebenzimmer?"

„Gott sei dank, das ist auch schon zappenduster", antwortete der grundaufrichtige Mensch. „Das sind nämlich ganz faule Brüder, die ernsten Bibelforscher: die trinken nichts als Wasser, das nichts kostet, und kümmern sich den Teufel um meine zehn Prozente. Die Bleibe kann mir gestohlen bleiben.

Staatsanwalt Oelrichs drückte ihm freigebig einen Groschen in die Hand und ließ sich dann noch seine Zigarre von ihm in Brand stecken, und dann stiefelte er wieder hinaus in die stille Nacht. Aber er traute dem Frieden doch nicht. Er hielt die „Löwenburg" noch volle zwei Stunden von draußen belagert. Erst als sich alle kalte Füße gestanden hatten, entließ er seine reisigen Hilfsvölker und machte sich auch auf den Weg, um im Hansa-Viertel, dem sogenannten „Nebbich-Westen" von Berlin, wo er seiner Geliebten ein warmes Nestchen eingerichtet hatte, dem gewohnten Schäferstündchen obzuliegen.

Der von mir wieder in das Restaurant hereingeschleppte Hardy Worm hatte derweil in der Dunkelheit des übrigens sehr schön geheizten Sitzungszimmers der „geschlossenen Gesellschaft ernster Bibelforscher" eine Lage Asbach nach der anderen verloren. Er schob in seinem gerechten Zorn die ganze Schuld auf den Belagerer und vermaß sich hoch und teuer, es ihm einzutränken. Und wirklich ging er auch gleich am anderen Tage hin und verfaßte einen sehr boshaften Artikel: „Staatsanwalt Oelrichs auf der Jagd nach Heinrich Wandt".

Die Verhaftung

Gleich an dem auf diese heitere Episode folgenden Nachmittag ließ mich mein Verteidiger wissen, daß sich jetzt die achte Strafkammer bereit erklärt hätte, den gegen mich am 6. September erlassenen Haftbefehl aufzuheben, wenn er die von mir angebotene Kaution von zehntausend Mark bei der Gerichtskasse in Moabit einzahlen würde. Trunken vor Freude, daß endlich das dreiwöchige nervenzerrüttende Katz-und-Maus-Spiel aufhören sollte, fuhr ich sofort im Automobil zu ihm hin, um ihm diesen Betrag, den ich mühselig zusammengescharrt hatte, schleunigst auszuhändigen.

Es war am 11. Oktober 1921, nachmittags 4 Uhr, als ich die Bescheinigung in den Händen hielt, daß der Haftbefehl aufgehoben war. Ich barg sie sorgfältig in meiner Brieftasche und eilte dann in die Druckerei, um den Umbruch unserer gerade fälligen neuesten Zeitungsnummer fertigzumachen. Nun brauchte ich ja nicht mehr vorsichtig zu sein, nun konnte mir ja nichts mehr passieren.

Mitten in dieser Arbeit rief mich ein Bekannter an, dessen Gebaren mir schon längst nicht ganz „koscher" vorgekommen war.

„Wie ist es, kommen Sie heute abend in die ‚Löwenburg'?"

„Aber natürlich, ich muß doch essen!"

„Wann kommen Sie? Ich möchte gerne etwas mit Ihnen besprechen!"

„So um 9 Uhr!"

„Ist es ganz bestimmt?"

„Es ist ganz bestimmt!"

Ich hing den Hörer ab und wandte mich zu meinen beiden Kollegen: „Meine Ahnung hat mich also nicht betrogen. Er ist ein Judas, und heute abend will er mich verraten. Aber er kommt um vier Stunden zu spät!"

Abends um 8 Uhr war der Umbruch getan. Ich lud meine Mitarbeiter ein, mit mir zu kommen und die Aufhebung des Haftbefehls zu feiern. Nur der immer trinkfrohe Worm nahm an. Die andern verlangte es alle dringend nach Hause. Sie litten nämlich noch an dem „Haarspitzenkatarrh", den sie sich in der vorhergehenden Nacht zugezogen hätten, in der sich Staatsanwalt Oelrichs vor der „Löwenburg" kalte Füße stand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0003

Ein Betrüger gibt sich als Agrarier aus

Weil die Leute meist auf hochtönende Namen hereinfallen

Seit einiger Zeit tritt in hiesiger Gegend ein Betrüger auf, der sich bei entsprechenden Firmen größere Mengen Bindegarn erschwindelt. Durch Fernsprecher, unter Nennung der Namen von Guts- bzw. Rittergutsbesitzern der nächsten Umgebung bestellt er Bindegarn unter gleichzeitiger Angabe einer Deckadresse, bei der das Garn abgegeben werden soll. Das gelieferte Garn hat der Betrüger meist mit einem Auto abgeholt.

Das Tiefbauprogramm der Woche

In der Woche vom 26. September bis 1. Oktober 1927 werden von bzw. im Auftrage der städtischen Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten fortgesetzt: Neubefestigung der Straße durch den Moritzburggraben, der Poststraße, Delitzscher Straße, Reideburger Straße, Lange Straße, Beesener Straße, Blumenthalstraße, Trothaer Straße, Herrenstraße, Spiegelstraße, Rainstraße, Eichendorffstraße, Röderberg, sowie Herstellung des Fußweges am Lettiner Weg entlang der Heide. Fortsetzung der Kanalarbeiten in der Ulestraße, Benkendorfer Straße, Huttenstraße und dem anschließenden Siedlungsgelände, sowie des Umbaues der Pumpstation am Fürstental.

Volkspark-Herbstkonzerte. Auf das am Dienstagabend stattfindende 3. Konzert des Leipziger Kammerorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Schütze sei hiermit nochmals ausdrücklich hingewiesen. Das Programm enthält Largo von Händel, Lied der russischen Wolgaschlepper, Hochzeitstag auf Troldhaugen v. Grieg, Sirenenzauber von Waldteufel, Potpourri aus der Operette „Gräfin Moriza", Rotgardistenmarsch usw. Die Konzertteilnehmer bitten wir pünktlich zu erscheinen, da die Saaltüren erst nach Beendigung des betr. Musikstückes geöffnet werden. Abonnements können noch an der Abendkasse gelöst werden.

Schwank im Thalia-Saal

Im Thalia-Saal wurde gestern „Stöpsel", ein Schwank voll restlosen Blödsinns, aufgeführt. Statt daß die Zuschauer sich mit Grauen davon wandten, klatschten sie begeistert Beifall, was aber wohl auf das Konto des flotten Spiels aller Darsteller zu setzen sein dürfte. Ueber vertrottelte Lebeleute in allen Lebenslagen siegen ein „fescher" Graf und ein reizendes höheren Töchterchen, alle beide mit fortschrittlichem Einschlag, die sich zum Schluß auch kriegen. Die Drängelei an der Sonntagabendkasse brachte es mit sich, daß eine halbe Stunde später als vorgesehen begonnen werden mußte. Ein Zeichen dafür, daß der Kartenverkauf besser organisiert werden muß und — daß bei billigen Eintrittspreisen auch ein starker Theaterbesuch sicher ist. Aus beiden Erfahrungen sollte unsere Intendanz die Lehre ziehen. O.

Stadt-Theater
Heute 2601
Montag, 8 Uhr: Orpheus und Eurydike
Dienstag 8 Uhr: Drei arme kleine Mädels

Spendet für die „Rote Hilfe"

Wenn Sie der Schuh drückt, so kommen Sie zu uns. Wir weiten bis zu 2 Nummern. Auf- u. Umfärb., Besohlen. Bestes Material, billigste Preise
Schuh-Klinik Halle a. d. S., Herrenstr. 10

Volkspark
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr:
3. Herbst-Konzert
Schütze-Orchester, Leipzig

Walhalla
Anfang 7.45 Uhr
Nur noch 5 Tage
Wien und die Wiener
Original Wiener Ausstattungs-Revue in 25 Bildern
Musik 2581 von Karl May
60 Mitwirkende
500 Kostüme
Gewöhnliche Preise

Solange noch Vorrat reicht!
Kleiderschränke von 48 ℳ an
Ankleideschränke 130 cm breit, 3teilig, von 102 ℳ an
Ankleideschränke 150 cm br., m. Wäscheeinrichtung, 2598 von 135 ℳ an
Flurgarderoben von 28.— Mk. an
Max Jungblut
Albrechtstraße 37

Am Sonnabend nachmittag verschied an der Proletarier-Krankheit, unsere treue Genossin *2642

Frau Anna Weniger

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten

KJMB., Ortsgr. Querfurt

Nur Dienstag Billiger Seefischtag
weil Riesenschellfischfänge
Zwei Kühlwaggon

Gr. Ulrichstraße u. Bernburger Straße, am Reileck 2599

Schellfisch ohne Kopf, mittel .. ℳ	22 ₰
Goldbarsch, ohne Kopf ℳ	22 ₰
Goldbarschfilet ..... ℳ	48 ₰
Seelachs, ohne Kopf ... ℳ	30 ₰
Seelachsfilet .... ℳ	55 ₰

Allerfeinste deutsche
Fettbücklinge eine wirkl. Delikatesse .ℳ 50 ₰

Werbt für d. Klassenkampf

Eine Sehenswürdigkeit
ist unser bedeutend vergrößerter Laden, den wir Montag, den 26. September eröffnen, und der Ihnen nach wie vor die letzten Edelerzeugnisse der führenden deutschen Schuhfabriken bringt
Besichtigen Sie bitte die Auslagen in unseren Schaufenstern und überzeugen Sie sich selbst von unserer Leistungsfähigkeit. Wir zeigen Ihnen gerne ohne Kaufzwang unser reichsortiertes Lager der letzten Herbst- und Winterneuheiten und erwarten Ihren geschätzten Besuch
Schuhhaus Ferdinand Beyer G. m. b. H.
Weißenfels
*2642

Blutfrische Seefische
erhalten Sie täglich in der

Weißenfels
Jüdenstr. 1 Jüdenstr. 1
Am Montag u. Dienstag Verkauf von 2640
Seelachs ohne Kopf
Goldbarsch ohne Kopf
Schellfisch ohne Kopf
Heringe ....
zu ganz niedrigen Preisen
Ferner **Kabeljau** ohne Kopf
Kabeljaufilet u. Goldbarschfilet
Hochfeine deutsche Bücklinge von täglich frischer Räucherung .....½ Pfund nur **28** ₰
Geräucherte Makrelen, Lachsheringe, Seelachs u. Schellfisch in feinst. Qualität
Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Annahmestellen
in **Merseburg**, Friedrichstraße 16 part.
in **Ammendorf**, Hallesche Straße 8, (gegenüber vom „Goldnen Adler") der
Schuhklinik Halle a. S.
Herrenstraße 10
Besohlanstalt — Ausweiten — Färben

	Herren	Damen
Sohlen genagelt ...	von Mk. 3,— an	von Mk. 2,40 an
genäht oder geklebt	„ „ 3,70 „	„ „ 3,— „
Absätze Leder	„ „ 1,— „	„ „ 0,70 „
Gummi	„ „ 1,20 „	„ „ 0,80 „
Goliath-Sohlen kosten mehr	Mk. 1,—	Mk. 0,60

Bestes Material Beste Arbeit

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, dem 28. September 1927, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale

Oeffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen. 2. Beschlußfassung über die Niederlegung des Mandats als Stadtverordneter. 3. Gültigkeit der vorgenommenen Stadtverordneten-Ersatzwahlen. 4. Einführung von Stadtverordneten. 5. Wahl eines Ersatzmannes in den Sozialrentnerausschuß. 6. Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß zur Prüfung der Jahresrechnungen. 7. Wahl eines Mitgliedes in den Gesamtschulausschuß für die höheren Schulen. 8. Wahl eines Mitgliedes in die Schuldeputation. 9. Wahl eines Mitgliedes in den Schulvorstand der Berufsschulen. 10. Elektrische Kleinbahn. 11. Vorschußweise Uebernahme der Kosten der Bauausführungen in der Herberge zur Heimat. 12. Errichtung eines Verkaufshäuschens am Stadtpark. 13. Bewilligung von Mitteln an den Kyffhäuser-Turngau für Errichtung einer Jugendherberge. 14. Eingabe wegen Ueberlassung eines Verkaufsstandes auf dem Wiesenmarkte. 15. Ablösung einer Anleihe. 16. Ordnung für die Schuldeputation. 17. Verwaltungsordnung für die Mittelschule. 18. Einrichtung einer Handels-Oberlehrerinnenstelle. 19. Notstandsbeihilfe an Beamte, Angestellte und Lehrer. 20. Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für Kriminalbeamte. 21. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, betreffend Aufstellung von Normaluhren. 22. Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, betr. die ehemalige Bergkapelle. 23. Anträge der kommunistischen Fraktion: a) spezialärztliche Untersuchung der Kinder der Pestalozzischule, b) Heilstättenkuren für Schulkinder, c) obligatorische Schulzahnpflege, d) Lernmittelfreiheit an den Schulen, e) Uebernahme der Schulreinigung auf die Stadt, f) Schaffung von Spielplätzen. 24. Eingabe der Barackenmieter auf Mieterlaß für die Wintermonate.

2. Geschlossene Sitzung:

1. Bewilligung von Umzugskosten an einen Lehrer. 2. Besetzung einer Handels- und Oberlehrerinnenstelle. 3. Bewilligung einer laufenden Unterstützung an einen früheren städtischen Arbeiter. 4. Bewilligung von Kindergeld an einen früheren städtischen Beamten. 5. Umbenennung von Straßenteilen (hierzu liegt eine Eingabe vor). 6. Ehrung des verstorbenen Professors Dr. Eitz. 7. Erwerb eines Gartengrundstücks. [2638

Eisleben, 21. September 1927

Der Stadtverordneten-Vorsteher. gez. Mehlitz.

Photographisches Atelier E. Voigt
Weißenfels, Promenade 19
empfiehlt sich zur Anfertigung von sämtl. Photogr. und Amateur-Arbeiten

Fahrräder
Reinhold Dimke
Weißenfels, Jüdenstr. 8
Reparaturwerkstatt

Jeder aufgeklärte Arbeiter, Angestellte und Beamte verkehrt nur im
Gewerkschaftshaus, Weißenfels
Prima Speisen und Getränke. Vorzügliche Küche
Mittagstisch im Abonnement 70 Pf. Vereinszimmer

Wilhelm Schmidt, Weißenfels
Marienstr. empfiehlt täglich Marienstr.
frische Fleisch- und Wurstwaren

Möbel
auf Teilzahlung
Schlafzimmer, Küchen
Bettstellen, Matratzen
Schränke, Federbetten, Vertikos
Ratenzahlung nach Wunsch
S. Osswald
Zweigniederl. Weißenfels
Große Kalandstr. 21

Hausschlacht. Wurst-
Kolonial- u. Seilerwaren
sowie Tabak
kauft man preiswert bei
A. Dinger, Weißenfels
Leipziger Straße 62

J. Bätz
Weißenfels, Georgenberg 31
Kolonial- und
ff. hausschl. Wurstwaren
Freitags Schlachtefest

Milchhandlung
Wilhelm Haupt
Weißenfels, Beuditzstr. 4a
empfiehlt
ff. hausschl. Wurstwaren
täglich frische
grüne Ware

Bayerische Biere
Lagerbiere
hell oder dunkel
Flaschen — Siphons — Faß
Louis Schütze
Weißenfels
Feldstr. 16, Fernruf 229

Friedrich Schönemeyer
Weißenfels, Merseburger Str. 28
Das Schuhhaus für alle
Reparatur — Maßarbeit
Reparatur

Stadt-Theater
Weißenfels Telephon 990
empfiehlt seine renov. freundl. Lokalitaten
Vereinszimmer, Festsaal und
Wintergarten für Vereins- und
Privatfestlichkeiten
Freundliche saub. Fremdenzimmer
Anerkannt vorzügl. preisw. Küche
Speisen zu jeder Tageszeit
Bestgepfl. Bier u. Weine

Empfehle
mein reichhaltiges Lager in
Hüten, Mützen, Hosenträgern
Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen
und Herren-Socken
sämtl. Herrenwäsche usw.
zu billigsten Preisen
Erich Hirsch
Weißenfels-Neustadt

Ohne viel Geld
erhalten Sie
Herren-, Damen-Konfektion
Bett-, Leib- und Tischwäsche
auf Teilzahlung bei
E. Werner, Weißenfels
Gr. Kalandstr. 2, Ecke Fischgasse

Rogosch
Weißenfels
färbt
reinigt
wäscht
alles

Herren-, Burschen-,
Kinder-Konfektion und
Wäsche-Ausstattungen
kauft man billigst bei
Paul Stengler
Weißenfels
Müllnerstraße 29

Zigarren, Zigaretten
Tabake
kaufen Sie billigst bei
Otto Becker
Weißenfels
Gr. Burgstraße 17

Marken-Fahrräder
Anzahlung 10.— Mk.
Abzahlung 3.— Mk. wöchentlich
5 Jahre Gar. für Rahmenbruch
Auslieferung:
Weißenfels
Hermannsgarten 5 I

Klingenberg & Gasts Nachf.
Inh.: Hermann Steinbrecher
Weißenfels, Leopold-Kell-Str. 12, Fischgasse 19
Konfitüren — Lebensmittel
Tabakwaren

Reichskrone
Weißenfels
Inh. Hans Hechler Fernruf 976
Das Lokal des geselligen Familienverkehrs
Täglich Künstlerkonzert
Küche und Keller bieten das Beste
Kulante Preise

Leder-Ausschnitt!
Lederhandlung
F. Senebald
Weißenfels, Klosterstr. 17
Sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel
Schuhpflegemittel, Gummiabsätze usw.
Billigste Preise
Große Auswahl

Billigste Bezugsquelle für Herrenartikel
Hüte — Sport- und Arbeitsmützen
5,50 1,45 1,15
Oberhemden und Einsatzhemden
5,50 1,85
Größte Auswahl in Pelzen
Albert Lötsch, Weißenfels, Saalstr. 40.

Kaufen Sie Ihre
Uhren,
Gold- u. Silberwaren
bei der Firma
Kurt Weiß
Weißenfels, Jüdenstr. 21
Größtes Entgegenkommen
Reell und billig
Reparaturen aller Art

Eduard Kirchberg
Weißenfels, Klosterstr. 11
Hüte - Mützen - Schirme

Kurt Braune
Photograph, Weißenfels, Feldstr. 3
Photoaufnahmen aller Art
Billigste Preise am Platze Fernruf 531

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Auch die Fabrikarbeiter fordern höhere Löhne

Belegschaftsversammlung der Steingutbetriebe in Piesteritz

Am vergangenen Donnerstag fand eine gut besuchte Versammlung der Kollegenschaft der beiden hiesigen Steingutbetriebe statt. Kollege Feustel hielt einen gut durchdachten Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft". Dann folgte eine ruhige und sachliche Aussprache. Im Anschluß an das Schlußwort des Kollegen Feustel wurde nachstehende Entschließung von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die versammelten Kollegen und Kolleginnen nehmen zu der rapiden Steigerung aller Bedarfsartikel Stellung. Da die Löhne mit dieser Steigerung nicht gleichen Schritt halten, so halten es die Versammelten für eine Notwendigkeit, wenn die Verelendung nicht noch weiter fortschreiten soll, daß die Lohnsätze in der feinkeramischen Industrie einer Revidierung unterzogen werden müssen. Die Versammlung beauftragt die Bundesleitung in Charlottenburg, Mittel und Wege zu suchen, um eine Umstellung der Lohntafel zu bewerkstelligen. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, für den Keramischen Bund zu wirken, und für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen."

Da die Zeit vorgeschritten war, wurde von dem zweiten Vortrag: „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" Abstand genommen. Doch soll der Kollege Feustel denselben in der nächsten Versammlung halten.

Unter Verschiedenes wurden verschiedene Mißstände in der Wittenberger Steingutfabrik geschildert, und der Kollege Feustel beauftragt, mit der Direktion in Verhandlung zu treten, damit Abänderungen geschaffen werden. Von einer Veröffentlichung soll vorläufig Abstand genommen, um durch die Verhandlung der Direktion nicht wieder Gelegenheit zu geben, die Berichte unschuldigen Kollegen in die Schuhe zu schieben. Die Versammlung war von einem guten Geiste beseelt. Hoffen wir, daß im Winterhalbjahr, wo die Verwaltung wieder mit Bildungsvorträgen aufwarten wird, die Versammlungen noch stärker besucht werden, als diese letzte.

Die Unternehmer antworten

Statt Lohnaufbesserung — Lohnabbau

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, soll die Verbandsleitung des Fabrikarbeiterverbandes, Geschäftsstelle Wittenberg, von der Direktion der Gummiwerke „Elbe" ein Schreiben erhalten haben, aus welchen folgendes hervorgehen soll:

1. **Abschaffung der Selbständigkeitszulage (200 Personen).**
2. **Herabsätzung der Akkordsätze auf 15,17 und 20 Prozent.**
3. **Beseitigung der Durchschnittsprozente für Handwerker.**

Sollte dies zutreffen, so bedeutet das eine Lohnkürzung, welche in dieser Zeit für die Arbeiterschaft die Verelendung mit Riesenschritten vorwärts treibt. Dieses Schreiben ist die Krone der Frechheit, denn in dieser schweren Zeit, mit einer so gewaltigen Lohnreduzierung an die Arbeiterschaft herantreten, heißt die Arbeiter verhöhnen.

Darum, Gummiarbeiter, aufgewacht, stärkt Eure Organisation, damit der Betriebsrat und die Gewerkschaft den nötigen starken Druck üben kann. Jedenfalls mit der üblichen Werkschließungs-Androhung laßt Euch nicht schrecken. Hoch lebe die Geschlossenheit, denn diese führt nur zum Ziele.

Unternehmer und Gewerkschaftsangestellte als gute Freunde im „roten" Zeitz

Ueberall im Reiche sind Lohnkämpfe im Gange. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise und die am 1. Oktober einsetzende 10-Prozent-Mieterhöhung zwingt die Gewerkschaftsführer unter dem Druck ihrer Mitglieder neue Lohnforderungen zu stellen. Auch in den Orten, wo Tarife über den 1. Oktober hinaus abgeschlossen sind, wie z. B. in Halle, geht man dazu über, eine **zwischentarifliche Lohnerhöhung** zu erzielen.

Wie steht es nun in Zeitz? Dort lautet der Tarif 1 bis 2 Pf. Lohnerhöhung ab 1. Oktober und gilt bis zum März 1928. Die Herren Gewerkschaftsführer ruhen nun bis März auf ihren Lorbeeren aus. Sie spüren ja die Not der breiten Masse nicht. Oder sollte der Ausspruch stimmen, den Herr Walter Naether bei einer Verhandlung mit dem Gewerkschaftsführer Hopf getan hat. Walter Naether sagte dort ausdrücklich, als Hopf mit Streik drohte:

„Ach, Herr Hopf, in Zeitz gibt es so etwas nicht, da haben wir zu gute Gewerkschaftsführer."

Und solche reformistischen Führer läßt sich die Zeitzer Arbeiterschaft noch gefallen. Wie lange noch? Wir fordern alle organisierten Kollegen und Kolleginnen auf, sofort in den Betrieben Stellung zu nehmen und zwischentarifliche Lohnerhöhungen zu fordern. Der „Volksbote" beschäftigt sich sehr wenig mit den Lohnfragen, aber um so mehr mit der Kommunistischen Partei. Arbeiter, lernt endlich daraus. Hinweg mit diesen Führern.

Zwischentarifliche Lohnforderungen der Buchdrucker für das ganze Reich

Die Versammlungen fast aller Spartenorganisationen der Buchdrucker in Berlin sowie alle Bezirksversammlungen des Berliner Gaues im Buchdruckerverband haben den Verbandsvorstand aufgefordert, zur Erlangung einer neuen, der Teuerung angemessenen Lohnzulage ab 1. Oktober die notwendigen Schritte zu tun. Es wurden verschiedene Forderungen in Höhe von 10 bis 20 Mk. Zulage gestellt.

In einigen Bezirksversammlungen gelang es den Sozialdemokraten, die Bewegung abzuschwächen und die Aufstellung einer ziffernmäßigen Forderung und eines Termins zu hintertreiben.

Vorangegangen waren diesen Beschlüssen betriebliche Lohnbewegungen in fast allen größeren und auch einigen mittleren und kleinen Betrieben, die einige — wenn auch geringfügige — Resultate zeitigten.

Es verlautet, daß der Verbandsvorstand Verhandlungen bei den Unternehmern beantragen will. Abzuwarten bleibt jedoch, ob diese Verhandlungen nicht lediglich als Mißgriffe für die erregte Stimmung der Mitgliedschaft gedacht sind und ob der Verbandsvorstand sich mit einem negativen Resultat derselben abfinden wird — unter Hinweis auf die noch für ein halbes Jahr bestehende vertragliche Bindung. Es fehlt nicht an Beispielen für solche Manöver seitens des Verbandsvorstandes der Buchdrucker.

Sammelt Unterschriften für die 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion!

Sendet sofort die Listen ein und fordert neue an bei Karl Lüttich, Halle, Breite Straße 17

Wanderung der freigewerkschaftlichen Jugend nach Freyburg

Am Sonntag, dem 18. September, veranstaltete das freigewerkschaftliche Jugendkartell Halle eine Wanderung nach Freyburg (Unstrut). An dieser Fahrt nahmen 35 Kollegen teil. Wir fuhren per Zug bis Naumburg. Von da aus wanderten wir durch Roßbach, KL-Jena, Nissenitz bis Freyburg. Auf Wunsch vieler Kollegen kehrten wir in einem Freyburger Lokal ein, um den Durst löschen zu können. Nach Beendigung dieser „Kur" zogen wir nach der Neuenburg. Auf dem Wege dahin teilten wir uns in zwei Gruppen, die erstere Gruppe kannte den Edelacker schon von früher her, die zweite Gruppe besichtigte den ihr unbekannten Edelacker. Wo sich früher der Inhalt der Sage abgespielt hat, haben sich die geschäftstüchtigen Unternehmer das zunutze gemacht und ein Hotel mit Gartenanlage darauf gebaut. Nachdem wir den Edelacker angesehen hatten, machten wir wieder kehrt und trafen uns mit der ersteren Gruppe zusammen und besichtigten die Neuenburg. Dorselbst besichtigten wir zuerst die Kapelle, dort sahen wir die krassen Klassengegensätze des Mittelalters, wo es sich die Herren Grafen und Edelleute oben bequem machen konnten und das gewöhnliche Volk unten stehen mußte. In der Kapelle sangen wir noch gemeinsam das Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" Wir sahen uns ferner noch den Fechtsaal, den Rittersaal und das Luisenzimmer, wo sich noch die Möbel aus der damaligen Zeit befinden, an. Nun machten wir uns auf den Rückweg durch Friedensthal und Pödelitz. Dahinter machten wir am Waldesrand eine zweistündige Rast, die wir mit einem kräftigen Imbiß, einigen Spielen und anderen Dummheiten verbrachten. Der Himmel zeigte plötzlich sein unfreundliches Gesicht. Wir wanderten weiter von Gosek nach Leißling, wo wir von hier aus die Heimfahrt mit dem Zuge antraten. Da wir aber noch einige Stunden Zeit hatten, infolge des schlechten Anschlusses nach Halle, und das Wetter sich besserte, zogen wir durch das Dorf nach einem geeigneten Lager, wo wir die erste halbe Zeit mit der wohlverdienten Ruhe totschlugen. Die uns noch übriggebliebene Zeit versammelten wir uns im Wartesaal des Bahnhofs Leißling. Hier sangen wir gemeinsam einige Kampf- und Wanderliedet. Um 8.45 Uhr fuhren wir mit dem Zuge heimwärts und waren um 10.15 Uhr in Halle.

Dies war seit langer Zeit wieder einmal eine gemütliche Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend. Wir richten aber die dringende Frage an die Kollegen von der Jugendleitung, warum in der letzten Zeit eine allgemeine Bequemlichkeit in der Gewerkschaftsjugend eingerissen ist. Das liegt nicht an den jungen Kollegen und diese trifft auch kein Vorwurf. Aber die Jugendleitung regt sich nicht, sie holt die jungen Kollegen in der Zeit der schärfsten Unternehmerangriffe nicht zusammen. **Die Art der Veranstaltungen,** die in der letzten Zeit durchgeführt wurden, wirkt bei jedem jungen Kollegen die Frage auf:

Besteht denn unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit nur im Wandern?

Kurzum, die Situation erfordert, daß man den gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen etwas anderes vorsetzt. Das möge die Jugendleitung in ihrer Tätigkeit beherzigen.

Jungarbeiterkorrespondent R. R.

Die deutsche Qualitätsarbeit

ADGB.-Führer und Unternehmer in holder Eintracht

In der „Gewerkschaftszeitung" vom 17. September teilt die Bundesleitung des ADGB. ihre Stellung mit zu der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Frankfurt a. M. Und sie stellt nun einmal ganz offiziell fest, wie sehr sie mit den Kapitalisten den Klassengegnern der Arbeiterschaft, im Einverständnis ist. Sie sind sich einig über den Begriff der Qualitätsarbeit, von der in Frankfurt so viel gesprochen wurde, sie sind sich einig über die Notwendigkeit von Qualitätsarbeit, was den Gewerkschaftsführern ein wichtigeres Problem scheint als eine Qualitätsentlohnung der Arbeiterschaft. Die „Gewerkschaftszeitung" zitiert weiter Aussprüche von Industriellen über die in Generationen entwickelte Qualifikation der deutschen Arbeiterschaft und über ihre Lohnpreisung des technischen Fortschritts, von dem der Dr. Bücher gnädigst feststellte, daß er „nicht nur dem Unternehmertum" zu verdanken sei.

Geradezu begeistert ist die „Gewerkschaftszeitung" von dem berüchtigten Geheimrat Kastl, weil er in Frankfurt erklärt hat, daß er paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse für ein Zusammenarbeiten mit der Arbeitnehmerseite nicht ablehne. Außerdem hat Herr Kastl sogar versichert, daß die Bestrebungen der berüchtigten „Dinta" (Deutsches Institut für Arbeitsforschung, in Wirklichkeit Lehrlingsausbeuterei und Versklavung) nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet sein sollen! — Was also braucht es noch mehr, damit die Herrn Leipart, Graßmann, Tarnow und wie sie alle heißen, der Arbeiterklasse Wirtschaftsfrieden und Wirtschaftsdemokratie als Wege oder sogar schon den Beginn des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues schildern?

Die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes

Von F. Steffen

(Schluß)

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung

Für die berechnete Unterstützung besteht ein Lohnklassensystem, das berechnet ist nach bestimmten Grundlöhnen. Für Familienangehörige sind Familienzuschläge vorgesehen, doch ist die Höhe der Unterstützung beschränkt. Wir gaben im „Klassenkampf" vom 16. September eine Aufstellung wieder, wie die Unterstützungssätze sich in Zukunft gestalten werden.

In besonderen Fällen kann die Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen gewährt werden. **Die Unterstützung unterliegt aber nicht der Pfändung,** auch nicht der Einkommensteuer.

Im § 112 wird bestimmt, daß der Arbeitslose etwaigen Nebenverdienst bis zu einem Fünftel der Unterstützung, die er bezieht, haben darf, ohne daß eine

Kürzung der Unterstützung

eintritt. Nebenverdienst, der über diesen Betrag hinausgeht, wird mit 50 Prozent auf die Unterstützung eingerechnet. Das bedeutet also, daß jemand in der ersten Klasse 1,20 Mark wöchentlich durch Nebenverdienst erwerben darf. Hat er einen Nebenverdienst von 4 Mark, so wird der Betrag von 1,40 Mark auf die Unterstützung angerechnet. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn ein Arbeiter eine Abfindung oder Entschädigung erhalten hat, und tritt Unterstützungszahlung erst dann ein, wenn diese Summe verrechnet ist.

Stempelpflicht

besteht nach dem neuen Gesetz ebenfalls. Die Arbeitsausschüsse setzen fest, wie oft der Arbeitslose sich auf dem Nachweis melden muß, dies hat mindestens dreimal wöchentlich zu geschehen. Wer ohne genügende Entschuldigung die Stempelpflicht versäumt, bekommt für diesen Tag keine Unterstützung, jedoch ist eine nachträgliche Entschuldigung zulässig.

Krankenversicherung Erwerbsloser

Für die Zeit, wo der Erwerbslose Hauptunterstützung empfängt, ist er gleichzeitig gegen Krankheit versichert. Als Krankengeld wird derjenige Betrag gezahlt, den der Arbeitslose als Unterstützung erhält. Erkrankt ein Arbeitslosen, nachdem er ausgesteuert ist, so trifft auf ihn § 340 der Reichsversicherungsordnung zu.

Kurzarbeiterunterstützung

Das Gesetz bestimmt in § 130 auch den Umfang der zukünftigen Kurzarbeiterunterstützung. Es heißt aber ausdrücklich, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt solche Bestimmungen erlassen kann, d. h. er ist nicht dazu verpflichtet. Die Kurzarbeiterunterstützung darf, wenn sie gewährt wird, nicht höher sein, als die Erwerbslosenunterstützung wäre, wenn der Kurzarbeiter erwerbslos wäre. Kurzarbeiterunterstützung und Arbeitslohn dürfen fünf Sechstel des sonst üblichen Arbeitslohnes nicht übersteigen.

Strafbestimmungen

Die §§ 247 und 275 enthalten die Strafbestimmungen. U. a. werden „Arbeitgeber", die vorsätzlich die „Arbeitnehmer" hindern, die Funktionen auszuüben, zu denen sie im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes berufen werden, mit einer Geldstrafe bedroht. Gleiche Strafandrohung trifft die Personen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Arbeitsvermittlung ausüben, denn das Gesetz bestimmt, daß in Zukunft die Arbeitsvermittlung nur noch durch die Gesetzesträger zu geschehen hat. Der § 259 bedroht die Unterstützungsempfänger, die gegen die Vorschriften über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verstoßen, mit Ordnungsstrafen bis zum 25fachen Betrag der täglichen Unterstützung. Diese Ordnungsstrafen können sofort von der Arbeitslosenunterstützung einbehalten werden. Diese Bestimmungen geben also dem bureaukratischen Apparat die Möglichkeit, die Unterstützungsempfänger, die in der Verteidigung ihrer Ansprüche nach Ansicht der betreffenden Behörden gegen die Durchführung der Arbeitsvermittlung verstoßen, in der schikanösesten Weise vorzugehen und praktisch mit dem Entzug der Unterstützung zu bestrafen. Zwar ist Einspruch bei der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes möglich, der aber in den meisten Fällen ergebnislos bleiben wird. Es würde zu weit führen, wollte man die in anderen Paragraphen angeführten Strafandrohungen erläutern.

Uebergangsbestimmungen

Am 1. Oktober werden alle Erwerbslosen von dem neuen Gesetz übernommen. Der § 240 bestimmt, daß allen, die augenblicklich durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden oder Krisenunterstützung erhalten, die Unterstützung ohne besonderen Antrag weitergewährt wird. Der Arbeitslosenschein hat sofort zu prüfen, ob die **Weitergewährung der Unterstützung** in Frage kommt. Doch darf eine Verschlechterung nicht Platz greifen. Arbeitslose, denen die Unterstützung weiter gewährt wird, erhalten diese noch weitere 6 Monate unter den gleichen Verhältnissen, als wenn die alten Bedingungen noch in Kraft geblieben wären. Nach dieser Sechsmonatsfrist, also ab 1. April 1928, gelten die Bestimmungen des neuen Gesetzes. Arbeitslose, die zurzeit keine Unterstützung erhalten, weil für sie die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge nicht zutrafen, können die Unterstützung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz beantragen. Das Arbeitsamt entscheidet, ob nunmehr Unterstützung gewährt wird.

Sehr wichtig ist auch die Bestimmung des Abs. 5 des § 240. Nach diesem Absatz können Erwerbslose beantragen, daß ihnen ab 1. Dezember 1927 die Unterstützung nach den neuen Bestimmungen ausgezahlt wird. Diesen Antrag müssen selbstverständlich alle die stellen, die früher einen höheren Verdienst gehabt haben und nunmehr in eine höhere Lohnklasse hineinkommen würden. Empfänger der Krisenfürsorge fallen nicht unter diese Ausnahme. Dieselben Uebergangsbestimmungen treffen auch für diejenigen zu, die jetzt und unmittelbar nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes erwerbslos werden und die Bestimmungen des neuen Gesetzes noch nicht erfüllen konnten. Die Anträge auf Erwerbslosenunterstützung werden so behandelt, als seien es Anträge auf Arbeitslosenunterstützung.

Es war selbstverständlich nicht möglich, jeden Paragraphen zu behandeln und alle geltenden Bestimmungen, die Bedeutung haben, zu erläutern. Ebenso mußte eine kritische Würdigung der einzelnen Bestimmungen unterbleiben. Die hier aufgeführten Vorschriften zeigen aber ganz deutlich, daß das Gesetz einen absolut unsozialen Charakter hat und von der Arbeiterschaft aufs schärfste bekämpft werden muß. Die dehnbaren Bestimmungen der einzelnen Gesetze, die vielen Kannvorschriften und Strafbestimmungen sind Fußangeln, darauf berechnet, den Arbeiter nicht in den Genuß der Unterstützung kommen zu lassen. Die große Differenzierung in der Unterstützung soll dazu dienen, die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zu verhindern. Die Arbeiterschaft darf daher dieses Gesetz nicht als etwas Unabänderliches hinnehmen. Sie muß die Verantwortlichen vor allem die sozialdemokratische Führerschaft, zur Rechenschaft ziehen und durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verhindern, daß diese und ähnliche Gesetze die Arbeiterschaft unterdrücken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0005

Stadt Halle

Menzer wird wieder gestreichelt

Auf eine Kleine Anfrage im Landtag wegen des Vortrags, den Professor **Menzer** bei der amtlichen Verfassungsfeier in Halle am 11. August gehalten hat, antwortet, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, wie folgt:

„Die über die Verfassungsfeier in Halle a. d. S. angestellten Ermittlungen haben erwiesen, daß bei dem Festredner, Professor Dr. Menzer, die Absicht einer Verunglimpfung der Reichsverfassung nicht vorgelegen hat und daß eine solche auch tatsächlich nicht erfolgt ist. Infolgedessen bestand kein Anlaß zu disziplinarem Einschreiten. Professor Dr. Menzer hat jedoch die Aufgabe einer Verfassungsfeier vollkommen verkannt und sich in der Stoffwahl und in der Form seiner Rede vergriffen. Daher habe ich ihm mein lebhaftes Befremden darüber ausgedrückt, daß ihm als akademischem Lehrer das Gefühl dafür abgegangen ist, in welchem Maße seine Ausführungen die geistige Geltung und das Ansehen der Universitäten in dem Bewußtsein des Volkes zu schädigen geeignet waren."

•

Unsere Voraussagen sind auch diesmal so ziemlich eingetroffen. Das Befremden, das der Kultusminister im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Innenminister Grzesinski ausspricht, wird, ebenfalls wieder im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Innenminister, wieder aufgehoben, indem sich die Preußen-Regierung vor Menzer verbeugt und ihm alle mildernden Umstände zugesteht, die es überhaupt nur geben kann. Seinen politischen Angriff biegt man in einen ästhetischen Formfehler um, und das Hübsche daran ist, daß gerade ein Aesthetiker ihn sich hat zuschulden kommen lassen.

Aber was soll die Regierung auch machen? Die geistige Führung dieses Staates liegt ja in den Händen solcher Menzers. Deren Unterschiede liegen nicht in der Gesinnung — einer ist so reaktionär wie der andere — sondern lediglich im Format.

Zum Beispiel wird in diesen Tagen der Philosoph des „Als Ob", Vaihinger, anläßlich seines fünfundsiebzigsten Geburtstages gefeiert. Diese hallische Blüte Kantischer Ethik, zu deren Beweihräucherung das „Volksblatt" eine ganze Seite gebraucht hat, brachte es zum Beispiel im Jahre 1919 fertig, an Lloyd George in Spaa zu appellieren, daß er den deutschen Arbeitern den Achtstundentag nehmen möge, da dieser — entsittlichend wirke.

Für die Arbeiterschaft kommt es aber nicht so sehr auf Vaihinger oder Menzer an, sondern darauf, daß die Sozialdemokratie allen Marxismus in die Ecke wirft und statt dessen den bürgerlichen Wissenschaftlern zuhuldigt, auch wenn diese ihre Wissenschaft bewußt im arbeiterfeindlichen Sinne anwenden.

Polizeischikanen

Herr Dubiel auf dem Kriegspfade — Er will eine rote Fahne erobern

A.-K. Das Arbeiter-Sportkartell hatte anläßlich des Handball-Länderspieles Deutschland—Oesterreich zum Empfang der Oesterreicher Arbeitersportler aufgerufen. So fanden sich denn am Sonnabendabend gegen ½8 Uhr auch eine Anzahl Jugendlicher, die alle verschiedenen Arbeiter-Sportorganisationen als Mitglieder angehören, mit einer roten Fahne, verziert mit einem Sowjetstern am Fahnenschaft, auf dem Thielenplatz ein, um ebenfalls die ausländischen Sportgenossen zu begrüßen. Sie schlossen sich mit ihrer Fahne dem Zuge an. Kaum war dies geschehen, so kamen auch schon einige Offiziere der massenhaft am Bahnhof anwesenden Sipo zu der Gruppe und verlangten Auskunft über die Fahne. Man sagte ihnen, daß es eine rote Fahne ohne Aufschrift sei. Die Offiziere behaupteten jedoch, es wäre die Fahne der Kommunistischen Jugend, und die Jugendlichen, die sie mitführten, wären Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes. Um der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, verlangte ein Genosse von der Leitung des Arbeiter-Sportkartells, daß die Fahne eingerollt würde, da die Offiziere die Auflösung des Zuges androhten, falls die Fahne mitgeführt würde. Die jugendlichen Sportler kamen dieser Aufforderung nach und rollten die Fahne ein. Die Polizei wollte aber anscheinend noch eine Eroberung machen, denn plötzlich kam Herr **Dubiel** von der Kriminalpolizei mit mehreren Greifern und versuchte, den Sportgenossen die Fahne zu entreißen. Er hatte damit jedoch kein Glück und brüllte daher: „Schupo, zu Hilfe!" Mit Unterstützung der Grünröcke begann das Ringen um die Fahne, die aber schließlich doch in den Händen der Jugendlichen blieb. Darüber sichtlich erbost, trennte man mit Hilfe einer größeren Anzahl Polizisten die Jugendlichen vom Zuge und trieb sie rigoros in die entgegengesetzte Richtung, damit sie sich nicht an der Demonstration beteiligen konnten, was natürlich eine heftige Empörung unter den Anwesenden hervorrief. Allen Schikanen der Polizei zum Trotz haben sie aber dennoch mitdemonstriert, und der revolutionäre Massengesang auf dem Marsch nach dem Zoo wird Herrn Dubiel und der Polizei bewiesen haben, daß die verfluchten Kommunisten nicht totzukriegen sind. Die zahlreich unterwegs angetroffenen Ueberfallkommandos, die wahrscheinlich auf die Kommunistische Jugend fahnden sollten, und in dunklen Ecken postiert waren, fanden keine Gelegenheit zum Einschreiten. Daß man die Kommunistische Jugend fürchtet, bewies auch die Anweisung des Herrn Dubiel an die Offiziere, deren Augenzeuge ein danebenstehender Genosse wurde, den angeblichen Führer der Kommunistischen Jugend abzusondern und eventuell zu verhaften. Herr Dubiel hatte aber kein Glück. Sein Auftreten am Sonnabendabend war eine fürchterliche Pleite.

Dieser Fall beweist wieder, wie man mit allen Mitteln versuchen will, revolutionären Jungarbeitern das Demonstrationsrecht zu rauben.

Die Arbeiterschaft muß gegen derartige Methoden aufs energischste protestieren und durch Werbung von Mitgliedern für Partei und Presse die rote Kampffront verstärken.

Noch ein Wort zum Weltkriegsrummel im „Ufa"

A.-K. Eine wochenlange Reklame in allen möglichen Zeitungen hatte es zustande gebracht, daß am Freitag neben dem üblichen Kinopublikum auch eine große Anzahl Arbeiter erschienen waren, um den Film „Der Weltkrieg" anzusehen. Hatte dieser Film doch besonders großes Interesse für uns Arbeiter, weil wir wußten, daß zu seiner Herstellung große Beträge von seiten des Reichswehrministeriums zur Verfügung gestellt waren. Die in der Nähe Berlins aufgenommenen Bilder sollten die Kämpfe während des Weltmordens darstellen, sollten die Stimmung vorbereiten zu einem neuen Krieg. **War es da ein Wunder, daß die anwesenden Arbeiter gegen diese Hetze protestierten?** Machtvoll und nur selten unterbrochen dröhnten deshalb die Rufe „Krieg dem imperialistischen Kriege", „Nieder mit den Kriegshetzern" durch das Kino. Als dann bei irgendeiner Szene „der Retter" neben den übrigen „Helden" gezeigt wurde, da schwollen die einzelnen Protestrufe zu einem gewaltigen Sturm an. Die im Rang sitzenden Stahlhelmleute konnten auch mit ihrem Beifallsgeklatsche diese Proteste nicht übertönen. Die von dem Direktor des „Ufa" herbeigerufenen Schupobeamten waren nicht in der Lage, einzugreifen und das Parkett zu räumen, wie es Zwischenrufer vom Rang öfter als einmal forderten. Die Polizeibeamten, allem Anschein nach auch Kriegsteilnehmer, begriffen, daß solch wüste Kriegshetze nicht stillschweigend hingenommen werden kann. Und als am Schlusse des Filmes noch einmal auf die Unschuld Deutschlands am Kriege und seine Helden in Offiziersuniform hingewiesen wurde, erhob sich der größte Teil der Kinobesucher, um in den Ruf einzustimmen: **„Sowjet-Rußland, es lebe hoch!"** Brausend setzte dann der Gesang der „Internationale" ein. Von dem durch die Kapelle gespielten Deutschlandlied war nichts mehr zu hören. Wohl selten haben Arbeiter dieses Trutzlied des Proletariats so begeistert gesungen. Jeder ging mit dem Bewußtsein nach Hause:

Ueber die Internationale der Militaristen und Kriegshetzer wird siegen die geschlossene Front des Weltproletariats.

Proletarische Organisationen im Kampfe gegen Pfaffenherrschaft

Von einem Schulfachmann

Man hat uns lange warten lassen auf das Erscheinen des viel besprochenen Reichsschulgesetzentwurfs. Ausgerechnet in den Schulferien erschien er dann in der Oeffentlichkeit, zufällig natürlich in einer Zeit, wo es Lehrer- und anderen Kulturorganisationen nicht möglich war, sich sofort damit zu beschäftigen und Stellung dazu zu nehmen. Man hatte allerdings allen Grund dazu, eine Diskussion in weiten Kreisen über diesen Gegenstand zu scheuen, bringt doch der Entwurf neben der Zerschlagung des Volksschulwesens in vier Schularten die völlige Verpfaffung von 96 Prozent aller Volksschulen.

Wenn man nun in den an der Verwirklichung dieses Entwurfs interessierten Kreisen wirklich geglaubt hat, durch diese Verschleppungspolitik einer Stellungnahme weiter Kreise der Oeffentlichkeit zu diesem Kulturdokument schlimmster Reaktion aus dem Wege gehen zu können, so hat man sich doch schwer geirrt. Bilden sich doch überall im Reich unter Führung der Freidenkerorganisationen **Einheitskomitees zur Abwehr gegen die in jeder Form um sich greifende Kulturreaktion**, denen sich die einzelnen proletarischen Organisationen anschließen, um so eine breite, aktionsfähige Kampffront herzustellen.

Leider hört man aber selbst von einigen, mit ihrer Meinung leider gar nicht so vereinzelt dastehenden Proletariern die Auffassung vertreten, daß der Kampf um Schuldinge nicht Sache politischer Organisationen sei, sondern vielmehr denen überlassen werden sollte, die sich die Arbeit auf kulturellem Gebiet zur Spezialaufgabe gemacht haben.

Dieser Standpunkt ist ebenso falsch wie gefährlich, da hier ganz die enorme politische Bedeutung einer solchen Umstellung der Volksschule verkannt wird, die von unseren Feinden nur zu deutlich gesehen wird. Diese wissen sehr genau, was für ein Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung eine dem Einfluß der Kirche als einer der stärksten Stützen des Kapitalismus preisgegebene Schule bedeuten würde.

Den ersten Entwurf hat man bereits damals auf den ungeheuren Proteststurm hin zurückziehen müssen und ihn hinterher sogar schamhaft als so eine Art Stilübung eines Sekretärs hingestellt, den niemand wirklich zum Gesetz zu erheben beabsichtigt habe.

Diesmal ist die Lage jedoch bedeutend ernster.

Die Kapitalistenklasse fühlt sich völlig sicher im Besitze der politischen Macht, und nur **einem ganz unvorhergesehenen starken Druck** seitens des organisierten Proletariats könnte es gelingen, eine Zurückziehung des Entwurfes zu erreichen. Dazu ist **Sammlung aller vorhandenen Kräfte** notwendig, und unsere Genossen sollten dafür sorgen, daß alle Organisationen (z. B. auch die verschiedenen Gewerkschaften), denen sie angehören, sich an dem Kampf aktiv beteiligen.

In **Halle** haben den Aufruf der Freidenker, der Ablehnung des Entwurfes, Austritt aus der Landeskirche und Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht fordert, **mehr als zwanzig Organisatioen unterzeichnet.**

Interessant ist es aber, **die Stellung der SPD.** in dieser Angelegenheit zu beobachten. Sie hat es entschieden abgelehnt, dem Kartell beizutreten, ja, sie hat es nicht einmal für nötig gehalten, einen offiziellen Vertreter zu den Sitzungen zu schicken. Inoffiziell erklärte ein Mitglied der SPD., daß seine Partei es ablehne, da sie selbst den Kampf ja bereits von sich aus aufgenommen habe! Sonderbar, daß man davon nirgends etwas hört oder sieht, und daß diese Partei vorgibt, **allein** eine solche Aktion durchführen zu können. Daß davon in Wirklichkeit gar keine Rede sein kann, darüber sind sich diese Herren natürlich im Grunde ebenso klar wie wir, so daß nur die Erklärung bleibt, **daß sie einen ernsthaften Kampf nicht wünschen.**

Wenn man die Entwicklung der SPD. in der letzten Zeit beobachtet hat, kann das ja auch nicht weiter überraschen. sie handelt damit völlig im Sinne ihres Führers Ebert, der erklärt hat, **er hasse die soziale Revolution wie die Sünde!**

Und zur Verhinderung einer sozialen Revolution gibt es auf kulturellem Gebiet ja kaum ein besseres Mittel als dieses Reichsschulgesetz. Bezeichnend ist es auch, daß diese Stellung der SPD. **nicht ganz einheitlich** ist, sondern daß es einzelne wenige Orte gibt, wo sie sich den Kampfkartellen angeschlossen hat. Ja, man hat es nicht leicht, wenn man eine Arbeiterpartei zu sein vorgibt und in Wirklichkeit die Interessen ganz anderer Leute vertritt.

Auch die der sozialdemokratischen Einstellung sehr ähnliche Haltung der **Freien Schulgesellschaft** beweist, **daß diese Organisation gegenwärtig ganz im Fahrwasser ihrer reformistischen Führer segelt,** sicher sehr gegen den Willen eines großen Teiles ihrer Mitglieder, deren Aufgabe es sein muß, den Kurs auf eine wirklich revolutionäre Arbeit umzustellen. Also hier wie überall: **Augen auf, hinein in die Einheitsfront gegen die Kulturreaktion, damit dieser Schandentwurf nicht Gesetz werden kann!**

Am Dienstag, dem 27. September, abends 7½ Uhr, erscheinen sämtliche

kommunistische Elternbeiräte

sowie sämtliche Parteimiglieder, deren Kinder die

weltliche Schule

besuchen, in der „Produktiv-Genossenschaft". Unbedingtes Erscheinen ist Pflicht!

Der Kampfbund gegen die Schulreaktion

Protestversammlung gegen das drohende Schulverpfaffungsgesetz ab. hält am Freitag, 30. September, im „Volkspark" eine öffentliche

Referent: Peter Maslowski, Berlin. — Wer die Versammlung nicht besucht, leistet der Kulturreaktion Vorschub!

Eröffnung der „Heimgarten"-Ausstellung

Der Verband der Kleingartenvereine Halle a. d. S. hat gestern eine Ausstellung im „Hofjäger" eröffnet, um für die Idee des „Heimgartens" zu werben. Die Eröffnung wurde durch den „Gesang" eines hiesigen Männerchores eingeleitet mit den üblichen Schmarren des Bürgergesanges („Gott grüße Dich", „Wie die alten Eichen rauschen", „Vom Sonnenschein"). Darauf Begrüßung der Ehrengäste durch den Verbandsvorsitzenden, Lehrer **Pönicke**. Besonders wandte sich der Redner an den Vertreter des Magistrats, Herrn Baurat **Jost**, welcher angeblich — nach Herrn Pönickes Meinung — über Sein und Nichtsein der Kleingärtner zu bestimmen hat. Die Zeit, wo man Mietskasernen als Wohnungen baut, liege wohl hinter uns, denn es sei festgestellt worden, daß der Mensch, wenn er eine schlechte Wohnung hat, genau so der Tuberkulose anheimfällt, wie das Vieh bei schlechten Ställen, denn die Rindertuberkulose sei eben eine „Stallkrankheit". Das Wohnen wird von Jahr zu Jahr unangenehmer, deshalb wächst sich das Gartenproblem zum Wohnungsproblem aus. Das Gartenproblem sei nicht nur ein Familien-, sondern darüber hinaus ein pädagogisches Problem, denn die Familie müsse sich auf eine andere Lebensweise einstellen. **Die Mitgliedschaft bestehe in Halle zu 80 Prozent aus Arbeitern und diesen wirtschaftlich gleichgestellten Berufen.** Herr Pönicke stellte sich dann noch selbstgefällig als „Vertrauensmann der Regierung" vor.

Das Preisgericht verkündete alsdann die Bewertung, wobei **Halle-Nord**, ein Verein, der nachgewiesenermaßen viel Geld für die Jugendpflege aufwendet, „ausgezeichnet wurde.

Die Ausstellung war reich beschickt. Besonders die große Schau edler Obstsorten entzückte das Auge des Naturfreundes. Dagegen war die aufdringliche Reklame für das Kleingartengesetz von 1919, ein typischer Wechselbalg aus den Säuglingstagen der Republik, ein beredtes Beispiel für die Denkweise der Macher dieser Ausstellung und zeigte so recht, welche Blüten der Byzantinismus in den heutigen Tagen treibt. Gerade die guten Leistung der Kleingärtner legen Zeugnis ab von der erstaunlichen Anpassungsfähigkeit der Männer, denen als einfache Arbeiter in ihrem Berufe ganz anders geartete Verrichtungen abliegen. Es ist deshalb nur zu bedauern, daß sie sich die Führung von Lehrern und Professoren gefallen lassen und nicht selbst tatkräftig ihre Geschicke bestimmen.

Der Verkehr über die Cröllwitzer Brücke

wurde auf Grund einer Bekanntmachung nunmehr vom Polizeipräsidium geregelt. Im Einvernehmen mit dem Magistrat findet ab 26. September 1927 bis auf weiteres vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, folgende Verkehrsregelung statt:

1. Die Wagen der elektrischen Straßenbahn dürfen die Brücke **nur an den Sonn- und Feiertagen** befahren; jeder andere Fahrzeugverkehr ist an diesen Tagen verboten.

2. An den Wochentagen dürfen Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge aller Art einschließlich der Motor- und Fahrräder die Brücke benutzen.

3. Sämtliche Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge dürfen die Brücke nur im Schritt und in einer Richtung befahren; **dabei haben sie sich dicht am Bürgersteig zu halten. Das Ueberholen von Fahrzeugen ist verboten. Fahrräder und Kraftfahrräder dürfen über** die Brücke nur geführt werden.

4. Fußgänger dürfen die Brücke wie bisher in beiden Richtungen, aber nur auf dem Bürgersteig, begehen.

5. **Den Anordnungen der den Verkehr regelnden Schutzpolizeibeamten ist unbedingt Folge zu leisten.**

Wer mißbraucht die Mieterversammlung?

Die überfüllte Mieterversammlung, die Freitag im „Wintergarten" abgehalten wurde, hat ein sehr merkwürdiges Echo gehabt. Die bürgerlichen Zeitungen, besonders aber die „**Hallischen Nachrichten**", drücken sich mit Glanz um eine Berichterstattung herum, obwohl doch feststeht, daß gerade aus den Kreisen ihrer Leser eine große Anzahl unter den Versammlungsteilnehmern zu finden war. Aber auch das „Volksblatt" hat würdiglich gezeigt, wie es mit seiner Interessennahme für die Mieter aussieht. Statt über den Verlauf des Abends zu berichten, wird furchtbar auf die Kommunisten losgeschlagen, und das „Volksblatt" jammert darüber, daß in der Diskussion fast nur kommunistische Redner gesprochen hätten. Das „Volksblatt" bezeichnet das als Mißbrauch der Mieterversammlung, verschweigt jedoch, daß der Vorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter, Ortsgruppe Halle, nicht nur die kommunistischen, sondern die Stadtverordneten aller Fraktionen, natürlich auch die sozialdemokratischen aufgefordert hatte, die Versammlung zu besuchen und dort ihre Stellungnahme zu den Mieterfragen bekanntzugeben. Das haben sie nicht getan. Weder ein Magistratsvertreter, noch ein bürgerlicher Stadtverordneter war erschienen, und ebensowenig ein Sozialdemokrat, der es für nötig gehalten hätte, die Stellungnahme seiner Fraktion zu präzisieren. Weil diese Feststellungen in der Versammlung von dem Referenten und anderen Rednern getroffen wurden, fühlt sich das „Volksblatt" nach der bekannten Haltet-den-Dieb-Methode seinerseits — getroffen. Die proletarischen Mieter werden sich ihr eignes Urteil über diese Zeitung bilden und erkennen, daß kein allzu großer Unterschied besteht zwischen dem „Generalanzeiger" und dem hallischen Organ der SPD

Hallische Tageschronik

Vom Selbstmord zurückgehalten. Am 24. September gegen 18.45 Uhr versuchte sich an der Alten Promenade ein 25jähriger Mann in selbstmörderischer Absicht mit einem Rasiermesser die Pulsadern zu durchschneiden. Von einem hinzukommenden Polizeibeamten wurde dem sich mit allen Kräften wehrenden Mann, der sich bereits stark blutende Wunden am linken Arm beigebracht hatte, das Messer entrissen. Von dem hinzukommenden Ueberfallkommando wurde der Lebensmüde nach Anlegung eines Notverbandes auf der Sanitätswache dem Elisabethkrankenhause zugeführt. Der Grund zu der Tat dürfte in einem Nervenleiden zu suchen sein.

Autounfall. Am 26 September gegen 2 Uhr kam in der Magdeburger Straße ein Personenkraftwagen infolge eines Reifendefektes ins Schleudern und stieß hierbei mit einem Arbeitswagen der Straßenbahn zusammen. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Zur Bekämpfung des Frostspanners sind Ende September und Anfang Oktober alle Obstbäume und etwa danebenstehende mit dem Baume in Verbindung stehende Baumpfähle in etwa 1 Meter Höhe mit einem Leimring aus 10 bis 12 Zentimeter breiten, mit gutem haltbaren Raupenleim bestrichenen Pergamentpapier bestehend, zu versehen. Die Leimringe sind im Laufe des Monats Februar von den Bäumen wieder zu entfernen und zu verbrennen.

Neuer Expreßguttarif auf der Reichsbahn. Am 1. Oktober d. J. treten im Bereiche der Deutschen Reichsbahngesellschaft neue Expreßgutsätze mit neuen Berechnungssätzen in Kraft. Der Frachtberechnung wird ein Mindestgewicht von 5 Kilo zugrunde gelegt. Gewichte bis zu 20 Kilo werden auf volle 5 Kilo aufgerundet, bei höheren Gewichten wird die Fracht für je 10 Kilo berechnet, wobei Zwischenkilogramme auf volle 10 Kilo aufgerundet werden. Zum Beispiel beträgt das Gewicht der Sendung 11 Kilo, so wird die Fracht für 15 Kilo berechnet (statt bisher 20 Kilo), bei einem Gewicht der Sendung von 21 Kilo kommen 30 Kilo in Ansatz. Statt bisher 35 Stufen gibt es künftig nur noch 22 Stufen. Diese Neueinteilungen haben für die Versender keine finanziellen Nachteile, die Abfertigung wird dagegen beschleunigt.

(Schluß des lokalen Teiles im Hauptblatt Seite 4)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Länderspiel Oesterreich — Deutschland 8:6 (5:0)

Gute sportliche Leistungen im Länder-Handballspiel — Die Oesterreicher tonangebend

Das erste Ländertreffen wurde gestern in Halles Mauern ausgetragen. Das Spiel ist vom Arbeiter-Turn- und Sportbund nach hier verlegt worden, um zu zeigen, daß auch seine jüngste Sportart zu spielen versteht. Die internationalen Spiele, die bisher hier ausgetragen wurden, haben ständig gute Besucherzahlen verzeichnet. In bester Erinnerung stehen die Fußballspiele gegen Norwegen und Putilow-Werke Leningrad. Gestern waren dem Rufe 2000 Zuschauer gefolgt, die voll auf ihre Kosten gekommen sind. Der Regen, der am Vormittag niederging, hat so manchen daheimbleiben lassen. Auch die hallischen Ringer hatten eine internationale Mannschaft aus Frankreich zu Gaste. Da ist des Guten wieder einmal zuviel geboten worden, und auf einer Stelle muß es sich auswirken. Das Spiel hinterließ den denkbar besten Eindruck, mancher Arbeiter, der sonst nur bürgerliche Handballspiele besucht hat, gab seine Anerkennung über die faire und technische Spielweise. Das ist der große Erfolg des gestrigen Tages, der immer mehr neue Anhänger dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zuführen wird.

Der Empfang auf dem Thielenplatz

Für Sonnabend hatte das hiesige Arbeiter-Sportkartell seine Mitglieder aufgefordert, durch eine Massenkundgebung die Oesterreicher zu begrüßen. Zu Hunderten standen die hallischen Arbeitersportler auf dem Thielenplatz um die Genossen zu empfangen, die nach Deutschland gekommen waren, um hier in Halle das vom Bundesvorstand angesetzte Länderhandballspiel auszutragen. Gegen 8 Uhr setzte sich der Zug mit den Spielleuten des 6. Bezirks an der Spitze in Bewegung, um seinen Weg durch halbdunkle Straßen zu nehmen. Klingendes Spiel zog immer mehr Menschenmassen an und an den Straßenkreuzungen stauten sich schwarze Massen. Rote Frontkämpfer standen an der Seite und mußten den Zug an sich vorbeiziehen lassen, da das Verbot des Herrn Oexle ja noch besteht und sich auch bei dieser Begrüßung unliebsam bemerkbar machen mußte. Kommunistische Jugendliche, die neben ihrer Arbeit für die kommunistische Bewegung, noch Zeit finden, sich der Körperkultur zu widmen, hatten es sich nicht nehmen lassen, eine rote Fahne mitzubringen. Bereits auf dem Thielenplatz hielten sich die Herren Offiziere verpflichtet einzuschreiten, um die Fahne zu „beschlagnahmen". Sie kamen zu spät. Desto kräftiger erschallten aus den Kehlen der jungen Arbeiter unsere Kampflieder. An der Ecke Geist- und Gr. Ulrichstraße war das Ueberfallkommando stationiert, um die „angeblich" geschlossen formierte KJ. aus dem Zuge zu drängen. Die Mitgliedsbücher der Sportverbände wurden sichtbar und die Herren Offiziere mußten auch in diesem Falle abziehen. Da ihnen kein Anlaß gegeben wurde, um diesen Zug zu sprengen, so fuhren sie nach dem „Mohr", um hier die Teilnehmer zu erwarten. Gegen 9 Uhr traf der stattliche Zug trotz der Polizeischikanen im „Zoo" ein, wo die

Begrüßungsfeier

ihren Verlauf nahm. Der „Arbeiter-Sängerchor" hatte es sich auch hier wieder nicht nehmen lassen, durch Kampflieder die österreichischen Arbeitsbrüder zu begrüßen. Angesprochen hat das Kampflied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" Hierauf nahm als Vertreter des Bundesvorstandes der Sportgenosse Schulz das Wort. Wir sind ehrlich und sagen offen, wir wissen wirklich nicht, was der Sportgenosse Schulz wollte. Eine Begrüßung, wie wir sie vielleicht hören können, wenn der Rauchklub Passendorf den Klub Dölau zu Gaste hat. Kein Hinweis auf das Ziel und den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Sportbewegung. Das Einstellen der bürgerlichen Sportverbände zum Hindenburg-Geburtstagsrummel oder Fragen der internationalen Arbeitersportbewegung wurden nicht berührt. (Bietet ja auf sportlichem Gebiet die bürgerliche Bewegung starke Angriffspunkte, wir erinnern nur an die Schiebungen in Berlin um die Ligaspiele im Herbst 1926, das „Arbeitsuchen" Berlinerspieler in Bremen usw.) Für die Oesterreicher erwiderte darauf der Spielführer dieser Mannschaft. Er verwies auf die zweidrittel Mehrheit in der Gemeinde Wien, die die Sozialdemokraten besitzen und dem auch die Arbeitersportler Wiens zahlenmäßig und der qualitativen Leistung nacheifern. Er vergaß allerdings den Arbeitern zu sagen, daß auch eine zweidrittel Mehrheit den Arbeitern keinen Nutzen bringt, wenn man nicht versteht, diesen zahlenmäßigen Machtfaktor, entsprechend im außerparlamentarischen Kampf, einzusetzen in der Lage ist. Da ja die Arbeitersportbewegung nur ein Teilglied der internationalen Arbeiterbewegung ist, hätte man die moralische Verpflichtung gehabt, auch der Wiener Opfer vom 15. Juli d. J. zu gedenken. Für den 6. Bezirk sprach der Genosse Mertins und für das hiesige Sportkartell Genosse Oertel. Beide forderten in ihren Worten Herstellung der Einheit zwischen den Arbeitersportlern der ganzen Welt, d. h. Einigung trotz der Sabotageversuche der Wildung und Genossen mit der Roten Sportinternationale. Darbietungen der einzelnen Sportorganisationen, so der „Fichte" und dem Expanderklub „Othello", wechselten ab. Die exakten Aufführungen dieser Sportler sind der hallischen Arbeiterschaft bekannt. Die Gäste hatten sich bereits gegen 10 Uhr in ihre Quartiere begeben, um ihren Körper für das Spiel zu stärken und zu kräftigen.

Das Länderspiel

Beide Mannschaften stellten sich dem unparteiischen Schiedsrichter vollzählig. Oe. hatte Anwurf und setzte sich gleich für einige Minuten vor D.s Tor fest. Ein Erfolg wurde nicht erzielt, denn verschiedene Würfe landeten ins Aus oder wurden durch Abseits unterbunden. Auch D. konnte sich ganz schön durchsetzen, und bekam der Sturm ganz gute Vorlagen, wußte sie aber nicht erfolgreich zu verarbeiten. Oe. hatte eine sehr gute, entschlossene Spielweise, was zur Folge hatte, daß D.s Torwächter öfters energisch eingreifen mußte und manchen harten Ball in höchster Zeit zur Ecke abwehrte, wobei auch die Latte des öfteren rettete. Doch nach 17 Minuten Spieldauer landete ein schön plazierter Wurf Oe.s in die Netze Deutschlands, dem nach ganz kurzer Zeit durch einen Drehwurf Oe.s M.-St. in der 20. Minute der zweite Treffer folgte. D. versuchte auch alles, zu einem Erfolge zu kommen. Es wäre auch gelungen, wenn D.s Mitte die Außenleute besser bedacht hätte. Oe. hatte bis zur Halbzeit noch Gelegenheit, D.s Tor in der 26., 28. und 30. Minute dreimal mit Erfolg zu besuchen. Bei dem Stande von 5:0 für Oe. trennte der Schiedsrichter beide Parteien in die Halbzeit.

Nach Wiederanfang spielte D. die ersten sieben Minuten überlegen und hatte auch gleich in der 1. Minute Gelegenheit, den langersehnten Erfolg zu erzielen. Jetzt mußte festgestellt werden, daß das Zuspiel ein ganz anderes war seitens D.s, denn die Außenleute hatten jetzt Gelegenheit, ihr Können des öfteren zu beweisen, was auch mit Erfolg belohnt wurde. In kurzen Abständen reihten sich drei weitere Treffer in der 3., 5. und 7. Minute an, so daß nur noch ein Tor Unterschied zu verzeichnen war. D. war jetzt im Vorteil, und es erweckte den Anschein, als ob eine Wendung zugunsten D.s in Aussicht wäre. Oe. war aber auch nicht müßig und legte in der 16. Minute ein weiteres Tor vor (6:4). Jetzt wurde das Spiel etwas schärfer, wodurch der Schiedsrichter des öfteren eingreifen mußte, aber es blieb im Rahmen des Erlaubten. Beide Mannschaften spielten jetzt auf Sieg. D. greift forsch an. Der kleine L.-A. reißt durch schnelle Läufe und Postenwechseln immer wieder den Sturm nach vorn, auch Alleingänge führte er aus und warf auch durch solchen das zweite Tor. Auch der H.-R. D.s zeigte routiniertes Spiel; er stellte in der 19. Minute das Resultat auf 6:5. Oe.s Hintermannschaft versteht es, dem D.-Sturm immer wieder den Ball abzunehmen. Die Läufer unterstützen dabei immer wieder ihrn eigenen Sturm. Die energievollen Würfe des Oe. M.-St. reichen so weit, daß er nach einem Torwurf, der wegen Uebertretens nicht anerkannt wurde, ins Tor fiel. Die 22. und 25. Minute bringt den Oe. zwei Erfolge, die den Sieg sicherstellen. D. rafft sich nochmal zusammen und H.-L. erzielt noch den 6. Treffer.

Die Mannschaften

Die österreichische Mannschaft stellte, wie der Spielverlauf zeigte, eine schnelle kampffreudige Elf, die mit vielen technischen Feinheiten ausgerüstet war. Mit großem Schneid und entschlossen wurden schnell folgende Angriffe durchgeführt, die die deutsche Läuferreihe zur Hergabe des Letzten zwang. Auffallend war das reichlich massive Spiel der Läufer- und Stürmerreihe. Die Mannschaft bildete überhaupt ein geschlossenes Ganzes, indem ein jeder sein Bestes hergab, um den Sieg zu erringen und zu sichern. Der Torwart, eine Klasse für sich, hielt die schwierigsten Sachen und zeigte große Geschicklichkeit. Die beiden Verteidiger waren ein fast unüberwindliches Bollwerk. Sie fuhren immer wieder in energischer Weise dazwischen. In der Läuferreihe ist der Rechte an erster Stelle zu nennen; er hatte einen guten Tag. Mittel- und linker Läufer standen ihm wenig nach. Als unentwegte Torschützer erwies sich der Mittelstürmer und Halblinke, wie überhaupt die Angriffe der linken Sturmseite, die mehr Durchschlagskraft aufwies. Halbrechts und Rechtsaußen fügten sich ebenfalls gut in den Rahmen des Ganzen ein.

Die deutsche Elf enttäuschte in der ersten Halbzeit immer mehr und mehr. Namentlich der Sturm bot schwache Leistungen. Man spielte viel zu zaghaft und verlor sich in zwecklosen Verzierungen eines gepflegten Kombinationsspieles, das jedesmal eine sichere Beute der guten Oe.-Abwehr wurde. Dazu wurde noch so engmaschig gespielt, daß man sich selbst im Wege war. Vor allem der Mittelstürmer, der wenig Fangtechnik zeigte und nur die Bälle an seine Nebenleute abgab, anstatt die schnellen Außenstürmer vorzuschicken. Auch der R.-A. verschiebte die 1. Halbzeit viel, und hier liegt die Niederlage der deutschen Mannschaft. Nach Halbzeit taute D. erst auf. Das Zuspiel wird besser und ausgeprägter. Die Läuferreihe konnte sich mehr am Spielaufbau beteiligen. Einen sauberen Ball spielte der Mittelstürmer mit seinen beiden Verbindungsstürmern. Die beiden Außenleute, welche in der ersten Spielhälfte sehr vernachlässigt waren, wurden mehr bedient. Glänzend war der Torwart, dessen bravouröse Leistungen, wie der Spielverlauf zeigt, seine Mannschaft vor einer höheren Niederlage bewahrte. Gut war auch die Verteidigung, die ihre Arbeit zur Zufriedenheit erledigte.

Als Unparteiischer fungierte Gen. Rust aus Leipzig-West 03. Er ließ sich durch nichts beeinflussen oder aus der Ruhe bringen und sorgte durch Umsicht und Korrektheit dafür, daß sich das Spiel trotz aller Schärfe in den Grenzen des Erlaubten hielt. Seiner ruhigen, bestimmten Leitung gebührt eine lobende Anerkennung.

Fichte-Halle 1. Jugend — Leipzig-Ost Jugend 6:1

Das Jugendspiel war reich an technischen und flotten Angriffen, so daß die Arbeitersportbewegung reich an Nachwuchs ist. Die Leipziger erschienen nur mit 10 Mann. Fichte hatte dadurch leichtes Spiel.

Die 10mal 100-Meter-Staffette

errang großen Beifall. Adler ging durch guten Stabwechsel als erster durch das Ziel. Zweiter wurde Fichte, die zumindestens den Stabwechsel besser trainieren muß. 3. Sportlust. 4. ASC.

Die Bilanz der Moskauer Sportsaison

(OE.) Der „Krasny Sport" (Roter Sport), das amtliche Organ des Moskauer Obersten Rates für Körperkultur, zieht jetzt, nach Abschluß der Sommersportveranstaltungen, die Bilanz der Saison. Das letzte große Sportfest in Moskau, das eine Art von Heerschau der Sowjetsportler darstellte, hatte 1803 aktive Teilnehmer angelockt (die ausländischen Mannschaften nicht mitgerechnet): wenn man bedenkt, daß am Sowjetunions-Sportfest des Jahres 1924 alles in allem 750 Sportsleute teilnahmen, so läßt sich die gute Werbearbeit ermessen, welche die Sportorganisationen des Sowjetstaates inzwischen geleistet haben. Sogar die entlegensten Gebiete der Union, wie der Ferne Osten, Sibirien u. a., hatten diesmal ihre Mannschaften entsandt.

Von den 1803 Teilnehmern dieses Jahres waren 74 Prozent Männer, 26 Prozent Frauen. 45 Prozent entfielen auf Sowjetangestellte, 20 Prozent auf Arbeiter und Bauern, 15 Prozent auf Schüler; der Kommunistischen Partei und dem Kommunistischen Jugendverbande gehörten insgesamt 32 Prozent an. Dem Lebensalter nach waren 40 Prozent junge Leute von 22 bis 27 Jahren, die in der Mehrzahl sich seit höchstens 4 Jahren systematischen Leibesübungen widmen. Von den einzelnen Sportarten war die Leichtathletik mit 804 Teilnehmern am zahlreichsten vertreten; es folgen Schießsport (400), Sportspiele (300), Rudersport (100), Radsport (70) usw. In sporttechnischer Hinsicht brachte das Fest 49 neue Rekorde für die Sowjetunion, darunter Leichtathletik 28, Schwimmen 15, Fahrrad 5, Motorrad 1. Der „Krasny Sport" unterstreicht noch die Tatsache, daß diese Entwicklung des Sportlebens nicht etwa auf die Hauptstädte Moskau und Leningrad beschränkt sei, die freilich beide auch diesmal wieder den Hauptsieg davontrugen, sondern daß alle Länder der Sowjetunion mit guten Kräften in einen ernstlichen Wettbewerb traten.

„Eintracht" Halle auf dem Gimpelfang

Die Verbandsspiele haben im bürgerlichen Fußball-Lager begonnen und damit der Kampf um die Punkte. Eintracht-Halle entging nur durch Schiebung dem Abstieg und hat eine Gnadenfrist erhalten. Um nun in den kommenden Spielen besser abzuschneiden, müssen in ein Mannschaftsgefüge andere Leute aufgestellt werden. Da aber die bürgerliche Sippschaft nicht fähig ist, selbst Spieler auszubilden, müssen die Arbeitersportvereine herhalten. Die Werbetrommel für Eintracht schlägt der

Kesselschmied Franz Bachmann.

Derselbe hat in Bruckdorf einige Leute entdeckt. Um diese für seinen Verein zu gewinnen, brauchte er einen Zutreiber; diesen hat er in dem Kesselschmied Paul Lindner. Der Bruder Willi Lindner mußte zuerst hinein. Unter

Versprechungen eines neuen Anzuges

spielt derselbe unter dem Deckmantel eines Spielers Krafft in Neumark. Trotz seiner Jugend (17 Jahre) stellte man denselben in die 1. Mannschaft und beutete so seine Kräfte zur Füllung der Kassen und zu Saufgelagen der Spieler aus. Der Zimmermann Karl Gold mußte aus dem Arbeiter-Sportverein Rüstig-Vorwärts (Bruckdorf) wegen Beitragsrückständigkeit und Unterschlagung von Vereinseigentum ausgeschlossen werden. Er nahm seinen Komplicen, den Mann mit dem Ligafimmel, Karl Tilschner, mit. Während dieser arbeitslos war, haben seine ehemaligen Sportgenossen ihn durchgehalten. Gekaufte Sachen hat er nicht bezahlt, vom Kassierer Geld zu Fußballschuhen geborgt und auch hier nichts beglichen. Der Wirt vom Vereinslokal war ihm zu „bürgerlich" eingestellt, und er ist jetzt im „bürgerlichen" Verein gelandet.

Arbeitersportler! Laßt Euch nicht von solchen Elementen ins bürgerliche Lager ziehen, sondern steht fest zur Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Russische Leichtathletik

Bei den leichtathletischen Kämpfen in Leningrad waren 250 Sportler am Start. Die wesentlichsten Ergebnisse waren: 100 Meter: Mererowitz 11,3; 400 Meter: Polikarpow 53,7; 500 Meter: Maksimion 17,13,7; 100 Meter Hürden: Gadal 17,8; Hochsprung: Meierowitz 1,60 Meter; Stabhochsprung: Sumorow 3,10 Meter; Sportlerinnen: 100 Meter: 13,4; 50 Meter Hürden: 9,2; Hochsprung: 1,46,5 Meter.

Hochbetrieb an der Arbeiter-Turn- und Sportschule in Leipzig

Nach einer kurzen Ferienpause setzte die Lehrtätigkeit an der Bundesschule am 15. August erneut ein. So waren bereits die Kreisturnspielleiter und eine Gruppe Leichtathleten zu ernster Arbeit in den gastlichen Räumen vereint.

Zurzeit weilen 25 Mitglieder der Wassersportsparte zu einem Lehrgang in der Schule: Ruderer, Paddler und Kanufahrer, die erstmalig zu einem Kursus in der Schule zusammengetroffen sind. Das mustergültige Ruderbecken erfreut sich dabei einer tüchtigen Beanspruchung. Die sportärztliche Untersuchung der Lehrgangsteilnehmer ergab durchweg gute Resultate.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Die Vereine, die ihre Gelder noch nicht abgeholt haben, werden diese morgen abend 7.30 Uhr im „Glauchaer Stübchen" abholen. Der Vorstand. Oertel.

Fußballabteilung Fichte Ammendorf. Infolge eines Irrtums waren von uns keine Vertreter zur Fußballbörse. Wir suchen deshalb für unsere 1., 2., 3. und 3a-Mannschaft sowie 1. und 2. Jugend Spiele. Von uns ist jeden Montag ein Vertreter im „Volkspark" zur Geschäftsstunde anzutreffen, sonst schriftlich an Claus Heyer, Ammendorf, Talstr. 15 I. Wir bitten die Leitungen der Fußballvereine, uns noch spielfreie Mannschaften zur Verfügung zu stellen. 1667

Fichte Halle. (Fußball-Abt.) Freitag abend 7 Uhr Vorstands- und Spielausschußsitzung. Nachdem Mannschaftssitzung. Alles hat pünktlich zu erscheinen. 1668

Großkampftag der Schwerathletik in Halle

Merlebach (Frankreich) gegen Halle 14:14 (7:7) — Hallische Boxer gegen Leipzig siegreich

Gestern vormittag veranstaltete der Arbeiter-Athletikverein „Germania-Felsenfest", Halle, im Walhalla-Theater einen internationalen Ringkampf. Société Sportive Athletique Merlebach (Champion 1926/27), Frankreich, trat mit einer Mannschaft an, die dem Arbeitersport alle Ehre machte. Trotz der vielen Kämpfe, die in Deutschland bereits ausgetragen wurden, waren diese an Kraft den Hallensern überlegen, allein etwas Technik fehlte. Die einzelnen Kämpfe wurden fair ausgetragen, auch der Boxkampf gegen Sophia-Leipzig. Die Zuschauer, etwa 1500 bis 2000, sind voll und ganz auf ihre Kosten gekommen. Einige Begeisterte machten Zurufe, so sehr boxten und rangen diese mit. Die Schiedsrichter leiteten einwandfrei. Nach beendetem Aufmarsch der Ringer begrüßte der Vorsitzende, Genosse Wittig, die Ringer und dankte für den guten Besuch. Wir haben gewußt, daß unser Wagnis Erfolg hat und wir werden allen Zweiflern beweisen, daß die Arbeitersportbewegung auf hoher Stufe steht. Die französische Mannschaft ist sehr gut. Wünschenswert wäre es, so führte Wittig weiter aus, daß beide Nationen so ohne jede Revanchegelüste immer gegenüberstehen möchten und nicht auf kriegerische Maßnahmen eingestellt sein. **Wir wollen keine Kriege, wir wollen die Arbeiterklasse fest zusammenschmieden, und das soll unser Erfolg sein.**

Genosse Hausmeyer grüßte im Namen des Vorstandes des Deutschen Arbeiter-Athleten-Bundes. Er wies auf die ausgetragenen Kämpfe der französischen Mannschaft hin. Das Jahr 1927 stehe im Zeichen der internationalen Spiele. Ueberall sehen wir freundschaftlichen Empfang, überall kommen unsere hohen Ziele der internationalen Verständigung der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, weiter vorzustoßen und mit einzutreten in die Reihen der Arbeiter-Sportvereine.

Aufwärts zum Licht!

Vorwärts in die Freiheit!

*

Vor den internationalen Ringkämpfen trafen sich die Boxabteilungen von Sophia (Leipzig) und Germania-Felsenfest (Halle). Halle hat sich auf diesem Gebiete sehr gut herausgemacht. Die Leipziger hatten nicht viel zu holen, allein ihr Sportgenosse O. Müller ging technisch und forsch ins Zeug, so daß sein Gegenüber nach einer halben Minute aufgab. Das Halbschwergewicht brachte sogar ein richtiges k. o. Die einzelnen Sportler machten dem Schiedsrichter sein Amt leicht. Infolge Verletzung mußten drei Kämpfe ausfallen. Die einzelnen Ergebnisse sind:

Die Ringkämpfe

Fliegengewicht: Jean Kowenig (Frankreich) — Neubert. Dieser Kampf zeigt herrliche Momente. Ueberstürzler und Zieher wechseln nur so ab. In 5.20 Min. siegt der Franzose durch Selbstfaller seitens Neuberts. — Im zweiten Gang derselbe Kampf. Abermals siegt Kowenig durch Eindrücken der Brücke.

Bantamgewicht: Viktor Zelmierk (Frankreich) — Hausik ringen nach schönem technischen Kampfe unentschieden. Die zweite Runde zeigt einen fabelhaften Kampf. Durch Armzug siegt Hausik nach schwerer Gegenwehr.

Federgewicht: Max Kuska (Frankreich) — Erich Maye. Beide ringen flott, durch Fallen über die Matte wird M. verletzt und muß die vier Punkte Kuska überlassen, was Germania-Felsenfest den Sieg kostete.

Leichtgewicht: Jean Schaaf (Frankreich) — Kittner. Nach zehn Minuten scharfen Kampfes unentschieden. In der dritten Minute der zweiten Runde siegt Schaaf durch Armzug und Eindrücken der Brücke.

Mittelgewicht: Jean Neumann (Frankreich) — Walter Maye. N. wehrt sich der ungestümen Angriffe heftig. M. bringt immer seinen Gegner wieder auf die Matte und siegt nach 6.20 Minuten durch Abwurf. — Ebenso schön war die zweite Runde. Aeußerst lebhaft geht es auf beiden Seiten zu. M. siegt abermals durch Abwurf nach 7.20 Min. Die Kampfesweise dieser beiden Kraftmenschen riß zu Beifall hin.

Halbschwergewicht: Michel Fröhlich (Frankreich) — Wald. Zwei gleichstarke Gegner können nie zur Entfaltung kommen. Wirkliche Kraftleistungen springen heraus. W. legt F. auf die Schulter außerhalb der Matte; ebenso die zweite Runde endet unentschieden.

Schwergewicht: Erwin Mayer (Frankreich) — Reisel. Die „Brocken" gehen hart aufeinander und R. siegt durch Armzug nach 1,45 Minuten. — Abwechslungsreicher ist der Kampf der zweiten Runde. Jeder will gewinnen. Bald ist M. oben, bald unten, und umgekehrt. Es sieht aus, als ob der letzte Kampf unentschieden bleibt. Da gelingt R. nach 9,15 Minuten durch Armzug der Sieg und damit das Unentschieden des Gesamtresultats.

Boxkampf Halle — Leipzig 9:3

Fliegengewicht: Wirth (Halle) — Weißgörber (Leipzig). Die erste Runde auf beiden Seiten guter Schlagwechsel. Die Deckung des Leipzigers war sehr gut. Schärfer setzte die zweite Runde ein. Der Leipziger muß zweimal zu Boden. Er hing bei dem Gongschlag in den Seilen und gab auf.

Federgewicht: Muschalla (Halle) — Tietz (Leipzig). Tietz muß bald zu Boden, denn Muschallas Schläge sind gut und präzise. T. Kampfweise wird lebhafter, er greift in der zweiten Runde immer wieder an. Die dritte Runde bringt einen vorsichtigen Kampf mit wenigen Schlägen. Er endete unentschieden.

Leichtgewicht: Hintze (Halle) — Hennig (Leipzig). Mit schweren Schlägen wird der Kampf eröffnet. Halle ist mit guten harten Schlägen im Vorteil. Hintze ist sehr human, er gönnte seinem Gegner die Ruhe, um sich erholen zu können. In der zweiten Runde ist Hintze noch mehr im Vorteil und zwingt den Leipziger zur Aufgabe.

Weltergewicht: Losse (Halle) — Kunzemann (Leipzig). Losse ist gut im Schlagen. Zweimal muß K. zu Boden. Trotz der brillanten Schläge kann Losse nichts erreichen. In der zweiten Runde wenig Schlagwechsel, da K. weniger angreift. Losse greift in der dritten Runde an und holt einen Sieg heraus.

Mittelgewicht: O. Müller (Leipzig) — Dieherrn (Halle). Nach einer Attacke schwerer Schläge wird D. zur Aufgabe gezwungen.

Halbschwergewicht: Erzad (Halle) — Richter (Leipzig). Der schönste und letzte Kampf. E. ist sehr ruhig und teilt forsch aus. R. deckt gut, liegt periodenweise im Angriff. Wieder harte Schlagwechsel in der zweiten Runde. R. liegt viel in Deckung. Ein gut gelandeter Stopper von E. streckt R. durch k. o. nieder.

Die französischen Ringer in Halberstadt

Am letzten Freitag war die Athletik-Sportvereinigung „Merlebach" Gast des Ringsportvereins Halberstadt. Dem Meister von Elsaß-Lothringen gelang es, vor überfülltem Hause die Halberstädter Mannschaft nach interessanten Kämpfen mit 16:12 Punkten zu besiegen. Den Kämpfen voraus gingen Begrüßungsansprachen eines amtlichen (!) Vertreters der Stadt und des Mannschaftsbegleiters, Haushälter-Magdeburg. Die Franzosen setzten anschließend ihre Reise mit dem Ziele Wilhelmshaven fort. — Die Boxmannschaft des Sportklubs Adler 1895 Halle, die durch Boxkämpfe die Veranstaltung verschönern half, erzielte gegen die Halberstädter Boxer ein unentschiedenes Resultat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0007

ENDEPOLS & DUNKER
Gr. Ulrichstr. 19/20 HALLE (Saale) Gr. Ulrichstr. 19/20
Herren-, Damen-, Knaben- und Berufskleidung
Bequeme Zahlungsbedingungen nach Uebereinkunft
50743

WÄSCHE, STOFFE, KLEIDER
KAUFE BEI
M. SCHNEIDER
Leipziger Straße 94
51189

Gummiwaren aller Art
Spülapparate, Damenbinden
sowie alle vorkommenden sanitären Artikel
C. Klappenbach & Co.
Große Ulrichstraße 41
50744

Feinbäckerei
Brot u. Backwaren
täglich frisch
K. Werner
Geiststraße 38
50142

Herren- u. Jünglings-Kleidung auf Teilzahlung
zu den günstigsten Bedingungen kaufen Sie
am besten und billigsten bei
Neumarktstr 6 **Franz Mettner G.m.b.H.**, Neumarktstr. 6
50149

Bernh. Barth Nachflg.
Paul Beyer
Kl. Ulrichstraße 10
Kolonialwar., Weine, Spirituosen, Zigarren, Zigaretten, Kaffeen
51138

Gummiwaren
Wachstuche, Linoleum
Hugo Hehab Nachflg.
Große Ulrichstraße 3
50706

Puppen
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Halle a. S.
Obere Leipziger Straße 66a
Spielwaren
51259

Loewendahls
Damen-Kleidung
„Vom Kopf bis zu den Füßen"
50746

Wir vermieten:
Gasherde
Gaskocher
Elektrische Apparate
Beleuchtungskörper
Bade-Einrichtungen
in 6-12 Monaten Ihr Eigentum
Stadtgeschäft Halle
für Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Anlagen
G. m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 54 Telephon 25654
50190

Sporthaus
Julius Bacher
Halle a. S., Leipziger Str. 102
51188

Trinkt Poetzsch-Kaffee
Die führende Qualitätsmarke
Richard Poetzsch, Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 10
50705

S. Mühlbauer, Albrechtstraße
(Ecke Geiststraße)
Strümpfe, Wäsche, Wollwaren
Damen-Konfektion
50139

Die werktätige Bevölkerung kauft nur bei
Alex MICHEL
Halle an der Saale — Am Marktplatz
50703

Louis Ackermann
Oleariusstraße 13 Oleariusstraße 13
Rind- u. Schweineschlächterei
Erstklassige Aufschnittwaren
50742

Reichert Inh.: E. Zoche
Geiststraße 37 Telephon 28137
Wild, Geflügel, Feinkost,
Obst, Südfrüchte u. Gemüse
50141

August Pirl, Geiststraße 10
„Das Haus der guten Schuhe"
50143

Täglich frische
Nordsee
Seefische
50745

Schuhwaren
Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3
51093

Reserviert Nr. 8

Reserviert

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone
Reparaturwerkstatt
Paul Krause, Geiststr. 39
50147

NUSSBAUM
Das Kaufhaus für Alle
Gr. Ulrichstr. 60/61 **Halle a. d. S.** Gr. Ulrichstr. 60/61
50747

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren, ff. Aufschnitt
Ernst Halke, Gr. Ulrichstraße 62
50704

Rind- und Schweine-Schlächterei
Georg Weiß, Geiststr. 13
Täglich: Frische Brühwürstchen
50145

Ritter-Kaffee
täglich frisch in unübertroffener Güte
Versand nach auswärts portofrei
Otto Noak, Inhaber **Georg Ritter**
Große Steinstraße 76
50701

Fahrradhaus
Fritz Lohrengel, Gr. Klausstr. 7
Billigste Bezugsquelle für
Fahrräder und Ersatzteile, Reparaturen
50739

A. Herfurth
Gr. Wallstraße 12
Lebensmittel
hausschl. Fleisch- und Wurstwaren
51193

Schirme, Stöcke
Pfeifen
Xaver Herz
Geiststraße 65
50148

Rind- und Schweine-Schlächterei
Hugo Hartmann
Gr. Klausstr. 6
50740

Werkzeuge
für jedes Handwerk
Haus- und Küchengeräte
Glas und Porzellan
Hempelmann & Krause
Halle a. S., Kleinschmieden 5
51190

In erstklassigen Backwaren
empfiehlt sich die Brot- und Feinbäckerei
Otto Krull, Kl. Klausstr. 6
50741

Otto Grünberg
Große Wallstraße 45
Fleischwaren aller Art: Herstellung feinster Wurstwaren zu stets billigsten Preisen
51194

Modehaus Inneneinrichtung
A. HUTH & CO. A. G.
HALLE A. D. S.
Gr. Steinstraße 86-87
Marktplatz Nummer 21
51141

SINGER
NÄHMASCHINEN
Amtlich geschützte Schutzmarke
SINGER - NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Mühlweg 22 Halle a. d. S. Leipziger Str. 23
50710

Arthur Müller, Kl. Ulrichstr. 1
Hausschlächterei
51196

Emil Bock, Kl. Ulrichstr. 1
— Fernruf 25924 —
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51197

Damen- und Kinderbekleidung
Bruno Freytag
Leipziger Str. 100
51187

E. Friedel, Gr. Wallstraße 36
nur vorteilhafte
Kolonialwaren usw.
51195

W. Fleischer, Kl. Ulrichstr. 30
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51198

Oskar Großklaus Nachflg.
Fleischerstraße 12
Rind- und Schweineschlächterei
51200

ZOO — Halle a. d. Saale
Größte Sehenswürdigkeit Mitteldeutschlands
Herrlicher Park und Felsen nahe der Saale. Reicher Bestand an Tieren der Heimat und fremder Länder. Neues Raubtierhaus. Gartenkonzert Aussichtsturm, Gr. Saal
Eintrittspr. 70 ₰, Kinder 40 ₰
Vereine, Schulen Ermäßigung
Jeder Naturfreund, Aquarianer, Vogelliebhaber, Geflügelzüchter findet reiche Anregung u. Belehrg. Bester Anschauungsunterricht f. Schulen
51204

Hallesche Beerdigungsanstalt
Pietät
Inh.: M. Burkel
Kl. Steinstraße 4 Telephon 26393
51188

Friedrich Koch
Leipziger Str. 74
Hüte
Mützen
Pelzwaren
51190

Molkerei Trotha
Frischmilch — Kindermilch
Butter — Sahne — Quark
Joghurt
51295

Schirme
Stöcke, Pfeifen
Ernst Karras jun.
Inh.: Hans Herz, Leipzigerstraße 4
51186

Kolonialwaren, Kaffeerösterei Franz Schumann Friedrichstraße 8 Ecke Weidenplan
51296

S. Weiss
Das Haus der eigenen Fabrikation
Halle — Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühlhausen a. H.
5748

Kaufe bei J. Lewin Gründung 1859 **Marktplatz 2 und 3**
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel
51197

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0008

Siebenter Deutscher Städtetag in Magdeburg

Bürgerblock und SPD. lassen keine ausgiebige Diskussion zu

Die siebente Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde am Freitag, dem 23. September, von dem Oberbürgermeister Boeß, Berlin, in der „Stadthalle" zu Magdeburg eröffnet. Nach der üblichen Begrüßungsansprache erteilte er dem anwesenden Bürgerblock-Kanzler Marx das Wort. Marx wurde mit Johlen und Pfeifen von der kommunistischen Fraktion empfangen. Nur ein ganz kleiner Teil der Zentrumsfraktion spendete schwachen Beifall. Nach einer Rede, deren Inhaltlosigkeit kaum unterboten werden konnte, erklärte der Beauftragte des Besitzbürgerblocks, daß er den übrigen Beratungen mit Interesse folgen und dem Reichskabinett Bericht erstatten werde. Das eifige Schweigen sowie die „Pfui"-Rufe werden dem Reichskanzler gezeigt haben, wie selbst die überwiegende Mehrheit der Vertreter der deutschen Kommunen über seine Politik urteilt.

Nach dem Reichskanzler Marx sprach der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, über „Reichspolitik und Städte". Mulert wandte sich im ersten Teil seiner Ausführungen etwas gegen den Druck der Wirtschaft auf die Kommunen. Ebenfalls nahm er Stellung gegen die Auffassung des Reichsbankpräsidenten Schacht, der bei den Auslandsanleihen die Wirtschaft gegenüber den Gemeinden bevorzuge. Diese Einleitung diente aber nur dazu, um den Eindruck zu erwecken, als kämpfen die Städte gegen die Wirtschaftsautokratie. Seine weiteren Ausführungen bewiesen, daß er mit den Maßnahmen der Wirtschaftsführer durchaus einverstanden ist.

Er forderte ebenso wie die Wirtschaftsdiktatoren die stärkste Rationalisierung in den Kommunalbetrieben.

Von der Reichsregierung erwartet er, daß sie mehr als bisher bei der Verteilung der Steuern zugunsten der Gemeinden eintritt. Die Arbeiterfeindlichkeit kam in seinen Ausführungen deutlich zum Ausdruck, als er die drei Hauptfragen, die die Finanzen betreffen, behandelte. Vor allem bedauerte der Redner die teilweise Aufhebung der Getränkesteuer. Diese Maßnahme hätte in den Gemeinden großes Befremden ausgelöst!!!

Bei der Hauszinssteuer wünschte er nur, daß sie in eine bessere Form gebracht werde. Er ist für Beibehaltung dieser, die werktätigen Schichten belastenden Steuer.

Bei dem Lastenausgleich bemängelte er nur, daß die Gemeinden hier kein besonderes Zuschlagsrecht besitzen. Er appellierte an die Reichsregierung, **daß sie diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen bei dem Steuervereinheitlichungsgesetz genügend berücksichtige.**

Bei seinen ganzen Ausführungen war typisch, daß er immer die Reichsregierung um Hilfe gegen die ungerechtfertigten Angriffe der Länder ersuchte. Es war eine völlige Anbiederung an die Politik der Wirtschaftsautokratie und des Bürgerblocks. Obwohl er weiß, daß die Massen in Deutschland in kaum zu überbietender Weise mit Steuern belastet sind, entschlüpfte ihm das Eingeständnis, daß in Amerika alle Einkommen bis zu 10 000 Mark steuerfrei sind. Die Sozialdemokratie lehnt in Deutschland die kommunistischen Anträge ab, die Steuerfreiheit bis 3000 Mark verlangen. Selbst 1500 Mark war den Sozialdemokraten im Preußischen Landtag noch zu viel. Mit dem Bekenntnis, daß der heutige Aufbau des Reiches nicht mehr den wirtschaftlichen Bestrebungen entspricht und deshalb unter stärkerer Anerkennung der Selbstverwaltung der Gemeinden umgestellt werden müsse, schloß er seine Ausführungen.

Nach Dr. Mulert sprach der Reichsfinanzminister Köhler. Der Redner begründete den von der Regierung vorgelegten Entwurf des Steuervereinheitlichungsgesetzes. Rücksichtslos wehrte er die gegen die Wirtschaft erhobenen Vorwürfe ab. Er erklärte, daß die Wirtschaft noch mitten im Rationalisierungsprozeß stehe. Man müsse sich deshalb noch auf ganz andere Dinge gefaßt machen. Außerdem predigte er, wie alle Finanzminister, für Sparsamkeit, d. h. die Sparsamkeit soll nur bei den werktätigen Massen und bei der Sozialfürsorge durchgeführt werden.

Darüber, wie die Gemeinden die durch die Neuregelung der Besoldungsordnung erhöhten Ausgaben aufbringen sollen, sagte er kein Wort.

Das schien für den Finanzminister überhaupt nicht zu existieren. Er bestätigte hiermit das, was wir nach seiner Rede auf der Beamtentagung sagten, d. h., die Besoldungsordnung muß nach dem jetzigen Schema in den Gemeinden zu neuen Steuern und neuer Massenbelastung führen.

Nach der Rede des preußischen Innenministers Grzesinsky, der sich hier als Verteidiger der Selbstverwaltung aufspielte, wurde in die allgemeine Diskussion eingetreten.

In der Diskussion sprachen die Oberbürgermeister Adenhauer (Köln), Blüher (Dresden), Luppe (Nürnberg), Rausicher (Potsdam), Jarres (Duisburg). Außerdem sprachen die Vertreter der einzelnen Parteien. Von der SPD. sprach Lohmann (Berlin). Entsprechend ihrer politischen Zugehörigkeit gaben sie ihre Zustimmung zu den vom Vorstand des Städtetages vorliegenden Entschließungen. Die Ausführungen Dr. Mulerts sowohl wie die Reden der Oberbürgermeister zielten nur dahin, in der Reichsregierung eine kommunal-politische Abteilung zu schaffen und mit einem besonderen Vertreter des Städtetages zu besetzen. Im übrigen ist der Städtetag von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten mit den Grundzügen der Finanzpolitik, die nur die breiten Massen belastet, einverstanden.

Von der Kommunistischen Fraktion sprach der Genosse Lehle (Berlin). Unser Redner geißelte die verschwommenen Ausführungen der Vorredner, die glaubten, daß die Worte dazu da sind, die Gedanken zu verbergen. Rücksichtslos vertrat der kommunistische Redner die Interessen der werktätigen Schichten, wie sie sich aus der jetzigen Situation ergeben. Genosse Lehle begründete vor allem die von uns bereits veröffentlichte Entschließung über die Mietspreiserhöhung und das Schulverpflichtungsgesetz.

Die Stellung der Kommunisten zu dem Steuervereinheitlichungsgesetz kam in einer hierfür besonders zugeschnittenen Entschließung zum Ausdruck:

Entschließung:

Der Deutsche Städtetag erklärt:

Das im Entwurf der Reichsregierung vorliegende Steuervereinheitlichungsgesetz bildet in seinen Auswirkungen eine schwere Gefahr für die Gestaltung der Gemeindefinanzen.

Die Rahmengesetzentwürfe lassen deutlich zwei Tendenzen in den Vordergrund treten:

1. Die Gemeinden sollen durch die Androhung eines verschärften Eingreifens der Aufsichtsbehörden gezwungen werden, ihre Realsteuer auszubauen.

Da ihnen irgendwelche erhöhte Zuwendungen aus den Anteilsteuern nicht zur Verfügung gestellt werden, muß dies dazu führen, daß die zur Durchführung der sozialen Aufgaben der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mittel in unerträglicher Weise beschränkt werden. Eine weitere Einschränkung der bisher schon nur in ganz ungenügender Weise in Angriff genommenen sozialen Aufgaben muß eine weitere Verelendung der minderbemittelten Schichten und einen unausdenkbaren Schaden an der Volksgesundheit zur Folge haben.

2. Die Gesetzentwürfe wollen den Gemeinden jede Möglichkeit nehmen, durch Staffelung irgendwelcher Art die Belastung auf wirklich tragfähige Schultern zu legen.

§ 9, Ziffer 2 des Grundsteuer-Rahmengesetzes,

§ 20, Ziffer 1 des Gewerbesteuer-Rahmengesetzes.

Durch diese Tendenz, die Belastung der Besitzenden durch Kommunalsteuern unter allen Umständen zu verhindern, wird den Gemeinden die Erhebung kommunaler Steuern von Personen oder Körperschaften, deren Vermögens- und Einkommensverhältnisse eine derartige Belastung durchaus tragbar erscheinen lassen, völlig unmöglich gemacht.

Dagegen wird durch das Steuervereinheitlichungsgesetz die juristische Grundlage für die Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer geschaffen. Gerade diese Art der Mittelbeschaffung erscheint jedoch bei der geradezu unerträglichen Belastung der arbeitenden Schichten als die unsozialste.

Der Deutsche Städtetag ersucht daher den Reichstag aus den vorstehend genannten Gründen, den vorliegenden Entwürfen der Reichsregierung zum Steuervereinheitlichungsgesetz die Genehmigung zu versagen.

Der Deutsche Städtetag fordert dagegen für die Gemeinden das Recht:

1. alle kommunalen Steuern zu staffeln:

a) nach dem Vermögen,

b) nach dem Einkommen;

2. das Recht zur Erhebung kommunaler Besitzsteuern.

Die kommunistische Gruppe des Deutschen Städtetages.

*

Die Ausführungen des kommunistischen Redners waren der honetten Versammlung, die sich in der Mehrheit längst zu den gefüllten Fleischtöpfen sehnte, sichtlich unangenehm. Von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, lief der übliche Schlußantrag ein.

In kurzen und wuchtigen Ausführungen trat der kommunistische Redner Gäbel (Dresden) den Abwürgungsversuchen der reaktionären Einheitsfront entgegen. Er beantragte die Weitertagung und verlangte, daß der Städtetag nicht nur eine Parade- und Vergnügungstagung darstellen dürfe. Seine Ausführungen wurden von den Kommunisten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Schließlich wurden die kommunistischen Anträge und Entschließungen unter dem Widerspruch unserer Genossen gemäß dem Verlangen der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit dem Vorstand als Material überwiesen.

Nach Annahme der Vorstandsentschließung und einer demagogischen Kundgebung für die Räumung des besetzten Gebietes wurde der Städtetag geschlossen.

Zu der Rheinland-Kundgebung des Städtetages haben die Kommunisten eine besondere schriftliche Erklärung abgegeben.

Erklärung

Die kommunistische Fraktion des Deutschen Städtetages fordert die sofortige Räumung der noch von Ententetruppen besetzten Gebiete. Wir fordern diese Räumung aber nicht auf Grund des Versailler Friedensvertrages und der in Locarno getroffenen Vereinbarungen, sondern aus selbstverständlichem Recht der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete.

Die kommunistische Fraktion lehnt jedoch die vom Vorstand des Deutschen Städtetages vorgelegte Entschließung ab. Wir streiten den bürgerlichen Vertretern das Recht ab, im Namen der arbeitenden Bevölkerung eine solche Entschließung einzubringen, da gerade sie mit der Kriegsschuld und ihren Folgen belastet ist.

Die Bourgeoisie hat sich sogar nicht gescheut, die Hilfe der Besatzung gegen Hungernde und streikende deutsche Arbeiter anzurufen.

Aus den gleichen Gründen fordert die kommunistische Fraktion die Freigabe des Saargebietes und sofortige Wiedervereinigung mit dem Reiche. Die kommunistische Fraktion erhebt schärfsten Protest gegen die Völkerbundsregierung des Saargebietes, die zugunsten des internationalen Unternehmertums in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft eingreift.

*

Auch der Verlauf der siebenten Tagung des Deutschen Städtetages hat bewiesen, daß in den Kommunen die Interessen der Werktätigen nur von den Kommunisten in wirklich ernstem Sinne vertreten werden. Alle diese Tagungen zeigen, daß die heutigen Parlamente für die Werktätigen nur dazu da sind, die Machenschaften des Finanz-, Agrar- und Industriekapitals zu verschleiern.

*

Während der Tagung traf die Nachricht von dem Flugzeugunglück bei Schleiz ein. Der Städtetag ehrte die Verunglückten durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende gedachte dabei der Verdienste des Botschafters v. Maltzan, die er sich besonders in den letzten Jahren erworben hat.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Schwer verletzt. Am Donnerstagabend gegen 8 Uhr wurde beim Schmiedemeister Schröter (Beesen) ein Geschirrführer von der Firma Huth, Vollberg-Wörmlitz, beim Beschlagen eines Pferdes derartig vom Pferde getreten, daß das Schienebein vollständig kaputt ist. Der Verletzte wurde mit dem Krankenauto sofort nach Halle geschafft.

Reinsdorf bei Landsberg. Da in letzter Zeit der Kirchenbesuch sehr abflaute, mußte irgend etwas ersonnen werden, um die Verkleisterung der Gehirne von neuem vornehmen zu können. Nun hatte der verordnete Diener des Herrn etwas ausgeklügelt. Und zwar hatte er für Sonntag, den 18. September, anläßlich des Erntedankfestes, an seine Anhänger schriftliche Einladungen mit dem für diesen Tag bestimmten Programm ergehen lassen. Man versuchte also mit allerlei Klimbim die kirchliche Handlung zu veredeln und den Besuch dazu aufzufrischen. Wir rufen allen, die auf diesen Leim noch hereinfallen, zu: **Tretet aus der Kirche aus.**

Für unsere Kinder

Warum Reichswehrmanöver in Mitteldeutschland?

Ihr alle werdet wohl von dem in Mitteldeutschland stattgefundenen Reichswehrmanöver gelesen und gehört haben. Warum hat man dazu gerade Mitteldeutschland auserwählt? Weil hier bis jetzt die meisten Unruhen, die meisten bewaffneten Aufstände der revolutionären Arbeiterschaft waren. Denn diese wollte nicht länger williges Ausbeutungsobjekt sein. Sie hat versucht, das jetzige kapitalistische System zu stürzen und dafür einen Arbeiterstaat zu errichten nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Man hat hier das Manöver stattfinden lassen, um das Gelände kennenzulernen, damit man erfolgreicher einen eventuell ausbrechenden Aufstand der Arbeiter im Blute ersticken kann.

Wer am 12. September gesehen hat, wie die Reichswehr durch Halle marschierte, der konnte auch sehen, mit was für Mordinstrumenten sie ausgerüstet waren. Große und kleine Maschinengewehre scheinen da eine große Rolle zu spielen, denn sie führten diese zur Genüge mit. Infanterie, Reiterei und Pioniere, alles war dabei. Man konnte sehen, daß diese Leute gedrillt wurden bis aufs Blut. Man scheute sich auch nicht, die Muskoten vor einem Obersten im Paradeschritt vorbeimarschieren zu lassen. Im Übungsgelände selber, im Mansfelder Land, spielte sie richtigen Krieg. Ohne Rücksicht auf den Acker armer Leute tobten die Truppen sich nach dem Wunsche des Generalstabs aus. Man bildete eine „rote" und eine „blaue" Armee und dann spielten sie nach Herzenslust, wobei die „rote" natürlich immer verlieren mußte.

Nur ist traurig dabei, daß sehr viel Arbeiter diesem Klimbim nachliefen. Auch einige reaktionäre Lehrer zogen mit ihrer Schulklasse in das Kampfgelände, obwohl es gar nicht zulässig ist, wegen eines derartigen Klimbims die Unterrichtsstunden ausfallen zu lassen. Hoffentlich haben die Arbeiterkinder jetzt den wahren Grund erfahren, wozu die Reichswehr da ist. r.

„Hurra", unser Hindenburg hat Geburtstag

Am 2. Oktober begeht der Reichspräsident Hindenburg seinen 80. Geburtstag. Das wird ein Fest werden für unsere Treuteutschen, Vaterland und Hindenburg liebenden Gesellen. Sie werden ihn mit Telegramme und Glückwünschen überhäufen. Er hat es ja auch verdient. Schon während des Krieges hat er sich noch mehr als verdient gemacht. Er hat stets und ständig dafür gesorgt, daß es den Soldaten, die als Kanonenfutter für die Kapitalisten im Kriege waren, nicht zu wohl ging. Denn jener Hindenburg war es, der seine Zustimmung dazu gab, wenn sich irgendein Soldat, nach militärischen Begriffen, etwas zuschulden kommen ließ, daß man einen solchen Missetäter **an die Bäume und an die Wagenräder (!)** binden konnte.

Wir glauben, daß die Soldaten, die den Krieg von Anfang bis zu Ende mitgemacht haben, sich seinem Ausspruch: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur" nicht zu eigen machen. Arbeiterkinder, Eure Väter und Brüder, die meist als Kriegskrüppel nach Hause gekommen sind, haben kein weiteres Verlangen, einen neuen Krieg mitzumachen. Doch nicht nur während des Krieges hat er seinem Namen Ehre gemacht, sondern auch jetzt spielt er eine große Rolle. Hindenburg haben wir es mit zu verdanken, daß noch Unschuldige von Arbeitern hinter Gefängnismauern sitzen.

Nun soll der Geburtstag dieses Mannes mit allem Tamtam gefeiert werden. Das Reichskabinett hat beschlossen, zu seinem Geburtstag auf allen staatlichen Gebäuden in den Landes- und Reichsfarben zu flaggen. Doch nicht nur das, sondern auch in den Schulen soll man eine schlichte Feier begehen und danach soll der Schulunterricht ausfallen. Gewiß wird Euch das gefallen, wenn Ihr keinen Unterricht habt. Ihr sollt aber mit einer gewissen Erkenntnis an dieser Feier teilnehmen. Denn dieser Hindenburg-Geburtstag geht uns Proletenkinder nichts an. Wir ehren nur unsere großen revolutionären Führer, die für die Sache der Arbeiter gestorben sind! r.

Unser Lehrer

Pionierkorrespondenz aus der Altenburger Schule in Merseburg

Der Lehrer Kröger scheint gar nicht zu wissen, wie lächerlich er sich uns Kindern gegenüber benimmt. Es wäre angebracht, wenn er uns etwas mehr lernen würde, aber er erzählt uns andere Dinge. In der Erkunde-Unterrichtsstunde besprechen wir Rußland. Plötzlich fing der Lehrer Kröger an, mit Redensarten, wie: „Die Russen sind eine Schweinebande, eine Saubande. Den ganzen Tag sitzen sie in einer ungelüfteten Hornske, sie jachtern umher, schlafen und verrichten keine Feldarbeit."

Dann sprachen wir von Leningrad. Ein Kind fragte ihn, was Leningrad heißt. Darauf gab er zur Antwort, daß die Stadt nach Lenin genannt wurde, **der ein großer Stänker in der Welt gewesen sei!** Er habe in jedem Lande nur Streit verursacht. Dann gebrauchte er noch ein Schimpfwort gegen Lenin.

Wir sagten alle, daß sich dieser Lehrer wie ein Stahlhelmer benahm. Besonders den Pionieren vom Jung-Spartakus-Bund gegenüber ist er sehr flegelhaft.

Die Mädels mit Bubiköpfen kann er nicht leiden. Er sagte zu ihnen, sie sollten sich rote Kopftücher umtun und sich in Bücklingsfischen verpacken lassen! Die Jungens, die die Haare nach hinten tragen, quatschte er auch dauernd an mit den Worten: „Ihr seht aus wie Räuberhauptmänner, wie Verbrecher, wie Wilde."

Das ist nun unser Lehrer Kröger. Bei dem sollen wir etwas lernen. Arbeiterkinder, tretet deshalb in den Jung-Spartakus-Bund ein, dort werdet Ihr aufgeklärt, und in der Schule werden wir immer noch verdummt. r.

Pionier-Witzecke

Der kleine Leninist

Der kleine Karl vom JSB., der Ostern in die Schule gekommen ist, soll auf die Tafel das Wort „Leni" schreiben. Plötzlich hebt er die Hand hoch und sagt: „Herr Lehrer, da fehlt ja noch ein „n", das muß Lenin heißen." Selbstverständlich gab dies der Lehrer nicht zu, aber er war sehr erstaunt, da er nicht wußte, wer Lenin war. Der Lehrer erzählte diesen Vorfall seinen Kollegen, und in der Pause rief er den Karl zu sich und fragt ihn, wer Lenin sei. Karl antwortete: „Des war a großer Kummunist." Auf die Frage, ob er noch lebt, antwortete er: „Noi, der isch dot, aber mein Vatter hat 'n uf nen Schrank stande." Der Lehrer fragte dann nicht mehr. So sollten alle Kinder antworten.

*

Erna: Papa, der Barometer ist gefallen.
Papa: Viel, mein Töchterchen?
Erna: Ja, er ist kaputt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Nicht Hindenburg-Spende sondern Reichsfürsorgegesetz

An allen Ecken und Enden, in allen Aemtern und behördlichen Bureaus sehen wir die Aufforderung, der Hindenburg-Spende Geld zuzuführen, das natürlich nur den armen Kriegsbeschädigten zugute kommen werde. Nun, über die Verfügung der Hindenburg-Spende hat der Reichspräsident allein das Recht, und es ist überdaupt nicht festgelegt, daß die Kriegsbeschädigten oder sonstige Hilfsbedürftige etwas davon abbekommen. Die Opfer des Kriegs und der Arbeit verzichten auf diese Wohlfahrtsheuchelei. Nicht durch Annahmestellen für diese Spende bei allen Postanstalten, Eisenbahnschaltern, Banken, Sparkassen usw. ist den Hilfsbedürftigen zu helfen, sondern **durch reichsgesetzliche Versorgung und Rentenerhöhung.** Die Fürsten sind zu enteignen. Offiziere und Generalen, ehemaligen Ministern (gesunden Menschen) sind die Pensionen zu entziehen. Hier werden Gelder flüssig.

Zum Reichsversorgungsgesetz ist zu fordern: 1. Sofortige Verabschiedung der fünften Novelle zum RVG. durch den Reichstag. 2. Allen Kriegsopfern, deren Erwerbsminderung unter 25 v. H. liegt, ist Rente zu gewähren.

Zur Reichsversicherungsordnung: Sofortige Beseitigung der §§ 1311 bis 1311 d und folgender Wortlaut als einziger § 1311: Sowohl der Verletzte wie seine Hinterbliebenen haben einen Anspruch auf die volle Unfallrente und daneben auch auf die volle Invalidenrente, auch wenn die beiden Rentenarten aus demselben Versicherungsfall erwachsen sind. Jede der beiden Renten wird selbständig für sich festgesetzt; sie wird auch unabhängig von der anderen und ohne deren gänzliche oder teilweise Anrechnung in voller Höhe ausgezahlt.

Dann weiter Durchführung des folgendem:

1. **Schaffung eines allgemeinen Reichsfürsorgegesetzes.** In diesem muß die gesamte werktätige Bevölkerung erfaßt werden, damit ihr ausreichender Schutz und Unterstützung bei Krankheit, Unfall und Invalidität gewährt werden. 2. Allen **Erwerbsunfähigen und Erwerbslosen** sind durch die Fürsorgemaßnahmen Renten und Naturallieferungen auf der Grundlage des Existenzminimums unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse (Ledige, Verdeiratete, Familienangehörige) zu gewähren. 3. Ebenfalls muß die **Schwangeren-, Mütter- und Säuglingsfürsorge obligatorisch** durch das Reichsfürsorgegesetz erfolgen. 4. Die Organisierung und Durchführung der Arbeiten für die Fürsorge hat durch die örtlichen und bezirklichen Fürsorgeämter nach den Richtlinien, die von dem Reichsfürsorgegesetz festgelegt werden, zu erfolgen. 5. Im gesamten Fürsorgewesen muß **das volle Selbstverwaltungsrecht der Arbeiterschaft** gewahrt werden; die Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden im Reiche und in den Kommunen müssen aus den gewählten Vertretern aller schaffenden Kreise zusammengesetzt sein. 6. **Die Aufbringung der Mittel** für die gesamte Reichsfürsorge muß erfolgen: a) auf dem Wege **einer Umlage durch die Unternehmer,** b) durch die **Bereitstellung** eines bestimmten Prozentsatzes **der Staatseinnahmen.** 7. Mit der Einführung des allgemeinen Reichsfürsorgegesetzes muß gleichzeitig die **Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens, die Monopolisierung der Medikamente und Heilmittel durch den Staat, ein staatlich geregelter Arbeitsnachweis für die Aerzte** erfolgen.

Gegenüber der gegenwärtigen Zersplitterung der Krankenkassen in Land-, Betriebs-, Innungs-, Ersatz- und besonderen Ortskrankenkassen muß als Uebergangsmaßnahme für die nächste Zukunft gefordert werden: Auflösung aller bestehenden Krankenkassen und Ueberführung in große leistungsfähige allgemeine Ortskrankenkassen, also

1. **Zentralisierung der Krankenkassen nach Kommunen.** 2. Zwangsweise Krankenversicherung **der gesamten werktätigen Bevölkerung,** einschließlich der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozial-, Kleinu. Armentreuner. 3. **Ausbau der Familienversicherung,** der Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge. 4. Eine gesetzliche Regelung in Belieferung der Krankenkassen mit Medikamenten und Heilmitteln durch das Reich. (Eine Umlage solcher Erzeugnisse der chemischen Industrie, die für die medizinische Behandlung und das Heilverfahren benötigt werden. Feststellung der Höhe der Umlagen und die Preisbildung unter Leitung des Reichsarbeitsministers und eines Prüfungsausschusses aus Vertretern der Krankenkassen.) 5. Aufbringung der Kosten für die Krankenversicherung auf dem Wege der **Umlage durch die Unternehmer;** darüber hinaus Sicherstellung eines bestimmten Prozentsatzes der Reichseinnahmen für das allgemeine Gesundheitswesen. 6. Staatlich geregelter Arbeitsnachweis für die Aerzte.

Und warum dies? Der Grund und Boden, worauf wir stehen, die gesamte Produktion und Reproduktion **ist mit dem Blute der Opfer des Krieges und der Arbeit getränkt.** Uns und den Werktätigen gehört das alles. Sagt doch der Besitzende: Die Ausbeutung der Menschen durch Menschen muß bestehen bleiben; das Geld ist das Prinzipielle des Kapitalismus. Der Werktätige sagt: **Die Arbeit,** abgesehen von der Erde (diese ist das Produkt der Naturgewalten), **ist die einzige Quelle des Reichtums.** Die Fürsten sind noch nicht enteignet. Noch erhalten Offiziere und Generale, ehemalige Minister (gesunde Menschen) Pensionen. Zoll-, Miet- und Portoerhöhungen werden durchgeführt.

Also folgen wir dem Beispiel der Arbeiter und Bauern Rußlands. Anknüpfen an die Tagesfragen. Gegen den Bürgerblock! Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung! Wohlan, Klasse Proletariat, die Menschheit der Werktätigen ist das Höchste und Heiligste in der Produktion, nur allein diesem Geschlecht gehört die Ausübung der Herrschaft! Vertreibung der Imperialisten und Kapitalisten von der Erde! G.

Von den Zeitzer Arbeiter-Samaritern

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne hatte am Montag eine Vertretersitzung einberufen, in der über Zweck und Ziele der Kolonne gesprochen wurde. Der Vorsitzende mußte feststellen, daß von den Bruderorganisationen leider nur der vierte Teil erschienen war. So hatte z. B. noch nicht einmal das Gewerkschaftskartell (!) einen Vertreter entsandt. Auch die Vertreter der Krankenkassen glänzten durch Abwesenheit. Auch der Vertreter des Zeitzer „Volksbote" hielt es für richtiger, nicht in die Sitzung zu kommen, er hat wahrscheinlich alle Hände voll zu tun mit Kommunistenhatz.

Die Kolonne ist die größte Wohlfahrtsorganisation innerhalb Deutschlands. Sie besitzt 1000 Kolonnen in 26 Kreisen resp. 108 Bezirken. Ein reichhaltiges Arbeitsfeld hat die Kolonne zu bewältigen. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, in Unglücksfällen, bei Krankheiten und durch Wochen- und Kinderfürsorge überall helfend einzugreifen.

Trotzdem sich die Kolonne in den letzten Jahren gut entwickelt hat, reichen die Kräfte doch bei weitem nicht aus. Im Jahre 1925/26 kamen in Deutschland 350 000 Unfälle vor, auf jeden Samariter kamen 10 Fälle, in jeder 58. Sekunde wurde ein Arbeiter-Samariter angefordert und in jeder 109. Sekunde erst ein Roter-Kreuz-Mann. Das schon allein zeigt die gewaltige Arbeit, die von der Kolonne geleistet wurde. Leider hat die Entwicklung der Kolonne in der letzten Zeit etwas nachgelassen. Viele ältere Leute sind in der Kolonne vorhanden, die den schweren Dienst nicht dementsprechend verrichten können, wie dies verlangt wird. Auch auf finanziellem Gebiete haben sich große Schwierigkeiten herausgestellt. Alles dies hat die Kolonne bewogen, jetzt an die breite werktätige Bevölkerung heranzutreten mit dem Appell: „Unterstützt unsere Kolonne mit allen Mitteln. Laßt diejenigen Klassengenossen, die bei jeder Gelegenheit Euch zur Seite stehen, nicht im Stich. Sorgt dafür, daß die Kolonne auf jedem Gebiet den Anforderungen gerecht werden kann."

In der Aussprache wurden die Gründe und Mängel vorgebracht, die die Kolonne nicht vorwärts bringen. Es zeigte sich, daß vor allem die Arbeiter der Kolonne nicht genügend Interesse entgegenbringen. Es muß der Charakter der Klassenorganisation mehr gewahrt werden, denn der Neutralitätsbegriff trägt dazu bei, das wahre Gesicht der Kolonne zu vermischen. Vor allem muß die Kolonne von seiten der Behörde aus mehr unterstützt werden. Trotz der blutrote Mehrheit im Zeitzer Rathaus herrscht in den Räumen das „Rote Kreuz". Eine allzugroße Parität von seiten der Behörden aus ist nicht am Platze, früher haben die Bürgerlichen die Arbeiter-Samariter nur unterdrückt und schikaniert.

In jeder Arbeiterorganisation muß die regste Propaganda für die Kolonne gemacht werden. Auch muß über eine finanzielle Unterstützung von seiten der Arbeitervereine aus unbedingt gesprochen werden. Mit einem nochmaligen Appell des Vorsitzenden, in diesem Sinne in den Organisationen zu wirken, und vor allem darauf zu sehen, daß der am 6. Oktober **neu beginnende Kursus** von allen Organisationen beschickt und unterstützt wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Genossen, sorgt dafür, daß diese für uns wichtige proletarische Organisation nicht zurückgeht, sondern daß auch sie ein Machtfaktor bei den kommenden Kämpfen wird. Tretet ein und werdet Mitglied der Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Unser erstes Bezirksjugendtreffen in Osterfeld

(Jungarbeiterkorrespondenz)

„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" sangen wir, als wir mit wehenden roten Fahnen in Osterfeld einzogen. Proletarier, Bergarbeiter, die eben aus ihren dumpfen Schächten heimkehrten, begrüßten und begleiteten uns. Freudig und begeistert stimmten sie mit in unsere Kampflieder ein. Wie lauschten da die frommen Osterfelder Bürger, als vor ihren Blumentöpfen rote Fahnen flatterten und um ihre Ohren aus Hunderten von jungen Kehlen die Internationale brauste. Das war zu viel für sie; schneller, als sie gekommen, verschwanden sie wieder. Ein ganz Schlauer meinte: „Schwarzweißrot ist eine schöne Farbe und Rheumatismus eine böse Krankheit." Wir aber waren bald im Quartier und nicht lange danach in Sportkleidung wieder auf dem Marktplatz. Schnell wurden die Mannschaften für die Großstaffette zusammengestellt und die Läufer auf ihre Plätze verteilt. Merkwürdigerweise waren es wieder „rote" Läufer, die als erste durchs Ziel gingen.

Der Abend vereinigte uns dann im Saale des Schützenhauses zum Begrüßungsabend. Rezitationen, Turnen, Gymnastik, Lieder und Sprechchöre füllten diesen Abend, der von 500 Jugendlichen besucht war, aus. Etwas Neues waren die Sprechchöre, die die Gruppe Zeitz unter Leitung des Genossen König sehr gut zum Vortrag brachte. Beide Sprechchöre verständlichen die Unterdrückung des Proletariats durch das kapitalistische System. Der Bezirksjugendleiter des Leipziger Bezirks, Genosse Seipel, richtete einige anfeuernde Worte an die Jugend. Von den turnerischen Vorführungen seien besonders die Bezirkssiegen am Barren erwähnt. Den Stabübungen der Turnerinnen vom Zeitzer Turnerbund fehlte der nötige Schwung, die Hauptschuld trifft wohl die Musik. Um ½11 Uhr erreichte dieser Begrüßungsabend, der wohl als gelungen bezeichnet werden kann, sein Ende. Bald waren alle Teilnehmer, die Mädels in Privat- und die Burschen im Massenquartier, untergebracht. An Schlaf war natürlich im Massenquartier nicht zu denken. Die Meinungen über das erforderliche Quantum Ruhe gingen weit auseinander.

Der Sonntag wurde mit einem sportlichen Fünfkampf für Jungens und Dreikampf für Mädels eröffnet. Trotz schlechten Wetters und schlechten Platzverhältnissen wurden gute Leistungen erzielt. Zu gleicher Zeit fand im Jugendheim ein Vortrag des Genossen Seipel über „praktische Jugendarbeit" statt. Von 68 Vereinen im Bezirk hatten leider nur 25 ihre Jugendleiter entsandt. Die Genossen aber, die anwesend waren, werden die erhaltenen Anregungen in ihren Jugendgruppen in die Tat umsetzen. Am Schlusse der Tagung wurde noch ein Bezirksjugendausschuß zur Regelung künftiger Jugendfragen gewählt. Den Höhepunkt des ganzen Jugendtreffens bildete dann der Demonstrationszug am Mittag. Zahlreiche Fahnen und Transparente gaben dem Zuge das äußere Gepräge. Der Sonntagnachmittag wurde leider sehr vom schlechten Wetter beeinträchtigt, so daß ein Teil der Spiele sowie der geplante Fackelzug am Abend in Wegfall kamen. Viele Jugendgenossen fuhren deshalb auch schon am Nachmittag nach Hause. Nur ein Teil blieb bis zum Abend, um bei Scherz- und Reckspielen das erste Jugendtreffen des Bezirkes zu beenden. Vielen wird es ein Ansporn zu erneuter Arbeit am Arbeiter-Turn- und Sportbund und an einem neuen freieren Menschengeschlecht gewesen sein.

Nur weiter so, Ihr Jungen, und auch unser Bezirk wird mit seiner Jugendarbeit bald an der Spitze des Bundes marschieren. Auf unsere Fahnen laßt uns schreiben: „Wir sind die Tat! Auf denn, Ihr Jungen, helft daran mit, leicht wird der Sieg uns im Massenschritt. Frei heil daraus!"

Teuchern. Vierzig Jahre Esperanto. Die Welthilfssprache „Esperanto" hat sich ihrer Bedeutung gemäß bei allen Völkern der Erde schnell verbreitet, so auch in Deutschland. In diesem Jahre sind es gerade 40 Jahre seit ihrer Veröffentlichung. Da sich in unserem Orte ein reges Interesse bemerkbar macht, bitten wir alle diejenigen, die gewillt sind, an einem Kursus teilzunehmen, sich im Gasthof „Grüner Baum" zu melden und in die Teilnehmerliste einzutragen. Die Liste liegt beim Büttetier.

Theißen. Der Rote Tag wurde mit einem Fackelzug, an dem sich rund 150 Teilnehmer beteiligten, begonnen. Als Einleitung gab die rote Frontkämpferkapelle ein Stück zum besten. Es folgte dann „Der Freiheit mein Lied", gesungen vom Arbeiter-Männer- und Frauenchor Theißen. Die „Klassenkampf"-Leser werden sich wundern und werden denken, dies muß doch eine Verwechselung sein, denn wenn in Luckenau eine proletarische Veranstaltung abgehalten wird, kommt doch der Arbeitergesangverein Luckenau in Frage. Aber weit gefehlt, denn dieser hatte es abgelehnt, mitzuwirken. Es scheinen alles Feinde der Einheitsfront zu sein. Als dritter Teilnehmer wirkte der Arbeiter-Mandolinenklub „Waldesrausch"-Theißen, der das allgemeine Interesse auf sich zog, weil er Hervorragendes leistete. An vierter Stelle wirkte die Spielergruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes der Ortsgruppe Zeitz mit. Das Theaterstück „Rote Matrosen" wurde sehr gut wiedergegeben. Voller Befriedigung gingen die Besucher nach Hause, denn der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, trotz der Saboteure. Sonntag, den 18. September, früh 6 Uhr, war Weckruf durch zwei Kapellen. Von 11 bis 12 Uhr war Marktkonzert. Bald wurden Zuschauer und Kapelle durch Regen vertrieben. Schließlich, nachmittags 2 Uhr fand ein Umzug durch die Ortschaften Theißen, Brößnitz, Nonnewitz, Reußen, Weidau, Luckenau und Streckau statt, an dem sich rund 450 bis 500 Teilnehmer beteiligten. Am Abend fand dann auf beiden Sälen, die wieder sehr überfüllt waren, Tanz statt. Den Saboteuren an der Arbeiterbewegung möge zum Schluß noch gesagt werden: Die Einheitsfront in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!

Zeitz. Achtung, Jungarbeiter! Am Mittwoch, dem 28. September, abends 8 Uhr, veranstaltet die Rote Jungfront, Zeitz, im Richard-Räther-Jugendheim einen öffentlichen Lichtbildervabend über das 3. Reichstreffen des RJB. und über das Blutbad der Polizei in Wien. **Jungarbeiter, erscheint alle und seht Euch die gewaltigen Filme an.**

Zeitz. Städtischer Schlachthof. Vom 1. Oktober 1927 an ist der Schlachthof geöffnet: für die Vieheinkuhr Montags bis Freitags von 8 bis 16 Uhr, Sonnabends von 8 bis 12 Uhr; für die Schlachtungen: Montags bis Freitags von 8 bis 16 Uhr, Sonnabends von 8 bis 12 Uhr. Die Tötungen müssen bis 1 Stunde vor Schluß vorgenommen sein.

Auf jeden 7. Deutschen kommt eine Milchkuh. Im Januar d. J. besaß Deutschland 9 160 269 Milchkühe. Das ergibt pro Kopf der Bevölkerung 0 415 Milchkühe; d. h. auf ungefähr jeden 7. Deutschen eine Milchkuh. Deutschland führte im letzten Jahre für rund ¼ Milliarde Reichsmark ausländische Milch- und Molkereiprodukte ein. Milch hat ein durchschnittliches spezifisches Gewicht von 1,032 und ist darum schwerer als Wasser. Milch enthält stets eine große Zahl von Salzen, die für die Ernährung und den Aufbau des Knochengerüstes sehr wichtig sind. Man findet als Hauptsalze: Kalium, Kalzium, Natrium, Magnesium, Eisen, Phosphorsäure und Schwefelsäure.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Die Hindenburglaner wollen Krähwinkel Merseburg rebellisch machen

Großer Fackelzug geplant — Dumme Proleten sollen die Reihen füllen — Die Geldwänner wollen aus dem Fenster winken

Sie haben sich aufgerafft, sie, die so lange vor dem Druck der roten Front von der Straße wegblieben. Sie haben in der Dunkelkammer in einer Sitzung, die sich „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" nennt, beschlossen, nun endlich einmal etwas großzügiges, etwas fulminantes zu leisten. Und zwar soll am Sonnabend, 1. Oktober, der Hindenburg-Rummel seinen Anfang nehmen. Und weil sie in Merseburg zu schwach auf der Brust und zu schlottrig in den Knien sind, haben sie in den umliegenden Ortschaften alle verfügbaren national-miserablen Kräfte animiert, nach Merseburg zu kommen. Es soll den Roten gezeigt werden, was eine Harke ist. Sie wollen einen Fackelzug liefern, der seinen Schein höher lodern läßt, als die Stichflamme des Leuna-Zuchthauses. Sie machen wirklich ganz gewaltige Anstrengungen, um die Sache durchzuführen. Zuerst hat der zweifelhafte Ausschuß „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" einen Bettelbrief entworfen, der an die besser gestellten Elemente versandt wurde. Der Brief lautet wie folgt:

P. P.

Alle, die in dem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Mann sehen, der den Feind im Laufe des Krieges vor den Grenzen unserer deutschen Heimat aufgehalten hat (nicht etwa die deutschen Musketen, sondern Hindenburg hat den Feind aufgehalten!! D. Ver.), der die deutsche Scholle und das Werk des liebsamen Fleißes vor Kriegsgewirr und Zerstörung bewahrte, rüsten, um ihn zu seinem 80. Geburtstage in Dankbarkeit und Verehrung zu begegnen!

Alle, die in dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der hochbetagt die Ehre, aber auch die Bürde dieses Amtes übernahm, ein leuchtendes Vorbild höchster Pflichterfüllung und steter Opferfreudigkeit sehen, fühlen sich innerlichst verpflichtet, den 2. Oktober zu einem besonderen Ehrentage für ihn zu gestalten.

Auch die „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" hält es für ihre Ehrenpflicht, diesen Tag würdig zu begehen und der allgemeinen Verehrung für den Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten durch einen Fackelzug mit anschließendem Deutschen Abend einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es ist der einmütige Wunsch aller rechtsstehenden Parteien und Vereine, welche der „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" angehören, diesen Fackelzug in größtmöglichstem Umfange zustande zu bringen. Verschiedene Vereine haben ihre Beteiligung bis jetzt zugesagt; von weiteren Vereinen, die in diesen Rahmen gehören, steht die Zusage noch aus. Fast sämtliche Vereine klagen aber über Mangel an Geldmitteln, und hegen bezüglich der Beteiligung wegen der damit verbundenen Kosten Bedenken!! 60 Pf. für die Fackel, 50 Pf. Eintritt und die Zeche für die Familie sei sehr vielen Familienvätern nicht entbehrlich; etwa 90 Prozent der Mitglieder lösten zu den Minderbemittelten! Um die Beteiligung an dem Fackelzug auch den Aermsten zu ermöglichen, ist der Wunsch geäußert worden, an alle finanziell Bessergestellten mit der Bitte heranzutreten, durch eine kleine Zuwendung zu dem guten Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen.

Die „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" gestattet sich, auch an Sie mit der ergebenen Bitte um eine Spende zur Verbilligung bzw. teilweise unentgeltlichen Abgabe der Fackeln heranzutreten. Der Bequemlichkeit halber werden wir uns erlauben, in den nächsten Tagen einen Boten mit einer Sammelliste zu Ihnen zu schicken, in die Sie Ihre Gabe bitte einzeichnen wollen. Der Bote ist zur Annahme derselben berechtigt.

Im voraus verbindlichsten Dank.

Mit deutschem Gruß

Der Ausschuß
J. A.: Teichmann.

Also die Bessergestellten sollen in den Beutel fassen, **damit man dummen Proleten,** die nicht wissen, daß sie zur roten Klassenfront gehören, **eine Fackel in die Hand drücken kann.** Sie glauben, wenn man den „Kerlen" eine Fackel gibt, daß sie dann Hurra und Hunger schreien für „unseren Papa Hindenburg".

Ferner hat sich die „Arbeitsgemeinschaft schwarzweißrot" noch einen Brief an die Lokalinhaber geleistet, der folgendermaßen aussieht:

An die verehrten Herren Lokalinhaber!

Anliegend gestatten wir uns, Ihnen Propagandamaterial für die anläßlich des 80. Geburtstages unseres Herrn Reichspräsidenten veigeenten Veranstaltungen in Form von Handzetteln zu übersenden: Wir bitten Sie höflichst um gütige Unterstützung der Propaganda durch Behändigung der Handzettel an Ihre werten Geschäftsfreunde. Eine besondere mündliche Empfehlung und ein von Ihnen geäußerter Wunsch würde sicher von besonderem Erfolge sein.

Auch unserem Aufruf an die Besserbemittelten fügen wir bei. Wenn Sie auch in diesem Sinne mitwirken würden, wäre wir Ihnen besonders dankbar. In den nächsten Tagen werden wir uns erlauben, Ihnen auch ein Plakat zum Aushang in Ihrem geschätzten Lokale zuzusenden.

Für gütige Unterstützung im voraus verbindlichsten Dank.

Mit deutschem Gruß

Teichmann.

Den Handzettel, den die Geister um Teichmann herum herausgegeben haben, verkündet **den Fackelzug, der am Sonnabend,** dem 1. Oktober, um 8 Uhr abends, sich durch die Straßen der Stadt wie eine riesige Dampfwalze wälzen soll. Nach dem Fackelzug wird das Lied vom Treten und Beten gesungen. Am Sonntag, dem 2. Oktober, ist dann ein sogenannter „Ehrenabend" im Kasino, bei dem die üblichen geistlosen Rezitationen und Gesangsvorträge eine Rolle spielen. Für 50 Pf. kann man sich den ganzen Spuk ansehen. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß jeder besser tut, sich für diese 50 Pf. Eintrittsgeld eine Rostbratwurst bei Lysiki zu kaufen, denn dann hat er wenigstens etwas Reales.

In Ruhe sehen die revolutionären Arbeiter Merseburgs dem Rummel entgegen. Jedoch werden sie, damit den Brüdern vom schwarzweißroten Couleur **nicht allzusehr** der Kamm schwillt, eine aufrüttelnde Demonstration gegen den Hindenburg-Spektakel durchführen, und zwar am **Freitag, dem 30. September!** Dieser Umzug soll dem letzten Arbeiter behreiflich machen, daß er nicht dorthin gehört, wo Ausbeuter und Speckjäger sitzen.

Leute, die trotzdem an diesem Rummel teilnehmen, bekunden, daß sie offen mit der Reaktion gehen, daß sie Feinde des klassenbewußten Proletariats sind und daß sie als solche behandelt werden wollen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Vorwärts zu neuen Erfolgen

Erfüllt von proletarischem Stolze und Siegesbewußtsein führen die kommunistischen Parteien der ganzen Welt in diesen Wochen eine alle Werktätigen aufrüttelnde

Werbekampagne für Partei und Presse

durch. Anläßlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion gegenüber einer Welt von Feinden sind nicht nur die Mitglieder der kommunistischen Parteien mit Begeisterung erfüllt; die Herzen aller Werktätigen schlagen für das Land der Arbeiter und Bauern. Mit Freuden sei die Tatsache verbucht, daß selbst eingefleischte SPD.-Arbeiter heute sich warm für das Weiterbestehen der Sowjetmacht in Rußland aussprechen. Diese Sympathie in Worten allein genügt aber nicht.

Alle revolutionären Arbeiter

wenden sich mit Abscheu ab von den Führern der Sozialdemokratie, die trotz des drohenden Krieges gegen Sowjet-Rußland und der wachsenden Terrormaßnahmen der Bürgerblockregierung gegen die gesamte Arbeiterschaft eine Koalitionspolitik betreiben und

die sich

selbst nicht scheuen, gegen das Land der Arbeiter und Bauern mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam zu hetzen. Aus diesem Grunde werden alle verantwortungsbewußten Klassenkämpfer sich

in der Kommunistischen Partei

die heute bereits Hunderttausende von Klassengenossen umfaßt und nicht müde werden wird, gegen die Verrätereien an den Interessen des internationalen Proletariats anzukämpfen,

politisch organisieren,

sich zu einem einheitlichen Block zusammenschließen. Nur so ist eine wirksame Verteidigung Sowjet-Rußlands und der erfolgreiche Kampf um den Sozialismus möglich. Arbeiter, Angestellte und Kleingewerbetreibende im Wittenberg-Piesteritzer Industriegebiet! Schaut hin auf die gewaltigen industriellen Werke im Westen Wittenbergs. Die riesigen Werke sind erstanden durch Eure Arbeitskraft. Es

schützen

Euch weder Mutlosigkeit noch politische Interesselosigkeit vor den Schikanen der Unternehmer. Nirgends habt Ihr eine gesicherte Existenz. Entlassungen und immer wieder Entlassungen, der Hinauswurf aus den Werkswohnungen, die Akkord- und Ueberstundenschieberei, geringe Entlohnung bei stärkster Ausbeutung Eurer Arbeitskraft sind Erscheinungen, gegenüber denen die Arbeiterklasse nicht machtlos zu sein braucht. Was tut

das Vaterland

das die Deutschnationalen so in den Himmel heben, um Euch vor den Unterdrückungsmaßnahmen der Bürgerblockregierung zu schützen? Nichts! Die Ursache dieser Tatsache liegt darin, daß die Kapitalisten die Besitzer der Produktionsmittel sind. Inmitten der kapitalistischen Welt gibt es nur ein Land

des internationalen Proletariats

wo diese Erscheinungsformen nicht mehr existieren. Das ist Sowjet-Rußland, in dem die Arbeiter und Bauern die Kapitalisten enteignet haben. Die Kommunistische Partei kämpft zielklar und energisch für die Erreichung dieses Zieles auch für Deutschland. Wollt Ihr die Kommunisten in diesem Kampfe allein lassen? Das dürft Ihr nicht! Zwar blicken heute bereits Tausende von Arbeitern und Angestellten mit Stolz auf die über 500 Mitglieder zählende Kommunistische Partei in Wittenberg und Piesteritz. So manches Mal führte Euch diese, nach innen und außen starke und geschlossene Partei zu wirtschaftlichen und politischen Erfolgen. In Anerkennung der Richtigkeit unserer Politik habt Ihr auch deshalb bei den vergangenen Wahlen Eure Stimme der einzigen Partei des Proletariats gegeben.

Werdet Mitglied der KPD!

Lest den „Klassenkampf"!

Heute breits wird in jeder vierten Haushaltung der „Klassenkampf" in den Orten Piesteritz und Kleinwittenberg gelesen, und jeder zehnte erwachsene Einwohner ist Parteigenosse. Aber weiter wollen wir, weiter und vorwärts! Parteigenossen, tretet auf den Plan! In der Werbewoche vom 25. bis 30. September müßt Ihr Eure Kraft verdoppeln. Unser Ziel, jeder Genosse und jede Genossin wirbt in diesen Tagen einen Parteigenossen und einen „Klassenkampf"-Leser, muß erreicht werden.

Vom 26. bis 30. September versammeln sich die Parteimitglieder täglich in Piesteritz um 5 Uhr im „Volksheim" zur Entgegennahme des Werbematerials. Am Donnerstag findet um 6 Uhr ein Propaganda-Umzug aller revolutionären Einwohner durch Piesteritz statt. Treffpunkt: „Volksheim".

Eine dufte „Blum—e" an der Piesteritzer Fortbildungsschule

In Piesteritz gibt es eine gewerbliche Fortbildungsschule, zu deren Besuch auch die schulentlassenen Mädchen drei Jahre lang verpflichtet sind. Sie erhalten dort neben allgemeinem Fachunterricht auch Haushaltsanleitungen, und zwar praktischer Natur. Das ist alles ganz schön und gut. Nicht schön und gut ist der dieser Schule vorstehende Herr Gewerbeoberlehrer Blum. Dieser Mann, der nach dem Kriege auch mal etwas „in Sozialdemokratie" machte, wohl auch im Arbeiter- und Soldatenrat gesessen haben soll, ist heute ein ganz geschliffener Reaktionär.

Das soll nicht einmal parteipolitisch gemeint sein, sondern bezieht sich lediglich auf sein Verhalten als Gewerbeoberlehrer. Es ist möglich, daß diesem Manne sein Titel in den Kopf gestiegen ist. Das beweist schon, daß er Schülerinnen, die sich ihr Brot vielleicht schwerer verdienen müssen als er,

zwingen will, ihm bei jeder Begegnung auf der Straße mit einem lauten, vernehmbaren „Guten Tag" und einem tiefen Knix zu „ehren",

also genau so wie als Schulkinder. Dabei ist dieser „bessere Herr" aber durchaus nicht so freigebig in der Erwiderung des Grußes, sondern stolziert „unberührt", **die dicke Zigarre im Munde und das würdige Genick im harten Kragen, an den grüßenden Mädels vorbei.** Sehr selten hat er die „Güte", seinen rauchwarengeschmückten Mund zum Dank zu verwenden. Wir glauben nicht, daß der Herr das Recht hat, die Mädchen außerhalb der Schule zum Gruße zu zwingen?

Bei der Verfassungsfeier spielte er sich sozusagen als „Retter" des „Vaterlandes" auf. **Wehe dem Mädchen, das es wagte, diesem Rummel fern zu bleiben!** Denn Herr Blum ist schnell „der strafende Richter". Geldstrafen, Nachsitzen und militärische „Zurechtsetzung" — das sind seine Erziehungsmittel, die er anwendet wegen geringster Vergehen, oft ohne eine Untersuchung des „Falles". Einem Mädchen wurde, als es die Strafe nicht bezahlen konnte (es hat sicher nicht eine so fette Einnahme wie Herr Blum), der Vollzugsbeamte auf den Hals geschickt.

Dieser Herr Gewerbeoberlehrer, der einen so klangvollen Namen hat: Blum! — man denke nur — hat nicht einen so klingenden Leumund. In der Gemeinde Piesteritz wird er vielleicht noch einmal „kentern", wenn er so weiter macht. Auch seine treuen Gehilfen mögen sich das gesagt sein lassen, — hören Sie, Herr Wagner — und Sie, Fräulein Schäfer? **Betrachten Sie bitte die Gewerbliche Fortbildungsschule zu Piesteritz als ein Lehrinstitut, nicht als eine „Erziehungsanstalt"** mit der der „liebe Blum" sich nicht schämt, den Mädchen zu drohen (gemeint ist natürlich die offizielle). Pfui über den Mann, der sich nicht schämt, einem Mädel zu sagen, daß er dann mehr über sie zu sagen habe als sein Vater.

Also, „verehrtester Herr Blum", immer mit Mäßigung! Denken Sie daran, daß Sie auf Ihrem Posten von Arbeiters Gnade sitzen. Es genügt manchmal nur ein leichter „Wind" — und Sie wackeln — Den Eltern der Fortbildungsschülerinnen, als überhaupt allen Arbeitern der Gemeinde Piesteritz, sei aber aber zugerufen: Kümmert Euch um die Erziehungsfragen Eurer Kinder, nehmt teil am öffentlichen Leben — und es wird nur artige „Blum—en" geben!

Ein Arbeiter.

Eine Frau an die Leser der „Freien Presse"

Ist den Arbeitern, welche die „Freie Presse" lesen, bekannt, daß die Geschäftsleute und Gastwirte für die „Freie Presse" nur 1 Mark monatlich bezahlen? Ist den Lesern bekannt, daß ihre Zeitung immer weniger gelesen wird, trotzdem die Hälfte Abonnenten nur 1 Mark im Monat bezahlen? Wir glauben bestimmt nicht. Ein Jahr besteht dieses Blättchen nun bereits. Das wesentlichste, was von ihm bisher geleistet wurde, war die Beschimpfung der revolutionären Arbeiterschaft. Ihr Leser der „Freien Presse", wir haben nichts dagegen, wenn die Gastwirte, Friseure und verschiedene andere Geschäftsleute, welche die „Freie Presse" lesen, nur 1 Mark im Monat bezahlen, aber man nimmt von den Leuten, welche doch mehr verdienen wie die Arbeiter, 1 Mark, auf der anderen Seite, wo doch mancher armer Prolete kaum das nackte Leben fristen kann, 2 Mark. Das ist doch der größte Betrug an der Arbeiterschaft. Die Proleten bezahlen, nur damit man mit „großen" Abonnentenzahlen prunken kann. Leser der „Freien Presse", wir werden in den nächsten Tagen einen ausführlichen Bericht bringen, aus welchem Grunde Ihr 2 Mark für Eure Zeitung bezahlen müßt und die Geschäftsleute nur 1 Mark. **Wenn die Sozialdemokratie konsequent wäre, was natürlich bei dieser Partei ein unbilliges Verlangen ist, dann dürfte sie keinen Unterschied machen mit den Arbeitern und Geschäftsleuten.** Darum, Ihr „Freie-Presse"-Leser, heraus mit diesem Lakaienblättchen aus Euren Wohnungen **und bestellt den „Klassenkampf", welcher keinen Unterschied macht mit den Arbeitern und Geschäftsleuten, denn uns ist einer so lieb wie der andere und einer bezahlt genau so viel wie der andere.** Ein besonderes Kapitel ist das Inseratengeschäft dieses merkwürdigen Unternehmens. **Wiederholt haben uns Geschäftsleute berichtet, daß sie, ohne einen Auftrag gegeben zu haben, einfach Rechnungen erhielten für Inserate.** Die Bezahlung wurde natürlich verweigert. Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Tagen eine Werbekampagne macht. Wir werden mit jedem Geschäftsmann diskutieren, ob derselbe gewillt ist, den „Klassenkampf" zu lesen. **Genossen der KPD. und Kameraden des RFB., heran an die Arbeit! Schafft Aufklärung unter den Lesern der „Freien Presse" und werbt für den „Klassenkampf"!**

Bitterfeld. Die Mietpreiserhöhung ist da. Der Magistrat macht bekannt: Nach der Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 26. März 1927 beträgt die gesetzliche Miete ab 1. Oktober 1927 120 Prozent der reinen Friedensmiete. In allen Fällen, in denen der Mieter die Schönheitsreparaturen in den gemieteten Räumen selbst vornimmt, ermäßigt sich der Hundertsatz um 4 Prozent. Es sind in diesen Fällen demnach nur 116 Prozent zu zahlen. Der Vermieter ist wie bisher berechtigt, nebenher den 100 Prozent übersteigenden gemeindlichen Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer auf die einzelnen Hausbewohner umzulegen. Nebenleistungen und Verpflichtungen, die der Mieter nachweisbar vor dem 1. Juli 1914 vertraglich übernommen hat, bleiben neben der gesetzlichen Miete bestehen, soweit letztere nicht nach dem 30. Juni 1924 durch Beschluß des Kreismieteinigungsamtes neu festgesetzt worden ist. Daraus erhellt, daß andernfalls Abgaben, wie Schornsteinfegerkosten, Kosten für Asche- und Müllabfuhr, Straßenreinigung, Feuerversicherung usw. auf die Mieter nicht umgelegt werden können. — Man sieht, daß die „untergeordneten" Behörden mit keinem Gedanken annehmen, daß die zahlreichen Proteste der empörten Mieterschaft etwa die Regierung in letzter Minute bewegen könnten, von der geplanten 10prozentigen Steigerung Abstand zu nehmen. Sämtliche Lebensmittel steigen, die Miete steigt, alles wird teurer. Und die Löhne? Ach, papierne Proteste nützen nichts. Und die Unternehmer erhöhen die Löhne nicht aus lauter Nächstenliebe. Die Berggewaltigen haben es vor einigen Tagen gezeigt. Erst Kohlenpreiserhöhung — dann Lohnerhöhung. **Nur der Kampf um die Macht ist der Weg, der uns aus diesem Leerlauf herausbringt.** Kämpft ihn mit uns, in den Reihen der Kommunistischen Partei!

Bitterfeld. „König Alkohol". In der Kantine der Grube „Leopold" erfolgte am Freitagabend eine wüste Schlägerei, wobei vier Männer durch Messerstiche und Biergläser schwer verletzt wurden. Zwei mußten in die Krankenhäuser nach Carlsfeld und Bitterfeld überführt werden. Ein Arbeiter Halama ist verhaftet worden.

Wolfen. Geld stinkt nicht! So denkt auch die hiesige Kirche und schickt Kirchensteuerzettel wahllos, auch an Freidenker, die schon 20 Jahre der Kirche den Rücken gekehrt haben. Es paßt sehr gut in den Kurs der aufsteigenden schwarzen Reaktion hinein, wenn dieselbe ihre Gelüste auf die Taschen der Proleten ausdehnt, die nichts mehr von ihr wissen wollen. Oder ist es ein Versehen, Herr Stämmler? Ihre Kartothek mit den weißen und roten Zeichen war doch sonst so schön in Ordnung? **Durch die vielen Kirchenaustritte scheint alles durcheinander gekommen zu sein.** Die Wolfener Kirche müßte doch eigentlich auf die Groschen der Arbeiter verzichten können, wo am Ort so viel gute Christen mit hohem und höchstem Einkommen wohnen. Aber diese Herrschaften verzichten auf das Jenseits und machen sich hier den Himmel auf Erden. Nur der Prolete ist noch so rückständig und zahlt seine sauer verdienten Groschen an die Kirche, die ihn bei jeder Gelegenheit bekämpft.

Proleten, aufgewacht! Lauft diesen Dunkelmännern nicht mehr nach, tretet aus aus der Kirche mitsamt Eurer Familie, befreit Eure Kinder vom Religionsunterricht in der Schule, damit es hell wird in ihren Köpfen.

Wolfen. Einige neugierige Fragen an Herrn Müller. Im „Bitterfelder Tageblatt" erschien ein Artikel, in welchem sich Herr Müller über einen Gemeindevertreter aufregt, welcher einmal die Geldfrage im Wolfener Schwimmverein unter die Lupe nahm. Nun, Herr Müller, wie steht es mit Ihrer vielgepriesenen Neutralität, da Sie doch so gern daß reaktionäre Tageblatt benutzen? Wie kommt es, daß der Verein das Badegeld bezahlt? Sind Ihre Mitglieder so wenig Sportler? Wieviel gaben Sie für Ihre Vereinszeitung aus, die Ihre Mitglieder umsonst erhalten. Wie hoch ist der jährliche Betrag, welcher bei Schwimmfesten für Mittagessen, Fahrgeld und Spesen verausgabt wird? Wieviel Mittel sind von Jezierskу zugeflossen? Ist das die größte Sparsamkeit, welche Sie so hervorheben? Nun, Herr Müller, bei uns sind wirkliche Sportler im Verein, welche nicht für Geld zum Wettkampf antreten, sondern alles aus eigenen Mitteln aufbringen. Und aus diesem Grunde wird die Arbeiter-Sportbewegung weiter wachsen. Es werden immer mehr erkennen, daß ihr Platz im Arbeitersportverein ist.

Kleinwittenberg. Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung Piesteritz-Kleinwittenberg. Am Montag, dem 26. September, abends ½8 Uhr, im „Volksheim" sehr wichtige Mitgliederversammlung mit Zahlabend. Zu dieser Versammlung müssen alle Mitglieder erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Bad Schmiedeberg. Opfer seines Berufes. Der Arbeiter Otto Löffler von hier geriet, als er vom Güterbahnhof mit dem Rade kam, vor ein Auto. Er fuhr scharf an der Bordkante, daß für ihn ein Ausweichen unmöglich war und er vom Auto umgerissen wurde. Schwer verletzt mußte er mit dem Krankenauto nach Wittenberg ins Krankenhaus gebracht werden. Er ist Familienvater mit zwei Kindern.

So springt man mit Proletarierkindern um

Ein unerhörtes Vorgehen eines Amtsgerichtsrates — Dem Verbrechen in die Arme getrieben

Der Vater tot, die Mutter mit sieben Kindern im Alter von vier Monaten bis zehn Jahren steht allein da und muß sich mit 17 Mark Monatsrente mit ihren Kindern durch das Leben hungern. So will es die göttliche Weltordnung, in der wir leben. Wenn sich die Mutter aber Mühe gegeben hat, die Kinder nach ihren besten Kräften zu erziehen und es passiert solch einem Proletariersohn oder Proletariermädchen einmal, daß es das Mißfallen irgendeiner „Herrschaft" erregt, flugs springen die strengen Hüter des Gesetzes heran und konstatieren Verwahrlosung der Kinder. So geschehen in Kemberg im Jahre des Heils 1927. Wir wollen uns mit keiner langen Erzählung aufhalten, sondern wollen ein Dokument für sich sprechen lassen, das uns vorliegt und von einem echt teutschen Manne, der selbstverständlich Mitglied des Stahlhelms ist, und die gute Erziehung, die gute Kinderstube in vollem Ausmaße genossen hat, dem Amtsgerichtsrat Storbeck in Kemberg ausgefertigt worden ist. Es handelt sich um die 19jährige Margarete E., die außerdem noch an der Ausübung einer ordentlichen Tätigkeit durch eine schwere Fußverletzung behindert ist und aus ganz nichtigen Gründen jetzt der Fürsorgeerziehung überantwortet werden soll. Dieses Dokument ist so typisch für diese göttliche Weltordnung, daß es wirklich für sich spricht.

Auf diese Art und Weise werden Verbrecher erzogen.

Und zwar von den Leuten, die nachher nicht genug sich moralisch über solche „verkommenen Elemente" entrüsten können. Außerdem steht die Frage so, ob man diesen anmaßenden Ton des Herrn Amtsgerichtsrats wirklich ungestraft über einen erwachsenen Menschen ergehen zu lassen braucht. Hätte die Betroffene eine andere soziale Herkunft, so würde der Herr Jurist sicher aus seinem Dokument eine Beleidigungsklage ableiten. Der Beschluß des Amtsgerichts lautet nun folgendermaßen:

Beschluß

Die minderjährige Margarete E. in Kemberg, geboren am 22. Mai 1908, eheliches Kind des verstorbenen Arbeiters Gustav E. und dessen Ehefrau Auguste geb. W., evangelischer Religion, ist zur Fürsorgeerziehung unterzubringen.

Gründe

Margarete E. ist geboren am 22. Mai 1908 in Rotta. Der Vater, Arbeiter Gustav E., ist am 27. Oktober 1909 gestorben. Die Mutter, Auguste E. geborene W., hat im Jahre 1922 den Maurer Albert Müller geheiratet, welcher längere Zeit Vormund der Margarete E. gewesen ist. Jetziger Vormund der Minderjährigen ist der Landwirt Albert K. in Kemberg.

Margarete E. ist zusammen mit vier Geschwistern unter sehr ungünstigen häuslichen Verhältnissen aufgewachsen. Die Mutter ist offenbar nicht in der Lage gewesen, ihre Kinder schon von Jugend an ordnungsmäßig zu erziehen. Sie hat nach dem **Tode ihres ersten Ehemannes im Laufe der Zeit die Gewalt über ihre Kinder fast vollständig verloren.**

Während der Schulzeit ist über Margarete E. nichts Nachteiliges bekannt geworden.

Nach der Schulzeit ist Margarete E. **verschiedentlich in Stellung gewesen, sie hat aber niemals lange ausgehalten.** Im Jahre 1924 hat sich Margarete E. infolge eines Unfalls eine Verletzung eines Fußes zugezogen, **wodurch sie in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt ist.** Sie ist seitdem meistens zu Hause gewesen. Im Jahre 1925 hat gegen Margarete E. vor dem Jugendgericht Kemberg ein Strafverfahren wegen Beschädigung von Grabmälern geschwebt. **Von einer Bestrafung ist in diesem Verfahren abgesehen.** Es sind jedoch Erziehungsmaßregeln für erforderlich gehalten. Daraufhin hat das Kreiswohlfahrtsamt Wittenberg der Margarete Eisermann **verschiedene Stellen verschafft.** Die E. hat jedoch in keiner Stelle lange ausgehalten und behauptete immer, sie könne die übertragenen Arbeiten mit Rücksicht auf ihren kranken Fuß nicht verrichten. **Es mag sein, daß Margarete E. durch ihren kranken Fuß bei der Arbeit gehindert wird,** jedoch kann diese Behinderung nicht erheblich sein, da die Erwerbsunfähigkeit nur noch 25 Prozent beträgt. Es ist nicht zu verkennen, daß Margarete E. offenbar keine Lust zu regelmäßiger Arbeit hat, sie hat sich selbst noch nie um Arbeit bemüht und betätigt sich auch zu Hause fast gar nicht. Die Mutter und der Stiefvater haben offenbar auch nicht den richtigen Einfluß, um die Minderjährige zur regelmäßigen Arbeit anzuhalten. Den Eltern, sowohl wie dem Vormund gegenüber benimmt die Minderjährige sich oft unehrerbietig und frech.

Daß hiernach bei Margarete E. Verwahrlosung vorliegt, kann nicht zweifelhaft sein. Wegen Unzulänglichkeit der Erziehung kann zur Beseitigung der Verwahrlosung nur Fürsorgeerziehung in Frage kommen. Bei sachgemäßer Anstaltserziehung besteht auch Aussicht auf Erfolg.

Nach allem war gemäß § 63 Absatz 1, Ziffer 2 und Absatz 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes wie geschehen zu beschließen.

Kemberg, den 20. Januar 1927.

Das Amtsgericht
gez. Storbeck, Amtsgerichtsrat.

Rundfunk-Programm

Dienstag, den 27. September:

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Triphonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30 bis 17.25 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 17.30 bis 18 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.05 bis 18.30 Uhr: Frauenfunk. „Die wirtschaftliche Bedeutung der Frauenbewegung." 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Spanisch für Anfänger. 18.55 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 19 Uhr: Uebertragung aus der Staatsoper Dresden: Cosi fan tutte. (So machen' alle.) Komische Oper in 2 Akten von Lorenzo da Ponte. Musik von W. A. Mozart. Personen: Fiordiligi, Dorabella, ihre Schwester. Ferrando, Offizier. Guglielmo, Offizier. Alfonso, ein Hagestolz. Despina, Kammermädchen. Ort der Handlung: Neapel. Zeit: Mitte des 18. Jahrhunderts. 22.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.30 bis 24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Mittwoch, den 28. September:

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Einheitskurzschrift für Anfänger. 16.30 bis 17.55 Uhr: Aus dem Schatzkästlein für die Jugend: Was wird ausgepackt? Von Großstadtkindern. 1. Des kranken Kindes Freude. 2. Herr Kaukau. 3. Kinderfest in der Vorstadt. 4. Zwei Wiesen. 5. Der Junge von vorne und der Junge von hinten. 6. Auf der Straßenbahn. Dazwischen spielt die Dresdener Rundfunkhauskapelle. 18.05 bis 18.20 Uhr: Morsekursus. 18.20 bis 18.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Englisch für Anfänger. 19 bis 19.30 Uhr: Vortrag: „Das Riesengebirge." 19.30 bis 20 Uhr: „Ottomar Enking" (Zum 60. Geburtstag.) 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Zeitgenössischer Dichterabend I. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Kommunisten für die Hochwassergeschädigten

Bis heute sind noch keinerlei positive Maßnahmen zur Behebung der Hochwassergefahr oder zur Entschädigung der Betroffenen oder zur Bestrafung der Schuldigen getroffen worden. Um die Regierung nun endlich zu irgendwelchen Schritten zu zwingen, hat die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags einen Urantrag eingereicht. Wir werden über das Schicksal desselben und über die Stellungnahme der übrigen Parteien dazu ausführlich berichten. Aus dem Antrag geht hervor, daß wiederum nur die Kommunisten es sind, die den Ursachen ernstlich auf den Leib rücken und eine wirkliche Entschädigung der Betroffenen erlangen. Der Antrag lautet:

Preußischer Landtag

2. Wahlperiode 1. Tagung 1925/27

Nr. 7066

Urantrag

Pieck, Kellermann, Paul Hoffmann, Schwenk (Berlin) und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, angesichts der **Hochwasserschäden im Gebiet der Schwarzen Elster**

1. die Steuern für die geschädigten Werktätigen zu erlassen;
2. die Verpächter von Acker- und Wiesenland zu verpflichten, den geschädigten Kleinpächtern die Pachtzinsen zu erlassen, soweit die Verpächter Klein- und Mittelbesitzer sind, die ausfallenden Pachtzinsen vom Staate zu übernehmen;
3. zum Zwecke der Feststellung der Schäden Kommissionen zu bilden aus
   a) gewählten Vertretern der geschädigten Arbeiter, Klein- und Mittelbauern und Kleingewerbetreibenden,
   b) Vertretern der Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden;
4. sofort ausreichende Mittel bereit zu stellen, um den geschädigten Arbeitern, Klein- und Mittelbauern und Kleingewerbetreibenden den vollen Ersatz für den erlittenen Verlust zu gewähren;
5. die an der Verschlammung der Schwarzen Elster schuldigen Grubenbesitzer zur sofortigen gründlichen Entschlammung zu verpflichten;
6. Mittel bereitzustellen zum Ausbau der Dämme und die Dammbauten unter strenger Kontrolle des zur Verwendung kommenden Materials auszuführen; zur Kontrolle des Materials Vertreter des Baugewerksbundes heranzuziehen;
7. Mittel bereit zu stellen zur Ausführung des Mittellandkanalprojektes.

Berlin, den 12. September 1927.

Eingegangen 13. September 1927.

Elektrifizierte Frömmigkeit in Uebigau!

Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Also, da ist in hiesiger Kerche eine elektrische Heizung angebracht worden. Man staune: „Jede Kirchenbank hat unten an der Fußrahte ihren Heizkörper, der sich über die ganze Länge der Bank erstreckt. Die Wärme steigt allmählich nach oben, erwärmt also zuerst die Füße und dann den ganzen Köper. Je drei Bänke sind zusammengefaßt zu einer Gruppe, welche durch einen besonderen Schalter ein- und ausgeschaltet werden kann. Der gesamte Anschlußwert beträgt 50 Kilowatt. Es werden also, wenn alle Heizkörper eingeschaltet sind, in einer Stunde 50 Kilowattstunden verbraucht. Es brauchen aber nicht immer alle Bänke eingeschaltet zu sein, sondern nur diejenigen, welche besetzt sind. Der Stromverbrauch wird also im Verhältnis der eingeschalteten Bänke meistens kleiner sein.

Der Geistliche steht während des Gottesdienstes auf einem elektrischen Heizteppich,

der Füße und Körper von unten herauf erwärmt. Ebenso ist für den Kantor ein Fußteppich vorgesehen. Für den Organisten sind besondere Heizkörper angeordnet, welche den Füßen und Händen Wärme spenden." — So steht es in einem hiesigen Blatte. Und es fügt hinzu: „Gar bald werden sich Besucher von weit und breit einstellen, um sich das **Wunderwerk der elektrischen Kirchenheizung** anzusehen." So, also die Wärme steigt so allmählich von unten rauf. Junge, Junge, wenn das bloß nicht kitzelt. Wir raten dem elektrifizierten Seelenhirten aber, seinen, nun gewiß mit „besonderer Wärme" vorgebrachten Kohl nicht zu lang auszudehnen, weil ihm sonst — infolge der Wärme seine Schäflein einschlafen werden. Außerdem soll auch kurz vor Beendigung jedesmal der Strom wieder ausgeschaltet werden. Wenn die Beene also wieder kalt werden, dann ist's aus. Ihr aufgewärmten Schäflein von Uebigau! Na, hoffentlich gibt's nicht mal beim Halleluja einen Kurzschluß!

Liebenwerda. Die Wohnungsnot im Kreise Liebenwerda hat nachgelassen, seitdem in der Braunkohlenindustrie die Zahlen der Belegschaften stark verkürzt wurden. Heute gibt es noch 800 Wohnungsuchende. Es entfällt also auf 20 Haushaltungen eine wohnungsuchende Familie. Aber nur ein geringer Teil dieser 800 Wohnungbedürftigen ist überhaupt ohne Wohnung. Die Mehrzahl von ihnen hat eine Notwohnung und wünscht nur eine Wohnungsverbesserung. Natürlich wünscht niemand umsonst oder aus Langeweile eine solche „Verbesserung". Die elenden Wohnhöhlen sind zum übergroßen Teil als Wohnungen überhaupt nicht anzusprechen. Die Kreissiedlungsgesellschaft bedachte seit ihrem Bestehen 175 Bauvorhaben mit 235 Wohnungen mit Hauszinssteuerhypotheken, das sind jährlich rund 40 bis 50 Wohnungen. Noch in diesem Jahre sollen 15 bis 20 Bauvorhaben mit etwa 30 Wohnungen in Angriff genommen werden. Es fragt sich eben auch hier wieder, ob Arbeiter diese Wohnungen bezahlen können. Bekanntlich gilt auch heute noch Heinrich Heines Wort: Wenn Du aber gar nichts hast, ach, dann lasse Dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die, die — etwas haben!

Lierzdorf. Auch Folgen des letzten Völkermordens. Vor einigen Tagen erhielt die hiesige Witwe J. O. einen Zahlungsbefehl in Höhe von 34 Mark. Weil sie denselben nicht bezahlen konnte, erschien der Herr Gerichtsvollzieher Bea, um nachzusehen, ob Pfändbares vorhanden sei. Wie liegt nun hier der Tatbestand? Die jetzige Witwe heiratete nach dem Kriege einen Arbeiter. Dieser arbeitete eine geraume Zeit im Grödner Tonwerk und zuletzt im Lauchhammerwerk Grödnitz. Bald stellte sich eine Krankheit ein, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auch wurde er auf mehrere Wochen in eine Lungenheilstätte gebracht. Als er nun zurückkehrte, wollte er die Arbeit wieder aufnehmen, aber es nützte nichts. Die heimtückische Kehlkopf- und Lungenkrankheit verschlimmerte sich. Nun lief aber auch die Zahlung der Kasse ab, und weil er sich nun verlassen sah, mußte er auf eigene Hand versuchen, die Kosten des Arztes zu bestreiten oder die ärztliche Hilfe fallen lassen. Jedoch trat die Krankheit immer schlimmer in Erscheinung, so daß ärztliche Hilfe nottat. Trotz größter Mühe des Arztes gelang es nicht, den noch jungen Arbeiter am Leben zu erhalten. Jetzt steht nun schon 1½ Jahr diese Frau mit einem Kind allein da. Diese Frau ist gezwungen, wenn sie mit ihrem Kinde nicht verhungern will, bei den Landwirten zu helfen. Sie wäre tatsächlich auch schon fast verkommen, wenn sich Verwandte ihrer nicht annahmen. Und jetzt will man diese mittellos dastehende Frau noch verantwortlich machen für die Krankheit ihres verstorbenen Mannes, bei der ärztliche Kosten in Höhe von 34 Mark entstanden sind. Nun, hier wird wohl nichts zu machen sein, denn erstens hat ja die Frau in ihrem Haushalt nur das, was notwendig ist. Aber wo bleiben hier die Wohlfahrtseinrichtungen? Beide, die Frau und das Kind, müssen in eine Erholungsstätte gebracht werden. Aber nichts wird getan. Trotzdem man weiß, daß diese Frau nichts besitzt, schickt man ihr den Gerichtsvollzieher auf den Hals. Nun kommt der Winter wieder. Im Sommer konnte sich die Frau noch durch landwirtschaftliche Arbeiten über Wasser halten, was aber in Kürze nicht mehr möglich ist. Wir fordern, daß hier eingegriffen wird. Auch der Gemeindevertretung legen wir ans Herz, zu diesem Fall endlich einmal Stellung zu nehmen. Dieser Vorfall zeigt so richtig, daß der Arbeitsmann oder die Frau nur zum Zahlen da ist. Aber wenn es gilt, Familien aus tiefstem Elend zu befreien, da ist kein Geld vorhanden. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit noch einmal befassen.

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und ½5 bis ½6 Uhr nachmittags Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr Montags keine Sprechstunde

Arbeiterbriefe aus dem Bockwitzer Ländchen

Ein SPD.-Film als Spiegel ihrer eigenen Schande — Kinder als Propagandisten

Das Urteil der Arbeiterschaft — Arbeitskämpfe im Lauchhammerwerk

Der Film „Namenlose Helden", den Reichsbanner und die SPD. am Freitag brachten, war eine einzige Anklage für sie selbst. „Nie wieder Krieg", schrien heute Pazifisten und Sozialdemokraten. „Nie wieder Krieg" schrien die Bilder im Film. Betrug! Viel schärfer haben gerade die Sozialdemokraten vor dem Kriege geschrien. „Krieg dem Kriege" war die Parole auf der Baseler Konferenz, als sich die Kriegswolken gefährlich zusammenballten. Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Und 14 Tage später?? Stolz konnte Wilhelm II. von seinem Balkon herab verkünden: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich, verkündete der „Vorwärts" und schloß Waffenbrüderschaft für Gott, Kaiser und Reich. Für ihre Treue versprach Wilhelm ihnen auch Schadenersatz für die bei der englischen Bank gesperrten deutschen Gewerkschaftsgelder. Wie machten nun diese Kriegs- und Kaisersozialisten dem Volk ihre Kriegsbegeisterung klar? Im „Vorwärts" stellten sie das Völkermorden als Verteidigungskrieg hin und machten jedem Arbeiter die „Notwendigkeit" des Krieges klar. Welche erbärmliche Lüge. An dem ganzen vierjährigen Morden, an der ganzen Verwüstung an Menschenleben und Menschenfleiß, wie wir es im Film so deutlich sehen und deren Spuren niemals verwischt werden können, hat die SPD. genau soviel Schuld, wie die Kriegsbrandstifter Wilhelm und Co. Ein „leuchtendes" Beispiel von Kriegsbegeisterung gibt uns der Leiter der Sozialistischen Jugend Ludwig Frank, der, als einer der ersten Kriegsfreiwilligen, den „Heldentod" starb. Und der letzte Akt der „Namenlosen Helden"? Als die Arbeiter demonstrierten auf der Straße gegen die Reaktion, gegen die herrschende Klasse? Wer bekämpfte sie da? Waren das nicht Noskes, des Bluthundes der Arbeiterschaft, Soldaten? Waren das nicht dieselben Stahlhelmer, die im Rheinland 1920 Arbeiter ermordeten? Waren das nicht dieselben „Noskes", die mit Eberts Unterschrift in Sachsen und Thüringen eindrangen, Hunderte von Arbeitern erschossen und die Arbeiterregierung verjagten? Wir wissen, jene Männer, die Führer der SPD., sind heute genau noch so wie früher, und die Bonzen des Kieler Parteitags, dessen lächelndes, selbstgefälliges und selbstzufriedens Bild uns die Leinwand zeigte, würden morgen, genau wie 1914, sämtliche Kredite für einen neuen Verteidigungskrieg bewilligen. Wir brauchen bloß an Frankreich und England zu denken. (Marokkokrieg Macdonald.) Der Film zeigte uns, daß mit 1918 die Kriegsbrandherde noch lange nicht erloschen sind, und die „Abrüstungen" der Großmächte bewiesen, daß wir nicht mehr lange zu warten brauchen. Unser gemeinsamer Feind steht im Osten, das ist die neue Parole der Imperialisten und Kapitalisten. ... die gesamte europäische Zivilisation hat ein Interesse, den Kommunismus mit Stumpf und Stiel auszurotten! (Chamberlain.)

Im Osten gibt es einen Staat, der von Arbeitern und Bauern regiert wird und darum durchaus nicht in den Rahmen des Kapitalismus hineinpaßt.

Und was sagen die sozialdemokratischen Führer von heute? Krieg, undenkbar! Die Kommunisten sehen Gespenster! Bis ...? Nun ja, bis sie wieder vor der Tatsache stehen wie 1914. Es gibt ja noch genug Franks und Noskes, die uns dann wieder als leuchtendes Beispiel vorangehen. Wie ein neuer Weltkrieg aussehen wird bei den modernen Mordwaffen, wird uns dann wieder ein „Reichsbanner-Film" zeigen. Wir sehen also, die SPD., und vor allem das Reichsbanner, haben keine Ursache, uns Arbeitern Anti-Kriegsfilme zu zeigen, denn **an ihren Taten haben wir sie erkannt!**

*

Nun am Schluß noch einige Worte zu dem im Film gezeigten Arbeiter-Sporttag in Frankfurt. Die hierbei gezeigten Aufnahmen wurden in ziemlicher Hast heruntergeleiert zur Enttäuschung der anwesenden Sportfreunde. Die sportlichen Leistungen waren gute und zeigten die Stärke des Arbeitersports im hiesigen Kreise. Es wäre zu wünschen gewesen, daß gerade dieser Film eine erhebliche Erweiterung erfahren hätte. Und gerade hierbei muß man es als ganz verwerflich bezeichnen, **daß man allerorts versucht, Reichsbanner-Sport-Abteilungen ins Leben zu rufen.** Allen Arbeitersportlern des Ländchens sei nochmals in Erinnerung gebracht, daß gerade der Vorsitzende des Reichsbanners im Ländchen, Lehrer Grobes, in seiner Eigenschaft als Provinziallandtagsabgeordneter einen Antrag der KPD. auf Zuwendung von Mitteln für den Arbeitersport mit abgelehnt hat . . .

*

Ein anderes Kapitel aus Naundorf. „Es gibt kein Recht, keinen Aufstieg, keine Freiheit und keine Sicherheit für die arbeitende Masse, ohne den Schutz einer millionenstarken Sozialdemokratie." Dies ist der Inhalt eines der Flugblätter der SPD., die in den letzten Tagen verteilt wurden. Es ist natürlich das Recht einer jeden Partei, für ihre Presse und Organisation zu agitieren, es fragt sich nur, mit welchem Recht? Die Praxis der SPD. seit 1918 hat es ja gezeigt, wie sie es mit dem Schutz der Arbeiterschaft meint. Die besten Beweise haben wir ja beim Rathenau-Mord, im Bielefelder Abkommen, beim Ermächtigungsgesetz, bei der Fürstenenteignung und zuletzt bei den Wiener Vorgängen gehabt. **Oder sollen vielleicht die 10 Millionen der Regierung für die Gewerkschaften zum Schutze der Arbeiterklasse gegen diese Regierung verwandt werden?** In unserem Orte kann man nun öfter Kinder mit Flugzetteln herumlaufen sehen, die für irgendwelche Firmen diese Zettel verteilen. Uns kommt es bald so vor, als wenn auch die hiesige SPD. eine solche Firma wäre, es ist nur fraglich, was sie produziert! In den letzten Tagen sind auch wieder Kinder mit Flugzetteln der SPD. von Haus zu Haus gegangen. Wir haben das hier schon Jahre hindurch beobachten können, daß die SPD. zum Vertrieb ihres Materials Kinder benutzt. Ob man sich nun fürchtet, selber zu gehen, weil man einer Diskussion ausweichen will oder ob man tatsächlich keine findet, die diese Arbeit machen, haben wir noch nicht feststellen können. Für jeden hiesigen Arbeiter muß es aber nun bald klar sein, daß er in der SPD. nichts zu suchen hat, **sondern sich der KPD. anschließen muß,** um vereint dieses kapitalistische System mit all seinen Auswüchsen zu vernichten und den Weg der russischen Arbeiter zu gehen, die in kurzer Zeit das zehnjährige Jubiläum ihres Sieges über den Kapitalismus feiern können.

*

Beim Schreiben dieser Zeilen wissen wir noch nicht, was die für Mittwoch in Elsterwerda vor dem Arbeitsgericht anberaumte Verhandlung betreffs des Zusatzabkommens zum Lohntarif für die Lauchhammer Arbeiter bringen wird. So groß auch die Unzufriedenheit innerhalb der Belegschaft ist, hat es der Betriebsrat, als auch die Ortsverwaltung nicht mehr für notwendig gehalten, noch einmal die Belegschaft zusammenzuholen. Wir sind der Auffassung, daß es gut gewesen wäre, noch einmal klipp und klar der Direktion zu zeigen, daß wir nicht länger gewillt sind, zugunsten ihrer Profitrate auf unser tarifliches Recht zu verzichten. Steht es doch fest, daß der im Frühjahr abgeschlossene Tarif längst durch Preissteigerungen doppelt und dreifach überholt ist, und bitter rächt sich jetzt dieser für uns katastrophal sich auswirkende Lohnabschluß. Wir sagen immer wieder, daß hier die Schuld der Verbandsleitung immer krasser zutage tritt. Wenn man bedenkt, daß bis April 1928 dieser Tarif Geltung hat; denn die jetzt am 1. Oktober eintretende 2-Pfennig-Zulage ist ein Dreck, wenn man dagegenhält, daß 10 Prozent Mieterhöhung mit demselben Tage eintritt, wo dadurch wieder 500 Millionen Mark aus der Arbeiterschaft herausgezogen werden sollen. Immer hat man es verstanden, Euch vor der Opposition im DMV. graulich zu machen, bei wichtigen Entscheidungen hat es die Ortsverwaltung gut verstanden, schöne Reden zu schwingen, das Fazit ist für Euch immer weitere Verelendung. Erkennt daraus, **daß gehandelt werden muß,** stellt Euch geschlossen hinter die oppositionellen Kollegen, die immer bereit sein werden, mit Euch und für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen.

Freut Euch nicht nur über die im „Klassenkampf" erscheinenden Berichte, stellt ihn, er wird in Zukunft noch mehr als bisher von dem Leben der Lauchhammer-Belegschaft berichten.

Es ist uns noch möglich, mitzuteilen, daß die am Mittwoch in Elsterwerda stattgefundenen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht für die Arbeiter negativ verlaufen sind, daß somit die Sache an die nächste Instanz weitergehen muß. Jetzt gilt es, den Betrieb zu mobilisieren, der Direktion zu zeigen, daß sie auf Granit beißt, wenn sie glaubt, der Belegschaft das bieten zu können.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Wechselnd bewölkt, keine oder unerhebliche Niederschläge, am Tage etwas wärmer.

Für das übrige Deutschland: Im allgemeinen weitere Besserung, nur noch strichweise leichte Niederschläge, kühle Nacht.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001

Artur Ehmisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle (Stadtteil Süden). Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Sitzung der Unterbezirksleitung.

Weißenfels. Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Agitpropsitzung. Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, kombinierte Mitgliederversammlung der KPD., RFB., KJVD. Thema: Werbewoche für Partei u. Presse.

Werbebezirk Dölau. Funktionäre vom Werbebezirk Dölau treffen sich Mittwoch abend 8 Uhr in Nietleben. Lokal „Zur Sonne". Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, den 27. September, Sitzung der Zug- und Gruppenführer. Anschließend Vorstandssitzung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg-Piesteritz. Rote Jungfront. Dienstag, 27. Sept., Mitgliederversamml.

Untergau Zeitz

Am Mittwoch, den 28. September, findet in der Schuhmacherherberge Zeitz eine wichtige Untergaukonferenz statt. Alle Delegierten müssen punkt 8 Uhr anwesend sein.

Jungfront

Zeitz. Mittwoch, den 28. September, abends 7.30 Uhr, Lichtbildervortrag im Jugendheim. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Gäste sind willkommen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.

Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 2 bis 5 Uhr abends.

Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14871. Fritz Brückner, Halle.

Untergau Halle-Saalkreis

Montag, den 26. September, zweiter Kursusabend in der Produktiv-Genossenschaft. Beginn abends 8 Uhr.

Halle. Montag, den 26. September, abends 8 Uhr, in der Produktiv zweiter Kursusabend. Untergauführer haben daran teilzunehmen.

Halle (Abt. 3, West). Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Appell der Spielleute mit sämtlichem Bandeseigentum.

Halle (Abt. 4, Norden). Dienstag, den 27. Sept., abends 8 Uhr, im „Lüderitz-Berg" Funktionärsitzung. Kein Funktionär darf fehlen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle–Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag abend pünktlich 8 Uhr Fortsetzung des Kursus für die bestimmten Genossen im „Volkspark", Zimmer 4.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, erscheinen alle dem Schuhmacherverband angehörigen Genossen im Gewerkschaftshaus.

Zeitz. Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Ammendorf. Dienstag, den 27. September, nachmittags ½6 Uhr, im Heim. Lese- und Lieder-Nachmittag.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Allen Genossinnen hiermit zur Kenntnis, daß das Bureau der Gauleitung nur noch jeden Dienstag und Freitag in der Zeit von 3 bis 5 Uhr geöffnet ist.

Querfurt. Die Genossinnen beteiligen sich zahlreich an der Beerdigung der Genossin Weniger am Dienstagnachmittag 3 Uhr.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Halle. Musikspieler. Mittwoch abend 8 Uhr in der Jugendherberge (Weingärten) Uebungsstunde.

Halle. Jungfrontfraktion. Mittwoch abend 8 Uhr im „Volkspark" wichtige Sitzung aller Genossen, welche in der RG. organisiert sind. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Merseburg. Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Nähstube, Weiße Mauer.

Nordhausen. Dienstag, den 27. September, 20 Uhr, in der „Eintracht" wichtige Mitgliederversammlung. Thema: Unsere Winterarbeit.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

An alle Funktionäre der Roten Hilfe, Ortsgruppe Halle

Große Funktionärsitzung am Montag, dem 26. September, abends 8 Uhr, im neuen Bureau, Zwingerstraße 29 (Laden). Sehr wichtige Tagesordnung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270926-15/fragment/page=0012
DFG